

Kleine Bibliothek Nr. 2

Das Proletariat
und die
russische Revolution

Von A. Escherewanin

J. S. W. Dietz Nachf. Stuttgart

Hans Münzinger
RAVENSBURG
Herrenstrasse 32



**Das Proletariat und die
russische Revolution**

Das Proletariat und die russische Revolution

Von A. Tscherewanin

Mit einer Vorrede von H. Roland-Holst
und einem Anhang vom Übersetzer
S. Lewitin



Hans Münzinger
RAVENSBURG
Herrenstrasse 32

Stuttgart 1908

Verlag von J. h. W. Dietz Nachfolger

Druck von Paul Singer in Stuttgart.

Inhalts-Verzeichnis

	Seite
Erläuterungen	VI
Vorbemerkung	VII
Vorrede	IX
I. Die Ursachen der Revolution	1
II. Vor dem 22. Januar 1905	11
III. Vom 22. Januar bis zum 31. Oktober 1905	23
IV. Der Oktoberstreik	45
V. Vom 31. Oktober bis zum Dezemberaufstand	61
VI. Der bewaffnete Aufstand im Dezember	96
VII. Nach der Niederlage	125
Das Jahr 1907. Ein Anhang von S. Lewitin	147

Erläuterungen.

1. Das oft vorkommende Wort „Semstwo“ bedeutet Landstände; im parlamentarischen Sinne sind darunter die aus Wahlen hervorgegangenen Vertreter der Bewohner des flachen Landes zu verstehen, denen nach der Semstwo- oder Landschaftsordnung vom 1. Januar 1864 die Selbstverwaltung des Kreises beziehungsweise Gouvernements übertragen worden ist. Durch einen späteren Ukas vom 12. Juli 1890 wurde die Selbstverwaltung nicht unwesentlich eingeschränkt.

2. Mit den Worten „professionelle Intelligenz“ werden in Rußland im Gegensatz zu den Arbeitern: Ärzte, Lehrer, Techniker, Agronomen, Statistiker, Verwaltungsbeamte und was dahin gehört bezeichnet.

3. Als das „dritte Element“ in den Semstwo-Organisationen wurden (nach einem geflügelten Wort des Herrn v. Plehwe) die im Dienste der Semstwo stehenden, unter 2 genannten Berufe bezeichnet.

4. Die Bezeichnung „Frühlingsära“ ist als eine ironische zu verstehen. Sie bezieht sich auf das Aufblühen der Hoffnungen des russischen Liberalismus auf Grund der Verheißungen Swjatopolk-Mirskys, den gesellschaftlichen Kräften „Vertrauen“ zu schenken.

5. Unter „Freiheitstage“ ist die Periode Oktober-November 1905 zu verstehen.

6. Die „Partei des aktiven Kampfes gegen die Revolution“ bildet eine Zweigorganisation des „Schwarzen Hundert“.

7. Die „Partei der friedlichen Erneuerung der Gesellschaft“ wurde eine ziemlich bedeutungslose Partei genannt, die sich aus gemäßigten Oktobristen und zum Teil aus rückständigen Kadetten gebildet hatte.

Vorbemerkung.

Seit den Oktobertagen der russischen Revolution wurde dem Verlag wiederholt nahegelegt, aufklärende Schriften über die Ursachen der Revolution zu beschaffen und herauszugeben. Diesen Wünschen sind wir mit den Arbeiten: „Die Lage der arbeitenden Klassen in Rußland“ von Paschitnow und „Die Agrarfrage in Rußland“ von Maßlow nachgekommen. Da die beiden Klassen, die Arbeiter und die Bauern, zirka 95 Prozent der Bevölkerung betragen, so glaubten wir, daß es vor allen Dingen notwendig sei, die Kenntnis der sozialen Lage dieser beiden mächtigen Schichten des russischen Reiches unter den deutschen Arbeitern zu fördern. Die Verfasser beider Werke sind Marxisten in unserem Sinne.

Ende 1907 trat an uns die Aufforderung heran, ein Sammelwerk: „Der Kampf der gesellschaftlichen Kräfte in der russischen Revolution“ in deutscher Übersetzung herauszugeben. Wir entschlossen uns, das jetzt vorliegende Büchlein „Das Proletariat und die russische Revolution“ von Tscherewanin aus dem Sammelwerk zu akzeptieren, allerdings nicht ohne Bedenken, da der Verfasser vom Standpunkt der Menschewiki die ganze Epoche einer kritischen Beleuchtung unterzieht, die natürlich von der landläufigen optimistischen Darstellung der Revolutionszeit nicht unwesentlich abweicht. Sie deckt sich aber vollständig mit der jetzt einsetzenden Parteikritik der Menschewiki, die unter ihren alten Führern energisch an die Neuorganisation der sozialdemokratischen Partei in Rußland herantreten. Unter solchen Verhältnissen kann eine scharfe Kritik nicht schaden, und unsere Leser werden zwischen russischen und deutschen Verhältnissen zu unterscheiden wissen. — Wir möchten unsere Leser auch ersuchen, den Aufsatz von Th. Dahn in der Neuen Zeit 1908, Nr. 27 und 28 zu lesen, worin sie eine Bestätigung des Vorhergesagten finden.

Zum Schluß wollen wir noch auf die Vorrede von Henriette Roland-Holst hinweisen, die uns seitens des Übersetzers von vornherein in Aussicht gestellt worden ist. Wir haben dazu den Kopf geschüttelt, da wir mußten, daß unsere Genossin Roland-Holst sich die Kenntniss des Buches erst später durch die Übersetzung verschaffen mußte. Ihr ist es gerade so ergangen wie früher dem Verlag, dieselben Bedenken sind in ihr entstanden, aber dennoch schrieb sie die Vorrede, die allerdings nun zu einer Kritik des Buches geworden ist.

Diese wenigen Worte glaubten wir der Publikation vorausschicken zu müssen; hoffentlich sind sie geeignet, Mißverständnissen vorzubeugen.

Die Verlagsbuchhandlung.

Vorrede.

Als ich dem Übersetzer dieser Schrift, Genossen S. Lewitin, versprach, eine Vorrede dafür zu schreiben, hatte ich sie noch nicht gelesen. Jetzt, da ich sie gelesen habe, bin ich um so mehr bereit, mein Versprechen zu erfüllen. Nicht, weil ich dem Autor bedingungslos zustimme, sondern deshalb, weil einige Worte der Einführung mir notwendig erscheinen, um dem deutschen Leser, der die innerparteilichen Fragen in der russischen Sozialdemokratie nicht aufmerksam verfolgt hat, das Verständnis einer Schrift zu erleichtern, in der ihn manche Äußerungen vielleicht etwas fremdartig berühren werden.

Das internationale Proletariat kann dankbar sein für jede Gelegenheit, die ihm geboten wird, tiefer einzudringen in die russische Revolution, das wichtigste Ereignis unserer Zeiten. Zu diesem Eindringen gehört selbstverständlich nicht bloß die Erkenntnis der Tatsachen, sondern vor allem auch ihrer Interpretation, und diese ist, wie bekannt, in den Kreisen der russischen Genossen eine äußerst verschiedene. Die taktischen Differenzen haben zum Aufkommen zweier Fraktionen, der Richtung der „Minderheit“ und jener der „Mehrheit“ geführt. Die Anschauung, welche in der vorliegenden Schrift überall hervorbricht, ist diese, daß die von der „Mehrheit“ vertretenen Anschauungen, ihre überspannten Erwartungen der Revolution, ihre übermäßige Einschätzung der revolutionären Kräfte und die auf diese gebaute Taktik (welche in einigen wichtigen Momenten zur Taktik der ganzen Partei wurde) wesentlich die Ursachen sind, daß es dem Absolutismus um die Jahreswende 1905/06 noch einmal gelang, die Revolution niederzuwerfen.

Als der Kern des Streites, der in fast allen Fragen der Taktik zwischen den Richtungen in der russischen Partei stattfindet, erscheint die Verschiedenheit der Auffassungen über

das Wesen der Revolution selbst. Ist diese eine bürgerliche oder eine proletarische? So formuliert, scheint die Frage dem westeuropäischen Genossen unverständlich. Wie kann die russische Revolution eine proletarische sein, das heißt die Diktatur des Proletariats zur Errichtung eines sozialistischen Gemeinwesens zum unmittelbaren Ziel haben, bei der schwachen Entwicklung der Industrie im Vergleich zur Landwirtschaft, bei der geringen relativen numerischen Stärke des Proletariats, beim ungeheuren Übergewicht der ländlichen Bevölkerung im russischen Reiche? Nur insoweit die alten zähen Überlieferungen der *Narodniki* noch fortwirken, die in den Bauern die künftigen Erlöser Rußlands und die Schöpfer eines sozialistischen Gemeinwesens sahen, wird die Auffassung der russischen Revolution als eine „proletarische“ in Hinsicht auf ihr unmittelbares Ziel, auf ihre unmittelbaren Zwecke begreiflich. Wenn der Verfasser auch durch verschiedene Ausführungen zu beweisen sucht, daß die „Mehrheits“richtung erwartete, Rußland könne die bürgerliche Gesellschaftsphase überspringen und unmittelbar vom Absolutismus zur Diktatur der Arbeiter und Bauern im sozialistischen Sinne übergehen — so brauchen wir jenen vereinzelt, meist während der sogenannten Freiheitstage, das heißt in Augenblicken der höchsten Kampfesbegeisterung, der größten Exaltation gefallenen Äußerungen nicht zuviel Gewicht beizulegen. Die russische Revolution kann kein anderes unmittelbares Ergebnis haben, als die Errichtung einer bürgerlichen Staatsordnung; in ihr werden die bürgerlichen Klassen, wenn auch nicht uneingeschränkt, herrschen; und dies wird in ruhigen Stunden wohl der Mehrzahl der führenden Genossen beider Richtungen zum Bewußtsein gekommen sein, wenn auch ihre Anschauungen in der Frage weit auseinandergingen, wieviel politische Macht das Proletariat im neuen Rußland würde beanspruchen können.

Jedoch wenn auch die russische Revolution in ihren Zielen eine bürgerliche ist, so ist sie in ihrer Art ein Spätling.

Folglich sind die sozialen Bedingungen, unter denen sie vor sich geht, ganz andere, als diese sogar zur Zeit der letzten westeuropäischen Revolution waren. Sie tritt auf in einer Epoche, in der die Großindustrie mit allen ihren Folgeerscheinungen sich in Rußland entwickelt, dort moderne Klassen und Klassengegensätze hervorgebracht hat, sowie ein großstädtisches Proletariat, das sich seinem Gegensatz zu den bürgerlichen Gesellschaftsklassen wohl bewußt ist. Andererseits ist in ihr die Klasse, welche in den früheren großen bürgerlichen Revolutionen die führende Rolle spielte, dazu heute nicht mehr fähig; ihr Gegensatz zum Proletariat raubt ihr jede Kampfeskraft dem Absolutismus gegenüber; die Entwicklung der Klassengegensätze und die revolutionäre Spannung in der gesamten kapitalistischen Welt, der Verfall der bürgerlichen Demokratie sind allgemeine Erscheinungen, deren Wirkung sich die russische Bourgeoisie nicht entziehen kann. Ein altersschwacher siecher Thronerbe, kann sie erst in den Tagen die Herrschaft ergreifen, wo ihre Jugendkraft verweltet, ihr Blut geronnen, ihr Arm gelähmt ist. Und hier liegt die Grundursache, weshalb die Formen der russischen Revolution so überraschend sind, ihr Gang so qualvoll widerspruchsvoll ist; weshalb sie nach erstaunlichen Siegen, nach gewaltigen Triumphen wieder scheinbar erschöpft in sich zusammenbricht. „In dieser formell bürgerlichen Revolution (wird) der Gegensatz der bürgerlichen Gesellschaft zum Absolutismus von dem Gegensatz des Proletariats zur bürgerlichen Gesellschaft beherrscht, der Kampf des Proletariats richtet sich mit gleicher Kraft gleichzeitig gegen den Absolutismus und gegen die kapitalistische Ausbeutung.“ (Rosa Luxemburg.)

Wie weit nun soll das Proletariat in der Revolution seinen Gegensatz zur bürgerlichen Gesellschaft zum Ausdruck bringen; wie weit soll es diesen Gegensatz zurückdrängen, um den gemeinsamen Gegensatz von Proletariat und Bourgeoisie dem Absolutismus gegenüber hervortreten zu lassen?

Oder anders ausgedrückt: inwieweit soll das Proletariat während der Kämpfe zum Sturz des alten Regiments auf die Verfolgung seiner besonderen Klasseninteressen verzichten? Soll es immer und überall auf deren Hervorhebung verzichten, wo diese dazu führen könnte, die kapitalistischen Interessen gegen sich mobil zu machen? Soll es die bürgerlichen Klassen sogar noch dann unterstützen, wenn diese aus Feigheit und Haß gegen das Proletariat die allgemeinen demokratischen Forderungen der Revolution verraten?

Dies sind die eigentlichen Kernfragen jenes Streites wegen der Taktik, der die russische Sozialdemokratie seit den Anfängen der Revolution in zwei feindliche Lager spaltet. Der Verfasser der vorliegenden Schrift beurteilt diese Fragen vom Standpunkt der „Minderheits“fraktion. Er hält es für geboten, daß das Proletariat während der Revolution auf den Kampf für seine besonderen Klassenforderungen verzichten soll, sobald und insoweit dieser Kampf das Zusammengehen aller sich in der Opposition zum Absolutismus befindenden Elemente in Gefahr bringt. Die Bewegung des Petersburger Proletariats für den Achtstundentag scheint ihm ein verhängnisvoller Fehler, weil sie dazu führen mußte, die Kapitalisten in die Arme der Konterrevolution zu jagen und das Proletariat zu isolieren. Sogar wo, wie bei der Wahlrechtsfrage, in der ersten Duma, der Verrat der Kadetten an die demokratischen Forderungen offenbar ist, erklärt der Autor diesen Verrat für „keinen zureichenden Grund, zu vergessen, daß wir mit den Kadetten einen gemeinsamen Feind haben, und daß wir den Kampf um die Forderungen, die zur Niederwerfung dieses Feindes führen, mit ihnen teilen“. Wenn der Verfasser es auch nicht klipp und klar ausspricht, so scheint doch der Sinn dieses Satzes, daß er trotz diesem Verrat die Unterstützung der Kadetten, das heißt der Dumamajorität durch die Sozialdemokratie für geboten hielt. Hier wird die Anschauung des Genossen — wir sagen nicht: der Minderheitsfraktion, weil wir nicht wissen, inwie-

weit sie mit jener individuellen Äußerung übereinstimmt — bei der großen Mehrheit der deutschen Partei schwerlich Zustimmung finden.

Der erste wichtige Punkt, wobei die Geister in bezug auf die Taktik während der Revolutionszeit auseinanderplatzten, war die Frage der Wahlbeteiligung an der ersten Duma. Heute wird es wohl wenige westeuropäische Sozialisten mehr geben, die in dem damals beschlossenen Boykott nicht einen schweren politischen Irrtum erkennen, ein Irrtum, der sich freilich psychologisch erklären läßt aus der exaltierten Siegesstimmung des klassenbewußten Proletariats. Diese Stimmung, sowie die aus ihr hervorgehende übermäßige Einschätzung der revolutionären Kräfte war, wie der Verfasser ausdrücklich hervorhebt, beiden Fraktionen gemeinsam. Es spielte in dieser Angelegenheit die eigentliche Kernfrage der russischen Revolution: das Verhältnis des Gegensatzes von bürgerlicher Gesellschaft und Absolutismus zum Gegensatz von Proletariat und bürgerlicher Gesellschaft, noch keine ausschlaggebende Rolle. Zur Zeit, da die Boykottierung der Duma beschlossen wurde, war es noch nicht in dem Maße zum offenen Hervortreten eines Interessengegensatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat gekommen, daß jener den Gegensatz zwischen Absolutismus und bürgerlicher Gesellschaft beherrschte.

In dem Kampf des Petersburger Proletariats um den Achtstundentag trat dagegen dieser erste, der soziale Gegensatz, unvermittelt und nackt hervor. Daß dieser Kampf die kapitalistische Klasse aufs höchste erbittern und ihre reaktionären Neigungen stärken mußte, ist selbstverständlich. Es fragt sich aber nicht, ob es deshalb eine klügere, vorsichtiger Taktik gewesen wäre, ihn zu vermeiden, sondern — ob ihn zu vermeiden überhaupt möglich war. Für den Verfasser dieser Schrift liegt der verhängnisvolle „erste Schritt“ zu der ganzen weiteren Richtung der Revolution in der Boykottierung der ersten Duma. Gewiß kann ein politischer

Fehler schwerwiegende Konsequenzen haben — jedoch was in letzter Instanz über Sieg oder Niederlage beschließt, ist nicht politische Klugheit: es sind die Kraftverhältnisse der miteinander ringenden sozialen Mächte. Nicht diese oder jene unkluge, unweise, fehlerhafte Tat der sozialdemokratischen Führer, nicht Mangel an Mäßigung und Selbstbeherrschung beim Proletariat nach anfänglichem Sieg sind die letzten Gründe des Auseinanderfallens der revolutionären Opposition, noch ehe dieser Sieg gesichert und der Feind entwaffnet und unschädlich gemacht war. Diese Gründe liegen eben in jenem doppelten gegensätzlichen Charakter der russischen Revolution selbst, die ihr besonderes Wesen ausmacht; die nämlichen Verhältnisse, welche die Kühnheit, den Heroismus, die revolutionäre Massenaktion und die Massenbegeisterung der Monate Januar bis Oktober 1905 ermöglichten, führten zur vorwärtsdrängenden Aktion des Petersburger Proletariats und des Arbeiterdeputiertenrats, sowie schließlich zum Moskauer Aufstand in den Monaten November bis Dezember. Aus demselben Grunde, weshalb das Proletariat zum gewaltigen Vorkämpfer der gemeinsamen Interessen der ganzen bürgerlichen Gesellschaft wurde, mußte es die ersten Früchte des Sieges, die neugewonnenen Freiheiten und Rechte auszunutzen trachten im stürmischen Kampf gegen diese bürgerliche Gesellschaft. Es konnte nicht die Begeisterung, die Beharrlichkeit, den revolutionären Glanz und die Todesverachtung in dem politischen Kampf bekunden, die es in diesem Kampf zum Verfechter aller modernen Klassen erhoben haben, ohne mit gleichem Nachdruck die Erringung wichtiger ökonomischer Vorteile und die Verbesserung seiner Existenz zu erstreben. Dies aber, das Verfolgen besonderer Klassenforderungen, mußte es unvermeidlich in Konflikt mit der Kapitalistenklasse, sowie seine Gegner zur zeitweiligen Ausöhnung bringen.

Nennt der Verfasser den ganzen Gang der Ereignisse bis zur Auflösung der ersten Duma auch „unvermeidlich“, so meint er damit nur, unvermeidlich bei der tatsächlichen Aktion des

klassenbewußten Theils des Proletariats. Ihm scheint es, als hätte bei einem anderen Auftreten der Sozialdemokratie, einem Auftreten, welchem im allgemeinen den Gegensatz zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Proletariat jenem zwischen Absolutismus und bürgerlicher Gesellschaft mehr unterordnete, der Gang der Revolution ein anderer sein können. Die Möglichkeit, sogar Wahrscheinlichkeit davon wird niemand bestreiten. Aus dauernder Einmütigkeit der sie konstituierenden Elemente hätte die Revolution selbstverständlich größere Kraft geschöpft als aus den bald zwischen diesen hervorbrechenden inneren Kämpfen. Jedoch wir sehen die Möglichkeit einer anderen Taktik als der wirklich gesfolgten nicht ein. Wie tief diese in den Verhältnissen wurzelte, davon zeugt unter anderem die vom Verfasser bezeugte einmütige Begeisterung, womit beide Fraktionen den Kampf für den Achtstundentag aufnahmen, ein Ziel, das ebenfalls in den großen Massen des Proletariats begeisterte Zustimmung fand. Dies beweist, welche elementaren Kräfte es waren, woraus die Aktion der Sozialdemokratie wie des Arbeiterdeputiertenrats geboren wurde. Der Verfasser vorliegender Schrift, dessen Darstellung uns einerseits klar vor Augen stellt, wie verhältnismäßig gering der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Massen im Revolutionssturm gewesen, macht dennoch die Sozialdemokratie als Führerin der Massenbewegung in höherem Grade für den Lauf der Ereignisse verantwortlich, als uns der objektive Tatbestand zu entsprechen scheint. Zweifellos übt die Tätigkeit des klassenbewußten Theils des Proletariats, der Sozialdemokratie, einen gewissen Einfluß aus auf seine übrige Masse, so wie die Haltung der eigentlichen Parteiführer wieder einen gewissen Einfluß auf die Tätigkeit der Partei ausübt. Jedoch die Führung in diesem doppelten Sinne ist selber nur ein Faktor, eine Kraft unter den vielen Faktoren und Kräften, welche die Ereignisse zustandebringen. Es ist einer von den wichtigsten Unterschieden zwischen revolutionären und nor-

malen Zeiten, daß in den ersteren die Rolle der Führung, wie des überlegten zweckbewußten Handelns überhaupt, ebenso sehr an Wichtigkeit abnimmt, als diejenige des spontanen Massenhandelns daran gewinnt, eines Handelns, in welchem die gewaltsam nach einem Gleichgewicht strebenden sozialen Gegensätze mit elementarer Macht hervorbrechen.

Wenn wir also auch nicht rückhaltlos der Auffassung des Verfassers zustimmen können, so freuen wir uns nichtsdestoweniger aufrichtig darüber, daß seine Schrift dem des Deutschen kundigen Leserkreis in vorliegender gewissenhafter Übersetzung erschlossen worden ist. Denn seine streng logische, aus einer einheitlichen Auffassung hervorgehende Darstellung der Ereignisse bietet den nichtrussischen Genossen eine erwünschte Gelegenheit, die Anschauungen der „Minderheits“-fraktion der russischen Sozialdemokratie nicht wie bisher mehr fragmentarisch und abgerissen, sondern im Zusammenhang kennen zu lernen.

h. Roland-holt.

I.

Die Ursachen der Revolution.

Der Krimkrieg war der erste bedeutende Schlag für den russischen Absolutismus. Die völlige Untauglichkeit der gesellschaftlichen Ordnung, die damals in Rußland herrschte, die Notwendigkeit einer radikalen Umwandlung derselben wurde einleuchtend für alle Welt. Die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands konnte aber damals noch nicht diejenigen gesellschaftlichen Kräfte erzeugen, die fähig waren, das alte Regime entschieden und rückhaltlos zu beseitigen. Es fehlten die gesellschaftlichen Kräfte, die imstande waren, den Absolutismus zu vernichten und die Herrschaft der Bureaucratie zu stürzen.

Die Bureaucratie, die in den Niederlagen des Krieges und in den darauffolgenden, andauernden Bauernrevolten eine drohende Gefahr für ihre eigene Existenz sah, entschloß sich, durch Reformierung der gesellschaftlichen Ordnung sich selbst zu retten. Das Prinzip der Selbstherrschaft blieb zwar unverletzt, aber der Absolutismus wurde genötigt, im Interesse seiner Selbsterhaltung Zustände zu schaffen, die schließlich dahin führten, seinen eigenen Untergang vorzubereiten.

Die Bauernbefreiung (1861), die Errichtung der Selbstverwaltung der Semstwo's, die Reform der Justiz, der Protektionismus der Industrie gegenüber, der Bau neuer Eisenbahnen — das alles bereitete den Untergang des Absolutismus vor und schuf freie Bahnen für die kapitalistische Entwicklung, die den eng damit verbundenen erbitterten Klassenkampf ins Leben rief. Aber unmittelbar warfen diese Reformen das alte Rußland noch nicht über den Haufen, sie konnten

nicht die Herrschaft der Bureaufkratie und des Feudaladels brechen, die sich für die zugestandenen Reförmchen sehr teuer bezahlen ließen.

Die Bauern erhielten weniger Ackerland, als sie vorher zur Nutznießung besaßen, und dieses kam ihnen teurer zu stehen, als es wert war. Auf das befreite Bauerntum wälzte sich der Absolutismus mit aller Wucht, indem er ihm durch direkte und indirekte Steuern alle Lebensäfte ausfog. Die an die Wand gedrückten Bauern suchten verzweifelt nach einem Ausweg, und da lauerten auf sie die Gutsherren, um ihnen zu maßlosen Preisen Land zu verpachten, oder sie für Hungerlöhne arbeiten zu lassen.

Regierung und Feudaladel wettenferten in der Ausbeutung der Bauern und fühlten sich darin eng verbunden. Aber diese Art der Ausbeutung, die das Bauerntum zu völliger Verelendung und zum Ruin führte, war nicht eine Kraft, die die Zukunft schafft, wie es bei der kapitalistischen Ausbeutung der Fall ist. Nur ein kleiner Teil des Einkommens, das Regierung und Grundbesitz aus den Bauern erpreßten, wurde produktiv verwendet, der größte Teil davon wurde völlig unproduktiv verbraucht. Dem Feudaladel lohnte es nicht, die höhere kapitalistische Betriebsweise in der Landwirtschaft einzuführen, da sie durch die Verpachtung ihres Ackerlandes an die Bauern, oder durch Bearbeitung desselben mittels bäuerlicher Arbeitskräfte, die mit einem Hundelohn sich begnügen mußten, viel höhere Profite einheimfen konnten. Den Bauern aber fehlten Kapital und Kenntnisse, um die Bodenkultur zu heben und die Produktivität ihrer Wirtschaft zu steigern.

Mit einer Hand die Entwicklung des Kapitalismus fördernd, hemmte sie der bureaukratische Absolutismus mit der anderen. Er schuf einen Absatzmarkt für die kapitalistische Industrie, allein er schränkte ihn auch ein.

Die Beseitigung der Leibeigenschaft der Bauern, die Lockerung der Bande, die sie an die Scholle fesselten, eine ge-

wisse Bewegungsfreiheit, schließlich die Erpressung immer neuer Steuern, die die Bauern nötigten, ihr eigenes Brot zu verkaufen und Arbeit und Nebenerwerb in der Stadt zu suchen, all diese Faktoren beschleunigten einen Einfluß der Städte auf das flache Land und führten überall zur Ablösung der Naturalwirtschaft durch die Geldwirtschaft. Die Erweiterung des Eisenbahnnetzes schuf eine stete und rege Verbindung zwischen Stadt und Land und erzeugte selbst in den entlegensten Winkeln eine Nachfrage nach Produkten der städtischen Industrie. Das Dorf verwarf seine bisherige Naturalwirtschaft, und einen Teil seiner Arbeitskraft verkaufend, kaufte es für seinen erweiterten Bedarf die Produkte der Industrie. Der Übergang von Naturalwirtschaft zu Geldwirtschaft diente zunächst als ein Faktor der Beschaffung und Erweiterung des Absatzmarktes für die kapitalistische Industrie.

Aber die Erweiterung des Absatzmarktes mit Hilfe dieses Faktors mußte unvermeidlich an ihre äußersten Grenzen gelangen, und Rußland ist bereits nicht weit von diesen Grenzen entfernt: die Naturalwirtschaft ist fast überall durch die Geldwirtschaft ersetzt.

Der zweite Faktor, der den Absatzmarkt für die Industrie schuf, war die aus den Bauern erpreßte gewinnreiche Beute, infolgedessen der wirtschaftliche Bedarf der Ausbeuter wuchs und die Nachfrage nach Industrieprodukten stieg. Das Einkommen der Grundbesitzer stieg seit der Bauernbefreiung enorm. Aber die Intensität der Ausbeutung der Bauern durch Regierung und Grundbesitz, was nur auf Kosten der Konsumeinschränkung der Bauern geschah, konnte sich nur innerhalb sehr enger Grenzen fortentwickeln. Das arbeitende, Rente schaffende Bauerntum konnte nicht mit immer wachsenden Summen die Kassen der Regierung und der Grundbesitzer füllen, solange der allgemeine Ertrag, den die Bauern aus der Bodenbebauung zogen, nicht gleichfalls wuchs. Und so gelangen wir zum dritten, einzig sicheren Faktor der Er-

weiterung des Absatzmarktes für die Industrie, — die Entwicklung der Produktionskräfte der Landwirtschaft. Der Kapitalismus in Rußland ist noch zu schwach, um den Weltmarkt zu erobern, und die Erweiterung des Absatzmarktes für Industrieprodukte kann nur durch Entwicklung der Landwirtschaft und gesteigerte Produktivität des Grund und Bodens geschehen. Aber gerade diese Entwicklung wurde durch die maßlose Ausbeutung der Bauern seitens der Regierung und des Grundbesitzes gehemmt.

Die Bureaukratie protegierte die Industrie, mittels hoher Zölle schützte sie den inneren Markt vor der ausländischen Konkurrenz; aber diese Schutzzölle fielen als schwere Last auf die Schultern des Bauerntums, der wichtigsten, ja in den meisten Gebieten Rußlands der einzigen produktiven Klasse auf dem flachen Lande, und dienten somit nur als Hemmnis der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionskräfte. Die Bureaukratie verwendete ungeheure Geldsummen für den Bau von Eisenbahnen, allein der Bau schuf einen Absatzmarkt für die Industrie. Doch konnten die Eisenbahnen nicht als Selbstzweck bestehen; sie mußten irgend eine Bestimmung haben, um sich erhalten zu können. Die Entwicklung der Produktivkräfte in der Stadt und auf dem flachen Lande wären eine neue Quelle steigenden Ertrages für sie gewesen, der zu neuen Eisenbahnbauten hätte verwendet werden können, was wiederum neue Impulse zur Entwicklung der Industrie gegeben hätte. Die fortwährende systematische Schwächung der Landbevölkerung und die sinkende Produktivität des landwirtschaftlichen Betriebes ließen aber die Eisenbahnen nicht gedeihen, infolgedessen wurde die fortwährende Erweiterung des Eisenbahnnetzes auf Staatskosten zu einem neuen Faktor des Ruins der Landwirtschaft.

Mit Hilfe der Schutzzölle, des Eisenbahnbaues, der Staatsbestellungen gelang es der Bureaukratie, die Gunst der industriellen Bourgeoisie auf ihre Seite zu ziehen. Aber ihre

gesamte Politik führte sie zur systematischen Niederdrückung des inneren Marktes, und dadurch mußte sie schließlich in unversöhnlichen Konflikt mit den Interessen der Bourgeoisie geraten. Und als der letzte Krieg mit seinen ungeheuren Niederlagen ad oculos bewies, wie unproduktiv und gewissenslos die Bureaucratie das Volkseigentum und die Geldsummen, die sie von der Bevölkerung erpreßte, verschwendet hatte, stellte sich auch die Bourgeoisie, die bisher die intimsten Verhältnisse mit der Bureaucratie unterhielt, auf die Seite der Opposition.

Aber schon lange zuvor fingen die Unruhen gerade unter denjenigen Volksschichten an, auf welchen die Ausbeutung durch Regierung und Grundbesitz unmittelbar lastete — unter den Bauern. Die Entwicklung der Produktivkräfte wurde gehemmt und geschwächt, und das proletariisierte Bauerntum fand weder in der städtischen Industrie noch bei den kapitalistischen Unternehmungen auf dem Lande eine genügende Verwendung seiner stets wachsenden Arbeitskraft. Infolgedessen konzentrierten sich alle seine Bestrebungen auf die Aneignung von Grund und Boden, und indem es die Grundbesitzparasiten von der Erdscholle abzuschütteln und sich deren Grundrente zu bemächtigen bestrebt war, wurde es zu einem mächtigen Faktor des ökonomischen Fortschritts.

Um für das Einkommen der Landwirtschaft eine produktive Anwendung finden und es zu neuen Quellen der Entwicklung der Produktivkräfte umwandeln zu können, müßte das Land dem Bauerntum, der wichtigsten, ja in mehreren Gebieten der einzigen produktiven Klasse auf dem flachen Lande, zur Verfügung stehen.

Das will aber nicht sagen, daß das Bauerntum, obwohl es an dem Erfolg der auf den Absolutismus heranstürmenden Revolution am ersten und am meisten Interesse hatte, die Avantgarde und Haupttriebkraft in dieser Revolution bildete. In dieser letzteren Rolle tritt hauptsächlich die

professionelle Intelligenz hervor, als deren bewegende Kraft das Proletariat zu betrachten ist.

In der heutigen Gesellschaft bilden sich breite Schichten der erwerbstätigen Intelligenz, die ihre professionellen Interessen haben, die aber gleichzeitig den Interessen verschiedener Klassen der Bevölkerung zu dienen genötigt sind. Diese Reihen der Intelligenz rekrutierten sich teils aus Vertretern derjenigen Klassen, die nicht nur durch Verkauf ihrer intellektuellen Arbeitskraft, sondern auch durch Ausbeutung fremder Arbeitskräfte ihr Auskommen fanden; der größte Teil aber dieser Schichten fand ihren Erwerb ausschließlich in professioneller intelligenter Tätigkeit.

In der seit der Bauernbefreiung verflossenen Zeitperiode wuchs die professionelle Intelligenz sehr stark an.

Zunächst bildete sich auf dem Boden der Institutionen der Gemstwo-Selbstverwaltung eine weite Schicht sogenannter Gemstwo-Intelligenz. Die höheren Posten der Gemstwo-beamten, die Vorsitzenden und Abgeordneten, rekrutierten sich aus dem einheimischen Adel. Aber neben diesen bildeten sich verschiedene Gruppen wie Ärzte, Lehrer, Agronomen, Statistiker usw.

Die obersten Schichten der Gemstwoorganisation waren dem Adel entnommen, schon vermöge der Gemstwoverfassung, und das mußte dieser Organisation einen gewissen Klassencharakter aufprägen. Aber auch diese höheren Schichten waren keineswegs die wirklichen Vertreter der Interessen des Junkertums. Die adligen Gemstwoabgeordneten wurden von den Junkern nicht zur Vertretung ihrer Interessen, sondern für reine Kulturzwecke gewählt. Daher erklärt sich, warum diese Gemstwovertreter des Junkertums zu dessen Abtrünnigen und nicht zu seinen Führern geworden sind, sobald die Zeit der erbitterten Klassenkämpfe heranrückte. Mittels der Kadettenpartei vereinigten sie sich mit der gewerblichen Intelligenz zu einer gesellschaftlichen Kraft und traten in Antagonismus zur gesamten Mehrheit der Junkerklasse.

Was drängte die Vertreter der Semstwointelligenz in Opposition zum Absolutismus? Zunächst jene Kulturtätigkeit, die ihr Beruf wurde und die stets auf Hindernisse seitens der absolutistischen Bureaukratie stieß, die immer bemüht war, die Semstwotätigkeit unter ihre kleinliche schikanierende Kontrolle zu stellen. Ihre oppositionelle Stellung zum Absolutismus entfaltete sich allein aus dem Bestehen der Selbstverwaltung der Semstvos, aus der Notwendigkeit, diese vor den ständigen Angriffen der Bureaukratie zu schützen, die ihren Wirkungskreis zu beschränken und auf ein unbedeutendes Minimum herabzusetzen bestrebt war.

Besonders wurde die besitzlose Semstwointelligenz, das sogenannte „dritte Element“, zum Gegenstand besonderer Verfolgungen seitens der Bureaukratie; da dieses in unmittelbarer Nähe zum Volke stand und insolgedessen notwendigerweise seinen geistigen Einfluß auf das Volk ausübte, so galt es als eine beständige Gefahr für die Bureaukratie. Die Unmöglichkeit aber, die Semstwowirtschaft ohne Mitwirkung dieses „dritten Elementes“ zu betreiben, schweißte alle Schichten der Semstwoorganisation in ihrem gemeinsamen Kampfe gegen die Bureaukratie nur um so mehr zusammen.

Schließlich stellte sich die Semstwointelligenz in Opposition zum Absolutismus vermöge ihrer der gesamten Intelligenz zu eigen gewordenen Bestrebung nach Freiheit in Wort und Schrift, nach Ermöglichung einer Kulturtätigkeit, mag diese ihrem geistigen Inhalt nach in sich eine noch so verschiedene sein. Die Semstwoopposition, die als Repräsentantin jener, zur Entwicklung der Produktionskräfte eines Reiches unerläßlichen Kulturarbeit auftrat, erschien in ihrem Kampfe gegen die Bureaukratie als eine progressive Macht der bürgerlichen Gesellschaft, die ihre Produktivkräfte von den Fesseln des herrschenden Absolutismus zu befreien suchte.

Hand in Hand mit der Semstwointelligenz ging die städtische Intelligenz, die infolge der Entwicklung des Kapitalismus und der Großstadt zu einem ungeheuren Wach-

tum gelangte. Diese gesellschaftliche Schicht, die der politischen Freiheit schon kraft des eigentlichen Charakters ihrer Berufstätigkeit bedarf, verlangte mehr als irgend eine andere nach ökonomischer Fortentwicklung Rußlands, um für ihre eigenen Kräfte Beschäftigung zu finden. Sie hatte ihr direktes, unmittelbares Interesse daran, daß der Klassenkampf sich in freien, parlamentarischen Formen vollziehe, da nur unter dieser Bedingung die Intelligenz im Dienste der verschiedenen Klassen zu einer einflußreichen, gesellschaftlichen Schicht werden konnte.

Die Unterdrückung, die Willkür und Gewalt der Regierung und ihres Beamtentums drückte auf die Bauern, auf die Intelligenz, am stärksten aber fühlte diesen Druck das Proletariat.

Zu seinem Zukunftsideal konnte es nur auf Grund eines unaufhörlichen Kampfes mit der Kapitalistenklasse gelangen. Aber um diesen Kampf zu führen, bedurfte es einer vollkommenen politischen Freiheit. Seine Klassenlage drängte es zu spontanen Ausbrüchen ökonomischer Kämpfe gegen den Kapitalismus, wobei es stets auf Hemmnisse in Gestalt der absolutistisch-polizeilichen Staatsordnung stoßen mußte.

Infolgedessen ist es wohl begreiflich, daß die ökonomischen Kämpfe sich unvermeidlich und mit Notwendigkeit in politische umwandelten. So standen auf der einen Seite die absolutistische Regierung und die Kapitalisten, auf der anderen das Proletariat. Die sich entwickelnden Kämpfe des Proletariats lockerten den Bund zwischen Absolutismus und Bourgeoisie. Die absolutistische Regierung erwies sich als machtlos, die proletarischen Bewegungen zu erdrücken; ihre Versuche, das Proletariat auf den Weg der Subatowischen* Politik

* Sergius Subatow, ein ehemaliger Revolutionär, nachher Gendarmeriechef in Moskau, war der Urheber einer Art von Polizeisozialismus, der der revolutionären Arbeiterbewegung entgegenzuwirken

zu locken, um die Massen von der politischen Bewegung abzulenken, reizten diese zu ökonomischen Kämpfen gegen den Kapitalismus, und somit geriet die Regierung in schroffen Gegensatz zu den Interessen der Bourgeoisie. Schließlich äußerten sich die proletarischen Kämpfe, die aus Mangel an politischer Freiheit sich nicht in organisierten zweckmäßigen Formen bewegen konnten, in Gestalt ungeheurer spontaner Streikausbrüche, die man nie voraussehen konnte und denen nie vorzubeugen war; und je häufiger und ausgedehnter diese wurden, um so mehr versetzten sie die Industrie in Verlegenheit und in eine unsichere Lage. Immer mehr mußte die Bourgeoisie sich überzeugen, daß es in ihrem eigenen Interesse lag, dem unabwendbaren proletarischen Klassenkampfe freie Bahnen und solche politische Zustände zu schaffen, wie sie in Westeuropa bestehen.

Der Absolutismus fühlte sich nach der Bauernbefreiung fürs erste erstarrt. Auf lange Zeit hatte er alle Bevölkerungsschichten auf seiner Seite, mit Ausnahme eines kleinen Haufens der Intelligenz. Hinter der Regierung standen die dankbaren Bauern, die anfangs den Behörden diejenigen „Aufwiegler“ auslieferten, die sie zur politischen Tätigkeit heranzuziehen versuchten. Auf ihrer Seite stand auch das gesamte Junkertum, das unter ihrer Mitwirkung die unverschämteste Ausbeutung der Bauern betrieb. Auf ihrer Seite stand die Bourgeoisie, die unter ihrem Schutze ihre Tätigkeit entfaltete. Friedlich verhielten sich zur Regierung auch die Massen der Intelligenz, die weitere Reformen erwarteten und auf die Erfüllung ihrer „sinnlosen Schwär-

bezweckte. Die von ihm im Jahre 1901 geschaffenen sogenannten „unabhängigen“ Organisationen, die unter dem Protektorat der Gendarmerie standen und ausschließlich ökonomische Aufgaben haben durften, nahmen im Prozesse der Bewegung immer mehr einen politischen Charakter an. Der siegreiche Julistreich in Südrußland im Jahre 1903 wuchs aus den von den „unabhängigen“ Organisationen veranstalteten „ökonomischen“ Streiks empor. (Siehe S. 16.)

Der Übersetzer.

mereien“* hofften, und ebensowenig feindselig gegen sie waren die in den Städten entstehenden Massen des Proletariats während der siebziger und achtziger Jahre.

Aber die unerbittliche Logik der ökonomischen Entwicklung brachte es dahin, daß schließlich alle diese Bevölkerungsschichten, mit Ausnahme des Feudaladels, sich feindselig gegen die Regierung stellen mußten.

Die wichtigste Rolle innerhalb dieses Teils der gesellschaftlichen Kräfte, der sich gegen den Absolutismus aufbaute, spielte zweifellos die Arbeiterklasse.

* Als „sinnlose Schwärmereien“ bezeichnete Alexander III., dem auch Nikolaus II. in der Rede nach seiner Thronbesteigung nachhinkte, die konstitutionellen Hoffnungen der Semstwo, die sie seit der Bauernbefreiung hegten.

II.

Vor dem 22. Januar 1905.

Ende der siebziger Jahre trat die sozialistisch gesinnte Intelligenz, der der Absolutismus als das mächtigste Hindernis zur Fortentwicklung ihrer Berufstätigkeit im Wege stand, mit diesem in einen verzweifeltsten Kampf. Das Ende dieses Kampfes war eine Niederlage der Sozialisten, da sie das Volk nicht hinter sich hatten.

Eine Epoche finsterner Reaktion trat darauf ein. An Stelle der vorherigen kampfesmutigen Stimmung der Intelligenz trat eine niedergedrückte, verworrene ein. Die einen wurden vom Tolstoismus, von seiner Lehre der persönlichen vervollkommnung, hingerissen. Die anderen suchten in ihrer revolutionären Tätigkeit durch Propagieren „kleiner Taten“ einen Ersatz. Die Reihen der terroristischen Organisationen lichteteten sich, und am Ende der achtziger Jahre löste sich die Partei der „Narodnaja Wolja“ selbst offiziell auf. Aber gerade zu dieser Zeit waren die sozialdemokratischen Vereine, die sich die Propaganda unter dem Proletariat zur Aufgabe machten, im Entstehen begriffen. Der Untergang der „Narodnaja Wolja“ zeigte, daß die Intelligenz nicht imstande ist, den Absolutismus zu besiegen, wenn sie sich nicht auf die Massen stützen kann. Die sozialistisch gesinnte Intelligenz begann daher sich an die proletarische Arbeiterschaft zu wenden, an diejenige Klasse, die, wie die Erfahrung in Westeuropa es zeigte, als der einzige natürliche Träger des Sozialismus und der eigentliche Vorkämpfer für die politische Freiheit auftrat. Die damals entstandene Gruppe „Děwoschdenije Truda“* (Befreiung der Arbeit), die die sozia-

* Begründet von G. Plechanow, Axelrod, W. Sassulitsch, L. Deutsch.

listisch gesinnte Intelligenz zur Propaganda unter den proletarischen Massen aufforderte, täuschte sich in ihrer Voraus-
sicht nicht: mitten in der Grabesstille der finsternen Reaktion
der achtziger und Anfangs der neunziger Jahre wuchs
und formte sich in Gestalt des Proletariats jene politische
Macht, die schließlich eine festere, tiefere politische Bewegung
hervorrief, als sie Rußland Ende der siebziger und Anfang
der achtziger Jahre erlebte.

Freilich wäre es irrtümlich, das Aufkeimen dieser Macht
ausschließlich der Propaganda der sozialistischen Intelligenz
zuzuschreiben. Eine ungeheuer große Bedeutung gewannen
dabei die beginnenden großen ökonomischen Kämpfe des
Proletariats, wodurch es systematisch in politische Kämpfe
verwickelt wurde. Selbst auch ganz ohne Einwirkung der
sozialdemokratischen Propaganda wäre das Proletariat
schließlich in den politischen Kampf gegen den Absolutismus
hineingezogen worden. Die sozialdemokratische Propaganda
beschleunigte nur einerseits diesen Prozeß, andererseits gab sie
der Arbeiterbewegung einen ausgeprägteren Klassenbewußten
Ausdruck.

Das erste bedeutende Auftreten der proletarischen Be-
wegung war der Weberstreik in Petersburg 1896, an dem
30 000 Arbeiter beteiligt waren, eine bisher in Rußland
noch unbekannte Erscheinung. Dieser Streik hatte einen
ökonomischen Charakter, aber trotzdem hatte er auch eine
kolossale politische Bedeutung. Er demonstrierte vor der
ganzen Bevölkerung die Solidarität der Arbeitermassen und
die in ihnen erwachte Entschlossenheit zum Kampfe; er machte
den Zusammenstoß zwischen der heranwachsenden Macht der
Massen und dem Regime der politischen Unterdrückung und
Rechtslosigkeit unvermeidlich.

Ende der neunziger Jahre entstand die Studentenbewegung,
die alle Universitäten umfaßte. In dieser Bewegung, die
ihren kolossalen Dimensionen nach alle bisher dagewesenen
studentischen Bewegungen weit übertroffen hat, war zweifel-

loß der Einfluß der sich entwickelnden Arbeiterbewegung zu merken. Man spürte diesen Einfluß selbst in dem Charakter jener Forderungen, die die Studentenschaft der Regierung stellte. Die Regierung antwortete auf diese studentische Bewegung mit einer Verordnung, die auffälligen Studenten zwangsweise in den Militärdienst zu stellen. Diese Maßregel rief eine gewaltige Aufregung unter allen Gesellschaftsschichten hervor, und anfangs 1900 durchzuckte ganz Rußland eine Welle politischer Demonstrationen. Freilich, wenn wir hieran den Maßstab der jüngsten Bewegung in Rußland anlegen wollten, so würden sie uns geringfügig erscheinen.

Der allgemeine Charakter dieser Demonstrationen war in der Regel folgender: Ein paar hundert Studenten entrollten rote Fahnen, sangen revolutionäre Lieder oder hielten revolutionäre Reden; ringsum häufte sich sehr bald ein Volkshaufen, der zum Teil sympathisierte, zum Teil aber aus Neugierigen bestand. Bald darauf rückten Polizisten und Kosaken an, und das grausame, schon oft beschriebene schonungslose Gemetzel begann.

Aber als Anfang der Bewegung hatten diese Demonstrationen eine große Bedeutung, um so mehr, da an den meisten dieser Demonstrationen die Arbeiter sich beteiligten. Die politische Bewegung verlor ihren früheren rein intelligenten Charakter, sie fing an, eine Massenbewegung zu werden. Die Arbeitermassen wurden auf diese Weise langsam in den politischen Kampf hineingezogen.

Die Maifeier in Charkow im Jahre 1900 kann als leuchtendes Beispiel dazu dienen. Ganz unerwartet beteiligte sich an dieser Maifeier fast die gesamte Charkower Arbeiterschaft, die ihre Solidarität durch eine allgemeine Arbeitseinstellung kundgab. Es streikten insgesamt zirka 15000 Arbeiter. Der Streik fand unzweifelhaft unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Organisation und auf deren Initiative statt.

Diese Bewegung trug freilich keinen ausdrücklich politischen Charakter und hatte überhaupt nur symptomatische Bedeutung, die auf das Heranwachsen einer oppositionellen Strömung unter den breiten Arbeitermassen hinwies. Wie es im Anfang zu gehen pflegt, so trat auch unter den Arbeitern Charkows eine rückläufige Bewegung ein, nachdem die Energißten und Aktivsten aus ihrer Mitte von der Polizei ausgejätet worden waren. Unter den Arbeitern der Eisenbahnerwerkstätten, die 1900 an der Spitze der Bewegung standen, setzte sogar eine reaktionäre Stimmung ein. An den Julistreik von 1903, der sich über ganz Südrußland verbreitete, schloß sich das Proletariat Charkows nicht an; die Bewegung des Petersburger Proletariats am 22. Januar 1905 fand in Charkow einen viel schwächeren Widerhall als in den anderen Großstädten Rußlands.

Einen viel stärker sich abhebenden politischen Charakter hatte anscheinend der Streik der Arbeiter Rostows im November 1902. Die Bedeutung der Rostower Bewegung ist häufig in unserer Partei übertrieben und als zielbewußtes Auftreten gepriesen worden. Diese Illusion wurde aber durch den Verlauf der Bewegung in Rostow zerstört. Durch den Streik aus den Geleisen geraten und in diesem Moment von kampfesmutiger Stimmung ergriffen, hörten die Arbeitermassen Rostows sehr gern die politischen Reden der sozialdemokratischen Redner, denen sie sogar nicht ohne eine gewisse Tapferkeit die Möglichkeit, auf den Volksmeetings Reden zu halten, verschafften. Diese Massen waren aber weit entfernt davon, die von den sozialdemokratischen Rednern aufgestellten Forderungen tiefer in sich aufzunehmen. Die polizeilichen Verfolgungen genügten auch hier vollständig, um das Anwachsen dieser Bewegung im Keime zu ersticken; der 22. Januar 1905 fand das Proletariat Rostows auf einer sehr niederen Stufe der politischen Reife und des Klassenbewußtseins.

Der Streik in Rostow mit seinen Massenversammlungen unter freiem Himmel fand im November 1902 statt, kaum

nach einem Jahre, im Juli bis August 1903, entflamnte der Streik im Süden. Batu, Tiflis, Odessa, Kiew, Jekaterinoslaw und andere Städte wurden von dem Generalstreik ergriffen. Wera Sassulitsch schildert in einem Artikel „Was sagen uns die Julitage“ in der „Iskra“* diese Streikbewegung wie folgt, indem sie sich auf die Berichterstattung eines Genossen aus Kiew beruft:

„So etwas hat Rußland, und ich glaube sogar auch Westeuropa noch nie gesehen.“ Als „etwas Neues in der Weltgeschichte“ erscheint hier „die absolute Solidarität aller Arbeiter, ohne Unterschied von Beruf und Nationalität. Es streiken wie ein Mann alle Arbeiter, von den gutsituierten Berufsclassen herab bis auf die niedrigsten Schichten der Lastträger. Es stockt der Dampfschiffs- und der Eisenbahnverkehr, die elektrische und Gasbeleuchtung ist ausgelöscht, es streiken die Handlungsgehilfen der großen Magazine, es stockt die Straßenbahn, die Zeitungen erscheinen nicht, Brot und Lebensprodukte steigen rapid im Preise, die Bauten ruhen; in Batu ist die Wasserversorgung zum Stillstand gebracht. In Westeuropa sind solche Streiks noch nie dagewesen, trotz eines halben Jahrhunderts der Geschichte der sozialistischen Bewegung, der sozialdemokratischen Organisation und der politischen Freiheit.“

Diese Schilderung und Beurteilung der Julistreikbewegung ist übertrieben, aber dessen ungeachtet hat diese in Rußland wirklich noch nie dagewesene Erscheinung auf die breiten Kreise unserer Partei einen starken Eindruck gemacht. Es ist Unsinn, eine „absolute Solidarität“, die angeblich als „etwas Neues in der Weltgeschichte“ gelten soll, bei den Arbeitern Südrußlands während des Julistreiks von 1903 anzunehmen. Absolute Solidarität war überhaupt nicht möglich in einer Bewegung, die ebenso spontan erlosch, wie sie spontan entstand. In den tagtäglichen organisierten Kämpfen der Arbeiterklassen Westeuropas,

* Iskra (Der Funke), das sozialdemokratische Parteiblatt.

in jener Geschultheit und Disziplin, von welchen die Arbeiterbewegung dort durchdrungen ist, äußert sich, wenngleich keine „absolute“, so doch allerdings eine viel stärkere Solidarität, als unter den Arbeitern Rußlands. Nicht in Momenten extravaganter Aktionen, sondern fortwährend, in ihren unausgesetzten Kämpfen fühlen sich die Arbeiter dort als Mitglieder einer großen kämpfenden Armee, und in den entwickelteren Ländern ist der größte Teil der Arbeiter in gewerkschaftlichen Verbänden und politischen Parteien organisiert. Tritt ein Moment der politischen Aktion ein, so stehen die Arbeitermassen bereit, die Forderung ihrer Führer abwartend, und treten dann erst auf, aber nicht nur einig in Reihe und Glied, sondern auch zielbewußt und für eine bestimmte Forderung. Nichts von diesen Merkmalen hatte der Julistreib zu verzeichnen.

In Odessa zum Beispiel entstand damals der Streik dank der Subatowschen Organisationen*, und erst in seinem weiteren Verlauf gelang es der Sozialdemokratie, in gewissem Grade den Streik zu beeinflussen; die ganze Zeit hindurch hatte ein erbitterter Streit zwischen den beiden Organisationen stattgefunden. In einer Volksversammlung im Walde von Odessa, an der sich 2000 bis 3000 Arbeiter beteiligten, entbrannte ein heftiger Kampf zwischen den Sozialdemokraten und den „Unabhängigen“: „Man stritt leidenschaftlich; die sozialdemokratischen Redner wurden von den ‚Unabhängigen‘ niedergebrüllt, die ‚Unabhängigen‘ wiederum von den Sozialdemokraten zum Stillschweigen gebracht.“ („Iskra“, Nr. 46.) — „Einige sozialdemokratische Redner begaben sich am 18. Juli abends in eine Versammlung der ‚Unabhängigen‘, wurden aber von verkleideten Spitzeln durchgeprügelt, einige von ihnen der Polizei ausgeliefert. Die Proklamationen wurden zumeist von der Menge ungelesen zerrissen.“ (Daselbst.) — Am Morgen desselben Tages gelang es einigen sozialdemo-

* Die Anhänger der Subatowschen Organisationen wurden auch „Unabhängige“ genannt.

kratischen Rednern, der Stimmung einer Arbeitermenge von 30 000 bis 40 000 Mann Herr zu werden, deren Sympathien zu gewinnen und gegen die Redner der „Unabhängigen“ standzuhalten.

Ein Berichterstatter aus Jekaterinoslaw beschreibt in einem Briefe an die „Iskra“ (Nr. 48) verschiedene während des Julistreiks abgehaltene Versammlungen, wo die Massen sehr selten politische, sehr häufig aber „ökonomische“ Reden anhören wollten; die Redner mußten den dringenden Forderungen der Massen nachgeben. — Es ist dabei zu bemerken, daß unsere parteigenössischen Agitatoren ultrapolitisch waren; Zeit und Kräfte der Behandlung rein ökonomischen Fragen zu widmen, betrachteten sie fast als einen Verrat an der Sozialdemokratie.

Ein äußerst charakteristisches Bild der Stimmung der Arbeitermassen während des berühmten Julistreiks von 1903 gibt ein Brief an die „Iskra“ aus Kiew: „Viele Arbeiter streiken, ohne irgendwelche Forderungen aufzustellen. Als man zum Beispiel die Wagenführer der Straßenbahnen nach ihren Forderungen fragte, da antworteten sie: ‚Wir wollen nichts!‘ — ‚Weshalb streikt ihr denn?‘ — ‚Ja, gestern wurden Streikende am Bahnhof erschossen, heute wollen wir nicht arbeiten.‘ Noch zu Anfang des Streiks, noch vor der Niederschießung war unter den Streikenden das Element eines politischen Protestes bemerkbar. Eine instinktive Unzufriedenheit mit der herrschenden Staatsordnung bewegte die meisten unter ihnen und diente ihnen als eigentlichen Anlaß zum Generalstreik. Diese Unzufriedenheit wurde äußerst verschieden formuliert. ‚Warum streikt man hier?‘ fragte ich am ersten Tage des Streiks einen Droschkenfutscher. ‚Ja, ist es denn möglich, auszuhalten und nicht zu rebellieren,‘ antwortete dieser, ‚in den Fabriken sind Unterdrückungen und Schindereien üblich, und überall herrscht Unverschämtheit.‘ Diese Worte charakterisieren die allgemeine Stimmung am zutreffendsten.“ („Iskra“, Nr. 47.)

Arbeiter, die organisiert ihren Kampf mit den Kapitalisten führen, werden nie ihre Arbeit einstellen, ohne ein bestimmtes Ziel vor sich zu haben. Wenn aber die Arbeiterbewegung keinen normalen Ausweg findet, wenn die politischen Zustände es verhindern, daß sie in eine entsprechend organisierte Form übergeht, so muß sie in ihrem naturnotwendigen Anwachsen alle absolutistisch-polizeilichen Hindernisse aus dem Wege zu räumen suchen.

Die Julistreibbewegung in Südrußland hatte zweifellos einen spontanen Charakter; die kolossalen Dimensionen, die sie annahm, gaben ihr eine politische Bedeutung. Aber um die absolutistisch-polizeiliche Regierung zu besiegen, war der Grad politischen Bewußtseins des russischen Proletariats während der Streibbewegung in Südrußland im Juli 1903 noch bei weitem ungenügend. In Nordrußland war dieser Grad des Bewußtseins noch viel niedriger. Das Proletariat Petersburgs war einzig und allein der südrussischen Arbeiterbewegung annähernd gewachsen. Moskau aber und die sie umgebenden Industrierayons galten als ein von der Bewegung ganz unberührt gebliebenes Gebiet. Kiew und seine 15 000 bis 20 000 Arbeiter wurde damals von unserer Partei als eine der bedeutendsten politischen Zentren, Moskau jedoch mit seinen mehreren Hunderttausenden von Proletariern als eine völlig unbedeutende Größe betrachtet.

Der äußerst geringe Einfluß der Partei auf das Proletariat und der noch sehr niedrige Grad politischer Reife und politischen Bewußtseins desselben kam scharf während des sogenannten „Frühlings“, in der Ara Swjatopolk-Mirskys, dem Nachfolger Plehwes, zum Vorschein.

Unter dem Eindruck der Kriegsniederlagen im fernen Osten regte sich die Bourgeoisie, begann auch die Intelligenz ihr Haupt zu erheben. Das Vertrauen zu der Regierung sank fortwährend, selbst unter den weitesten Bevölkerungskreisen. Der neue Kurs der Regierung nach der Ermordung Plehwes führte zum offenen Auftreten der Bourgeoisie und der In-

telligenz mit politischen Forderungen, Petitionen, Resolutionen und Wünschen.

Die Novemberkonferenz der Semstwoleute, die politischen Bankette, die Sitzungen der Stadtverordneten und der Semstvos unter Beteiligung des privaten Publikums, mit darin gehaltenen politischen Reden und Resolutionen, waren ein Ausdruck der angehäuften Unzufriedenheit mit der Herrschaft der Bureaukratie, der Forderung nach freien, konstitutionellen Verhältnissen. Die politischen Forderungen, die man auf den Banketten der Intelligenzen, der Semstvos und der Städteverwaltungs-korporationen aufgestellt hatte, waren nicht von hohem Schwunge und nicht besonders demokratisch; doch konnte es ja auch weder das eine noch das andere sein, da an dieser Bewegung die Arbeiterschaft keinen Anteil nahm, sie nicht vorwärts drängte.

Wir haben bereits gesehen, wie niedrig der Intellekt des Proletariats während des Julistreiks war. Die Forderungen der sozialdemokratischen Partei waren nur der Elite der Arbeiterschaft zugänglich, die gesamte Masse des Proletariats begriff sie nicht, sie konnte sich nicht zielbewußt auf ihre Seite stellen. Die klassenbewußten Elemente im Proletariat waren keine ständigen Führer der Massen, sondern nur in Zeiten der allgemeinen Bewegung und Aufregung traten die letzteren mit ihnen auf dem Boden des gemeinsamen Kampfes zusammen, wobei die Massen sich instinktiv unter ihre Führerschaft stellten.

Die Erinnerung, daß in Momenten allgemeiner Aufregung die sozialdemokratischen Redner Tausende und sogar Zehntausende von Arbeitern scheinbar auf ihrer Seite hatten, schuf in der Partei eine Illusion, als ob sie eine anerkannte geistige Vertreterin der proletarischen Massen sei und in deren Namen auftreten könne. Die Folge davon war, daß die Parteigenossen manchmal in eine sehr tragische Lage gerieten, wenn sich plötzlich herausstellte, wie es zum Beispiel in Rostow der Fall war, daß dieselben Tausende

von Arbeitern, die unlängst sich der Sozialdemokratie angeschlossen, jetzt auf einmal nicht nur ihnen zu folgen sich weigerten, sondern in ein „konservatives Element“ sich verwandelten. („Iskra“ Nr. 92, 1905.)

Eine derartige zweifellos tragische Situation erlebte die Partei während der „Frühlingsära“ von Smjatopolsk-Mirsky. Die Notwendigkeit des Auftretens des Proletariats wurde immer dringender, was auch in der Partei erkannt wurde, dem Proletariat aber war diese Notwendigkeit noch nicht bewußt; im Proletariat reifte damals derjenige Prozeß, der es nach einiger Zeit zu einer Aktion führen mußte, deren Formen für die Partei ganz unerwartet waren. Die Partei maß sich und dem Proletariat eine der Wirklichkeit nicht entsprechende Bedeutung bei. Infolgedessen wurden die Sozialdemokraten von den Vertretern der liberalen und demokratischen Kreise gehänselt und verhöhnt. „Wo ist eigentlich euer Proletariat,“ fragten sie uns bissig und giftig, „warum tritt es denn nicht auf?“

Fanden damals denn nun wirklich keine Aktionen des Proletariats statt?

Doch! die Parteileitung proklamierte den sogenannten Feldzug gegen die Semstwo. Gedacht war es als eine Einmischung des Proletariats in die liberale Bewegung, um diese wenigstens zum Teil für sich zu gewinnen, oder ihren gemäßigten Programmen und Forderungen die der Sozialdemokratie entgegenzusetzen. In Wirklichkeit aber nahm das Proletariat in seiner Masse keinen Anteil daran. Der ganze „Feldzug“ mußte sich darauf beschränken, daß auf den Banketten der Liberalen die sozialdemokratische Intelligenz, von einem kleinen Haufen fortgeschrittener Arbeiter begleitet, zu erscheinen pflegte. Diese „Aktionen“ trugen zwar sehr viel Aufregung und Animosität in die liberalen Kreise hinein, konnten aber keinen ernstlichen Einfluß weder auf die Liberalen noch auf die Regierung ausüben. Wenn wir jetzt einen Rückblick auf diesen „Feldzug“ werfen, so erscheint er uns klein und

unbedeutend im Vergleich mit der historischen Bewegung des 22. Januar, die so unerwartet entstand und kein bestimmtes Ziel und keinen auch noch so geringen Druck auf die Liberalen auszuüben sich vorgesetzt hatte, die jedoch ungeahnt den weiten Kreisen des Liberalismus und der Demokratie einen heftigen Ruck nach links versetzte, in der Richtung radikalerer, entschlossener, demokratischer Forderungen. Hier traten wenigstens Arbeitermassen auf, wenn auch nicht in der von der Sozialdemokratie gewünschten Form. Dagegen war dies im Semstwofeldzug nicht der Fall gewesen.

Während des November und Dezember (1904) wurde die Befreiungsbewegung nur durch einige Straßendemonstrationen in Petersburg (28. November) und in Moskau (5. und 6. Dezember) unterstützt. Beide Demonstrationen, an denen ausschließlich Studenten beteiligt waren, wurden von der Polizei auf die grausamste, brutalste Weise unterdrückt.

Die reaktionäre Presse führte einen erbitterten Kampf gegen die Konzessionen seitens der Regierung den politischen Forderungen der liberalen Gesellschaftskreise gegenüber. Die Überflüssigkeit solcher Konzessionen suchte sie durch die Behauptung zu begründen, daß das Häuflein Liberaler kein Volk hinter sich habe.

Die Regierung erließ am 12. Dezember 1904 einen Ukas, worin sie die Einführung von Reformen, mit deren Ausführung sie bereits das vereinigte Ministerium beauftragt hatte, versprach. Gleichzeitig aber wurde ein besonderes Regierungscommuniqué veröffentlicht, worin der Bevölkerung empfohlen wurde, sich davor zu hüten, „die unerschütterlichen, ursprünglichen Grundlagen der Regierungsordnung“ zu verletzen, und in dem die Regierung drohte, etwaige Prozeffionen, Volksaufläufe und Zusammenrottungen mit aller Schärfe der ihr zur Verfügung stehenden „gesetzlichen“ Mittel zu unterdrücken.

Der Moment schien kritisch zu werden, als die Blicke aller der Befreiungsbewegung Getreuen sich mit Furcht und Hoff-

nung auf das Proletariat richteten. Das weitere Schicksal der Befreiungsbewegung hing augenscheinlich davon ab, ob das Proletariat seine Stimme laut werden ließ oder nicht.

Und das Proletariat erhob seine Stimme. Dank einer zufälligen, aber höchst bedeutungsvollen Konstellation der Ereignisse entflammte am Morgen nach der Veröffentlichung des Ukases der Streik in Waku, der zu einem Generalstreik sich ausdehnte. Das war natürlich noch viel zu wenig im Verhältnis zu dem, was dieser kritische Moment erheischte, doch war es ein Vorzeichen derjenigen Bewegung, die einen Monat später ganz Rußland durchzuckte.

Ende Dezember 1904 fand in Odessa auf Anordnung des Parteivorstandes der russischen sozialdemokratischen Partei eine Zusammenkunft der Vertreter und Agitatoren statt, um die nächste Taktik zu beraten. Es wurde dort das Mißlingen des Semstwofeldzugs konstatiert und eine neue Aktion des Proletariats geplant, die zum 19. Februar vorbereitet werden sollte. Noch ehe die Delegierten von dieser Zusammenkunft nach Hause zurückkehrten, setzte in Petersburg diejenige Bewegung ein, die unter dem 22. Januar 1905 in der Geschichte eingetragen ist.

III.

Vom 22. Januar bis zum 31. Oktober 1905.

Die Petition der Petersburger Arbeiter.

„Kaiser! Wir, die Arbeiter, unsere Kinder, Frauen, unsere schwachen, greisen Eltern sind zu Dir gekommen, um Gerechtigkeit und Schutz zu suchen. Wir sind verarmt, unterdrückt, von unerträglicher Arbeit belastet, wir sind verschmäht, wir sind nicht Menschen, wir sind Sklaven, die schweigend ihr Schicksal ertragen müssen. Wir haben lange stumm gelitten, und doch werden wir immer tiefer in den Sumpf der Armut, Rechtlosigkeit und Unwissenheit gestürzt. Despotismus und Willkür wollen uns ersticken, und wir gehen zugrunde. Wir haben keine Kräfte, es weiter zu ertragen. O Kaiser! unsere Geduld ist zu Ende. Wir sind in die Lage geraten, wo der Tod besser ist, als die Fortsetzung solch unerträglicher Qual. Und siehe, wir haben unsere Arbeit eingestellt und unseren Arbeitsherren erklärt, daß wir die Arbeit nicht aufnehmen, ehe unsere Forderungen erfüllt sind. Wir verlangen nicht viel: Wir wollen nur dasjenige, unter dessen Entbehrung das Leben — kein Leben, sondern ein ewiges Zuchthaus, eine ewige Qual ist.

Unsere erste Bitte war die, unsere Arbeitsherren möchten unsere notdürftige Lage gemeinsam mit uns beraten, aber das wurde abgelehnt. Solches Recht wurde uns abgesprochen unter dem Vorwand, es widerspreche den Gesetzen. Als ungesetzlich erklärte man auch unser Verlangen, den Arbeitstag auf acht Stunden herabzusetzen, die Löhne für unsere Arbeit mit unserer Bewilligung und gemeinsam mit uns festzusetzen, die Differenzen zwischen uns und der Fabrikadministration gerecht zu untersuchen, Minimallöhne bis auf 1 Rubel pro Tag festzusetzen, uns rücksichtsvolle, ordentliche und uns nicht beleidigende ärztliche Behand-

lung zu gewähren, unsere Werkstätten so hygienisch einzurichten, daß man wenigstens dort arbeiten könne, und sich nicht durch Regen, Schnee und Zugwinde zu Tode erkälte. All diese Forderungen gelten unseren Arbeitgebern als gesetzwidrige, all unser Verlangen als verbrecherisch, unsere Ansprüche auf Hebung unserer Lage als eine Vermessenheit, als eine Beleidigung gegen unsere Arbeitsherren.

O Kaiser! Unserer sind hier mehrere Tausende, aber das sind alles Menschen bloß dem Scheine nach, bloß nach außen hin: in Wirklichkeit werden uns, wie dem ganzen Volke, keine Menschenrechte zuerkannt, kein Recht, frei zu reden, zu denken, kein Recht, uns zu versammeln, unsere Lage zu beraten, oder Maßnahmen zu deren Besserung zu suchen. Wir sind geknechtet, geknechtet unter dem Zutun Deiner Beamten. Jeder aus unserer Mitte, der es wagt, seine Stimme zur Befürwortung der Arbeiterinteressen zu erheben, wird ins Gefängnis geworfen, nach Sibirien verbannt, seine Gutherzigkeit, seine mitleidige Anteilnahme wird als Verbrechen bestraft. So heißt die Befürwortung eines Niedergeschlagenen, eines Elenden, Recht- und Hilfslosen ein schweres Verbrechen!

O Kaiser! Stimmt es denn also mit den Gesetzen Gottes, in dessen Gnaden Du regierst, überein? Ist es denn möglich, unter solchen Gesetzen zu leben? Ist es denn nicht besser für uns arbeitendes Volk ganz Rußlands, zu sterben? Lieber überlassen wir es den Kapitalisten und den Beamten, mögen sie Leben und Vergnügen genießen! Siehe nun selbst, was uns übrig bleibt; das allein hat uns vor die Mauern Deines Palastes getrieben. Hier suchen wir unsere letzte Rettung. Weise Deines Volkes Bitte um Hilfe nicht ab, erlöse es vom Grabe der Rechtlosigkeit, der Armut, des Elends und der Unwissenheit, gib Deinem Volke die Möglichkeit, selbst sein Schicksal zu lenken, befreie es von der unerträglichen Last, die Deine Beamten ihm auferlegten, wirf nieder die Scheidewand

zwischen Dir und Deinem Volke — möge es mit Dir zusammen das Land regieren! Du bist doch gesetzt, um das Glück Deines Volkes zu wahren, und dieses Glück reißen uns Deine Beamten aus den Händen. Bis zu uns gelangt es nicht, uns bleibt nur Unglück und Qual. Siehe ohne Hohn auf unsere Bitten herab, die nicht auf Böses, nur auf Gutes für uns wie für Dich, o Kaiser, gerichtet sind! Nicht Verwegenheit spricht aus uns, nur die Erkenntnis der Notwendigkeit, einen Ausweg aus unserer Lage zu finden. Rußland ist allzu groß, seine Bedürfnisse und Mängel sind allzu zahlreich und mannigfach, um es durch besoldete Beamte regieren zu können; es ist notwendig, daß Dein Volk selbst Dir dabei behilflich sei; ihm allein sind seine wahren Bedürfnisse recht bekannt. Lehne doch die Hilfeleistung Deines Volkes nicht ab. Befehl unverzäumt, Vertreter von ganz Rußland, von allen Klassen, allen Ständen zu berufen. Laß darunter Kapitalist und Arbeiter, Geistlicher, Arzt und Lehrer sein. Möge ein jeder, sei wer es will, seinen Vertreter wählen, möge jeder das gleiche Recht der freien Wahl genießen. Zu diesem Zwecke befehl, o Kaiser, daß die Wahlen zu dieser Gründungsversammlung auf Grund allgemeinen, geheimen, direkten und gleichen Stimmrechtes geschehe. Darauf, und nur darauf basiert alles. Das ist das erste, ja das einzige Heilmittel für alle unsere Wunden, ohne dies werden unsere Wunden nie heilen, immer weiterbluten und uns zum Tode führen. Jedoch, ein alleiniges Heilmittel reicht für so vieles Unheil nicht aus. Es bedarf deren viele. Offen und aufrichtig sagen wir Dir, o Kaiser, heraus, was das Heil des Volkes erheischt:

I. Mittel gegen die Rechtlosigkeit und Unwissenheit des russischen Volkes:

1. Persönliche Freiheit und Unantastbarkeit, Rede- und Pressfreiheit, Koalitions- und Versammlungsfreiheit, Gewissensfreiheit in Sachen der Religion.

2. Allgemeine Schulpflicht und gute Volkserziehung.
3. Verantwortlichkeit der Minister dem Volke gegenüber und Garantie eines verfassungsmäßigen Regierens.
4. Gleiches Recht vor dem Gesetz aller ohne Ausnahme.
5. Sofortige Amnestierung derjenigen, die für ihre Überzeugung bestraft sind.

II. Mittel zur Beseitigung des Volkselendes:

1. Aufhebung der indirekten und Einführung der direkten Einkommensteuern.
2. Aufhebung der Einlösungsratenzahlungen der Bauern, wohlfeiler Gewerbe- und Agrarkredit und allmählicher Übergang des Grund und Bodens in die Hände des Bauernvolkes.

III. Mittel gegen die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital:

1. Gesetzlicher Arbeiterschutz.
2. Freie Gewerkschaften, sowie Konsum- und Produktionsvereine.
3. Der Achtstundentag, sowie Normierung der Überstundenarbeit.
4. Sicherung der Kampfesfreiheit zwischen Arbeit und Kapital.
5. Beteiligung eines Arbeiterausschusses an der Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen betreffend den Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung auf Staatskosten.
6. Normale Arbeitslöhne.

Dies sind, o Kaiser, unsere bedeutendsten Forderungen, die zu verlangen wir zu Dir kamen. Befiehl, diese zu befriedigen, und schwöre darauf, und Du wirst Rußland glücklich und ruhmreich machen und Deinen Namen in unseren Herzen und in den Herzen unserer Nachkommen auf immer und ewig besiegeln. Gewährst Du es uns aber nicht, findet unsere Bitte keinen Widerhall in Deinem Herzen — so sterben wir hier auf diesem Plage vor

Deinem Palaste. Alle Wege sind uns verschlossen, wir wissen nicht, wohin uns wenden. Wir sehen nur zwei Wege vor uns: den Weg zu Freiheit und Glück, oder zum Tode. Weise uns, o Kaiser, den einen von beiden — und wir folgen ihm ohne Widerspruch, und wäre es auch der Weg zum Tode. Wir sind bereit, unser Leben für das Glück unseres armen, Kummer und Leid tragenden Vaterlandes zu opfern. Wir gönnen ihm dieses Opfer — wir geben es gerne dahin!"

*

*

*

Eine Petition solchen Wortlautes trugen Abertausende von Arbeitern unter Begleitung von Frauen und Kindern am 22. Januar zum Winterpalais des Zaren.

Die Arbeiter gingen, zu sterben bereit, und sie starben in der Tat, starben nicht im Kampfe, nicht auf den Barrikaden, sondern wehrlos von dem Militär erschossen, das bereits am Vorabend zu diesem Zwecke vorbereitet worden war.

Mit den Gefallenen vor dem Winterpalast fielen auch die Illusionen des Petersburger Proletariats, starben seine Hoffnungen auf eine friedliche Lösung der politischen Krise. Mit Unrecht schreibt Trotzky, „die Arbeiter kamen am 22. Januar zum Winterpalais, nicht um zu bitten, sondern um zu fordern“, dies Urteil aus der angeblichen Tatsache schließend, daß „das Volk die Soldaten angegriffen habe“, daß „die Arbeiter Waffen raubten und wo sie konnten, Barrikaden bauten“. (Trotzky: Unsere Revolution, S. 66.) Die Sache so darzustellen, versuchte zwar die Regierung in ihren Communiqués, um die bestialische Niedermetzlung friedlicher, wehrloser Arbeiter zu rechtfertigen, in Wirklichkeit aber stimmen alle Berichte über den 22. Januar darin überein, daß die Fälle von Waffenraub und Barrikadenbau völlig vereinzelte Ausnahmeerscheinungen waren, die bloß auf der Wassiljewskijinsel stattfanden. Das gesamte Bild des 22. Januar war — eine friedliche Prozession und ein Niederschießen friedlicher,

wehrloser Menschen, größtenteils ohne den geringsten Widerstand von ihrer Seite. Die Arbeiter gingen nicht zur Schlacht, dazu waren sie nicht vorbereitet, sonst wären sie nicht mit Weib und Kind, mit jung und alt zum Winterpalais geschritten.

Die Petition, die das Petersburger Proletariat zum Zaren trug, war keineswegs eine Petition eines „revolutionären Volkes“, noch weniger eine Petition des Proletariats, das sich bereits unter die Fahnen der revolutionären Sozialdemokratie gestellt hat. Die Petition zeigt am klarsten, in welchem Verhältnis das Petersburger Proletariat zur Sozialdemokratie stand. Die Sozialdemokratie beherrschte damals die Massen noch nicht, sie konnte noch nicht als seine Führerin gelten.

Ein Proletariat, das sich von der Sozialdemokratie leiten läßt, das sich mehr oder weniger bewußt unter ihre Fahnen stellt, kann unmöglich von oben etwas erbitten; es kann nur fordern, ausschließlich auf seine eigene Macht bauend, auf den Druck von unten rechnend, den es auszuüben imstande ist.

Das Petersburger Proletariat war noch keineswegs ein „revolutionäres Volk“, als es wehrlos, mit seinen Frauen und Kindern zum Zaren ging, um die Einberufung einer allrussischen konstituierenden Versammlung zu erbitten. Es war es nicht, aber es ist es geworden, es trat in die Revolution ein, weil auf all seine Bitten der Zarismus nur mit Niederschießung des Volkes antwortete.

Wenn wir mit vollem Recht den 22. Januar als den Anfangstag der russischen Revolution rechnen, so ist es nicht deswegen, weil das Auftreten des Proletariats am 22. Januar an und für sich eine revolutionäre Aktion war, sondern weil an diesem Tage die alte Regierung, an die das Proletariat seine Bitten richtete, sich ihm gegenüber als eine schrofne, unveröhnlich-seindliche Macht in grellem Lichte zeigte; und indem sie seine Hoffnungen und Illusionen

in Blut erstickte, trieb es sie rückhaltlos auf den Weg der Revolution.

Am 22. Januar waren im Bewußtsein des Proletariats die alten, knechtischen Illusionen zusammen mit zweifellos sozialdemokratischen Forderungen verquickt. Einerseits richtete es seine Augen voll Hoffnung auf die alte Regierung, andererseits stellte es an sie Forderungen, wie die der allrussischen Konstituante, die eine Liquidierung der alten Regierung bedeutete, des noch nirgends in Westeuropa eingeführten Achtstundentags, und des Überganges des gesamten Grund und Bodens in die Hände des arbeitenden Volkes, was einer völligen Vernichtung der ökonomischen Basis, worauf Bureaukratie und Feudaladel sich stützten, gleichkam. Was in das Bewußtsein des Proletariats mit Hilfe der Sozialdemokratie hineingetragen war, hatte noch keine Zeit gehabt, reif zu werden und das Alte, Überlebte, womit das Proletariat bis dahin angefüllt war, zu verdrängen. Aber das Alte starb im Proletariat am 22. Januar unter den Salven der zarischen Schergen; und der naturnotwendige Entwicklungsprozeß der Ereignisse stieß das Proletariat in die Reihen der Sozialdemokratie.

Aber selbst nachdem dies geschehen, sollte uns doch die Petition des 22. Januar von vornherein vor Illusionen warnen. Die sozialdemokratischen Forderungen hatten keine feste Wurzel im Bewußtsein des Proletariats und konnten diese nicht haben. Sie waren offenbar bloß Forderungen von gestern, sonst könnten sie nicht in nachbarlicher Nähe mit knechtischen Vorstellungen haufen. Die Vorgeschichte des 22. Januar bestätigt dies.

Das Verdienst, den 22. Januar vorbereitet zu haben, fiel vor allen Dingen der Subatowschen Gesellschaft zu, die unter der wohlwollenden und aktiven Mitwirkung der Polizei arbeitete und sich „St. Petersburger Gesellschaft der Fabrikarbeiter“ nannte. Diese Gesellschaft fand ihren klugen und energischen Leiter in der Person des Popen

Gapon.* Die Vertretung der ökonomischen Interessen der Arbeiter, welche diese Gesellschaft sich zur Aufgabe machte, zog die breiten Arbeitermassen an. Die „Gesellschaft“ wurde zu einer Massenorganisation der Fabrikarbeiter, was zu erreichen der sozialdemokratischen Organisation nicht gelungen war und nicht gelingen konnte infolge polizeilicher Hindernisse. Die ungeheure politische Aufregung, die die breiten Bevölkerungskreise infolge der Kriegsniederlagen im fernen Osten erfaßte, konnte unmöglich ohne Einfluß auf die „Gesellschaft“ bleiben. Andererseits ermöglichte ihr Massencharakter den Eintritt sozialdemokratischer klassenbewußter Arbeiter in ihre Reihen. Und so begann die „Gesellschaft“, unter dem Einfluß der allgemein politischen Atmosphäre und des Entwicklungsganges der ökonomischen Kämpfe, sowie unter dem unmittelbaren Einfluß der sozialdemokratischen Elemente in ihr, sich aus einer Subatowschen Organisation in eine offenbar regierungsfeindliche Gesellschaft umzuwandeln. Die Sozialdemokratie beherrschte nie diese Bewegung, und konnte sie auch am Ende nicht vollständig beherrschen. Aber diejenigen „frechen Forderungen politischen Inhalts“, wie sie ein Regierungscommuniqué bezeichnet, die sich in der Petition befinden, sind in hohem Grade der beharrlichen, energischen

* Der Priester Georg Gapon, der in öffentlicher und geheimer Verbindung mit dem Polizeidepartement stand und von diesem bedeutende Geldsummen für die „Gesellschaft“ bezog, hatte, wie er selbst angab, die geheime Absicht, die Polizei zu überflügeln und ihre Gunst im Interesse der Arbeitermassen auszunützen. Das Programm der Gapon'schen Organisation ist von demselben Geiste des „Polizeisozialismus“ erfüllt und ähnelt dem der Subatowschen. Jedoch ist es nicht zu leugnen, daß in gewissen Momenten Gapon, von der spontanen Massenbewegung hingerissen, der Sache der von ihm vertretenen Arbeiter aufrichtig ergeben war. Die wichtigsten Punkte der Petition des 22. Januar 1905 waren von ihm noch im März 1904 zu diesem Zwecke verfaßt. Seine zweideutige Stellung zum Polizeidepartement und sein rätselhaftes tragisches Ende (er wurde im Frühjahr 1906 bald nach seiner Rückkehr nach Petersburg ermordet aufgefunden) sind bis heute noch nicht ganz aufgeklärt. Der Übersetzer.

Agitationstätigkeit der Sozialdemokratie zur Zeit der Entwicklung dieser Bewegung zu verdanken. In den kolossalen Massenversammlungen der verschiedenen Filialen der „Gesellschaft“ stellten sozialdemokratische Redner ihre „frechen“ Forderungen des Achtstundentags, der politischen Freiheit, der konstituierenden Versammlung auf.

Die Bewegung des Petersburger Proletariats mußte einen starken Eindruck auf das gesamte Proletariat Rußlands machen. Unter der unmittelbaren Wirkung dieser Bewegung überschwemmte eine ungeheure Streifwelle ganz Rußland. Das Proletariat war so stark erregt, dermaßen aus dem Gleichgewicht gekommen, daß die Streifbewegung, die der 22. Januar hervorrief, über zwei Monate andauerte.

Im allgemeinen verbreitete sich diese Streifbewegung über 122 Städte, einige Bergwerke im Dongebiet und über zehn Eisenbahnlinien. Nach der Berechnung von L. Martoff nahmen daran über eine Million Arbeiter teil. So erscheint uns diese grandiose Streifbewegung von der quantitativen Seite. Wir wollen sie jetzt auch von der qualitativen Seite betrachten.

Vor allen Dingen müssen wir feststellen, daß die Einwirkung des 22. Januar auf die Intensität und Zielbewußtheit der Bewegung in Zentralrußland sich von derjenigen der peripheren Grenzgebiete in den baltischen Provinzen, im Kaukasus, in Südwestrußland und in Polen stark unterscheidet. Aus der vorhergehenden Analyse sahen wir, wie niedrig das Klassenbewußtsein des Proletariats noch am Vorabend des 22. Januar war. Spontaner Drang nach ökonomischen Kämpfen, allgemeine Neigung zur Solidarität innerhalb dieser ökonomischen Kämpfe, eine sehr unbestimmte Gärung — das waren die charakteristischen Grundzüge des russischen Proletariats an der Schwelle der Revolution. Bedeutend reifer im politischen Sinne und besser organisiert war in diesem Moment das polnische, lettische, jüdische und kaukasische Proletariat. Hier läßt sich ein bestimmtes, mehr

oder weniger bewußtes politisches Kredo bei den breiten Arbeitermassen erkennen, eine genügend bewußte Disziplin und Ergebenheit der Führung der sozialistischen Parteien, hauptsächlich der sozialdemokratischen.

Das Proletariat Petersburgs, wie groß es am 22. Januar auch gewachsen sein mag, war jedoch weit hinter dem Proletariat der Grenzgebiete zurückgeblieben. Aber einmal zum politischen Leben erwacht, im Namen bestimmter politischer Forderungen in seiner ganzen Masse sich erhebend und von der Bewegung hingerissen, war es doch dem Proletariat der anderen Städte Zentralrußlands weit voraus. Daher der ungeheure Unterschied in der Wirkung, die die Petersburger Januarbewegung auf das Proletariat der Grenzgebiete und auf das von Zentralrußland ausübte. Auf jene wirkte der 22. Januar als Sturmglocke, die zur Revolution rief, während er in Zentralrußland einen sehr schwachen Widerhall fand und eine unbestimmte politische Gärung hervorrief, die im Gegensatz zu der des Petersburger Proletariats nicht einmal imstande war, bestimmte politische Formen anzunehmen.

Selbst in quantitativer Beziehung ist der Unterschied hier und da ein kolossaler. Von den 122 Städten, die von der Streifbewegung ergriffen waren, fielen 78 auf die Grenzgebiete und nur 44 auf Zentralrußland. Noch bedeutender ist der Unterschied der Bewegung in den Grenzgebieten und in Zentralrußland in qualitativer Beziehung. Der Kaukasus und die Ostseeprovinzen, Polen und Litauen reagierten äußerst lebhaft und aktiv auf die Ereignisse des 22. Januar mit Massendemonstrationen und Meetings von 50 000 bis 150 000 Beteiligten, mit Massentreifs und Sympathiestreifs, die wochenlang dauerten, wobei es häufig zu Zusammenstößen mit dem Militär kam. Es streiften Fabrikarbeiter und Handwerker, Straßenbahnangestellte, Droschkenkutscher und Handlungsgehilfen. Die Forderungen waren dabei politisch äußerst radikal: „Einstellung des Krieges“, „Ein-

berufung einer konstituierenden Versammlung“, „Aufhebung der Monarchie“ und „Herstellung einer demokratischen Republik“ („Iskra“, Nr. 85 bis 88). Dagegen reagierte Zentralrussland sehr schwach, die Streiks waren uneinig und dauerten nicht lange (oftmals nur einen Tag oder gar nur eine Stunde). Die Forderungen sind überall vorwiegend ökonomische, zu den politischen verhalten sich die Massen indifferent („Iskra“, Nr. 85 bis 89 in den Korrespondenzen aus Kiew, Moskau, Charkow, Jekaterinoslaw und anderen Städten).

Wenn wir das Fazit der Streikbewegung, die sich nach dem 22. Januar über ganz Rußland verbreitete, betrachten, so müssen wir zugeben, daß wenngleich die Bewegung in manchen Fällen auch keinen scharf ausgeprägten politischen Charakter hatte, wenn auch in einer ganzen Reihe von Ortschaften ausschließlich ökonomische Forderungen gestellt wurden, dennoch im großen und ganzen diese Bewegung nicht nur eine Kollision entgegengesetzter Klasseninteressen des Proletariats und der Bourgeoisie war, sondern vielmehr ein halb unbewußter Protest gegen die allgemeinen politischen Verhältnisse. Einen vorwiegend politischen Charakter gewann diese Bewegung dank dem 22. Januar in Petersburg.

Der 22. Januar und die dadurch entstandene zwei Monate lang dauernde Streikbewegung des Proletariats übte einen ungeheuren Einfluß auf alle übrigen Klassen der Bevölkerung aus. Unzweifelhaft entzündete sich unter dessen Wirkung* an verschiedenen Orten die Bauernbewegung; die Fabrikbesitzer und Großindustriellen überhäuften die Regierung mit Resolutionen, worin sie politische Freiheit und Einberufung einer Volksvertretung forderten; die Hochschulen proklamierten den allgemeinen Hochschulenstreik und

* Selbstverständlich muß hier die Wirkung der Ereignisse in der Mandschurei und die darauffolgende völlige Diskreditierung der Regierung in Betracht gezogen werden.

Der Übersetzer.

forderten unter anderem die Einberufung einer konstituierenden Versammlung; die Intelligenz begann immer radikalere und demokratischere Forderungen zu stellen. Bei solcher Situation konnte natürlich das Manifest vom 18. Februar, betreffend Einberufung einer Duma ohne gesetzgeberische Vollmacht, dem Lande keine Beruhigung bringen, um so mehr, da diesem Manifest ein Reskript beigelegt war, worin alle reaktionären Kräfte Rußlands („regierungstreuen Söhne unseres Vaterlandes“) zum Kampf gegen die „Aufwiegler“ aufgefordert wurden.

Diese mächtige, weitumfassende Streifbewegung übte einen tiefen revolutionären Einfluß auf das Proletariat selbst aus. Das Interesse für politische Fragen und politische Versammlungen stieg unter den Massen bis zum höchsten Grade.

In vielen Ortschaften fanden ungeheure, von Tausenden besuchte Meetings an Stelle der bisherigen Versammlungen von etlichen Duzend Teilnehmern statt.

Am stärksten war diese revolutionäre Wirkung der Streifbewegung am Petersburger Proletariat zu merken, was durch die Einsetzung der sogen. „Kommission Schidlowsky“ besonders klar hervorgetreten war. Unter dem frischen Eindruck der Januarereignisse beschloß die Regierung, eine Kommission unter dem Vorsitz des Senators Schidlowsky zu berufen „zum Zwecke unverzüglicher Erforschung der Ursachen der Unzufriedenheit unter den Arbeitern Petersburgs und seiner Vororte“; die Kommission hatte zugleich Mittel und Wege zu deren Beseitigung vorzuschlagen. Die Unternehmer und Arbeiter sollten Vertreter in diese Kommission wählen. Die Arbeiter sollten indirekt wählen, das heißt zuerst Wahlmänner, die nachher ihre Vertreter in der Kommission zu wählen hatten.

Während dieser Wahlen entfaltete die Sozialdemokratie eine intensive politische Agitation. Die Wahlmänner stellten vor den definitiven Wahlen die Forderung, daß man ihren Ver-

treten in der Kommission die vollständige Freiheit des Wortes in ökonomischen sowie in politischen Fragen zusichere, die am 22. Januar verbotene „Gesellschaft Petersburger Fabrikarbeiter“ (Gaponische Organisation) wieder eröffne und die damals verhafteten Arbeiter befreie. Diese Forderungen wurden natürlich zurückgewiesen, und die Wahlmänner von sieben Abteilungen (sieben von neun) verzichteten demonstrativ auf ihre Teilnahme an den Wahlen zur Kommission.

Angeichts der Streikbewegung, die von Januar bis März andauerte, und der politischen Reise, die die Petersburger Arbeiter in dem Fall Schidlowsky anscheinend gezeigt hatten, setzte die sozialdemokratische Partei sehr viele Hoffnungen auf den 1. Mai. Wie es immer passiert, lief die Partei der Wirklichkeit voraus, und sie baute ihre Pläne und Ansichten nicht auf Grund nüchterner Analyse, sondern auf sehr übertriebenen Vorstellungen über den Grad des Klassenbewußtseins, und der Disziplin des Proletariats.

Man erwartete also im Mai eine mächtigere Bewegung als im Januar, man hielt es für möglich, daß diese Maibewegung sich in einen entschiedeneren Ansturm auf den Absolutismus umwandle.

Die Petersburger sozialdemokratische Parteileitung beschloß, die Massen auf die Straßen zu rufen, um Massenmeetings und womöglich Massendemonstrationen zu arrangieren. Die Arbeiter wurden aufgefordert, bewaffnet zu erscheinen. Die Parteileitung wendete sich an verschiedene Organisationen um Unterstützung für das Proletariat. Dies Unternehmen schlug vollständig fehl. An Stelle der erwarteten Arbeitermassen erschienen in verschiedenen Rayons unbedeutende Häuflein von ausschließlich organisierten Arbeitern. Nach der Angabe des Berichterstatters der „Iskra“ erschienen am 1. Mai auf den Straßen in ganz Petersburg 1200 bis 1300 Arbeiter. („Iskra“, Nr. 100.)

Nach anderen Angaben sind auch diese bescheidenen Zahlen sehr übertrieben.

In allen anderen Städten Rußlands trug die Maifeier einen ebenso armseligen Charakter. („Zsokra“, Nr. 100.)

Ein ganz anderes Bild bietet uns Polen am 1. Mai. Dort wurde der 1. Mai nach dem neuen Stil, das heißt am 18. April alten Stils gefeiert. In Lodz zum Beispiel stockte alles am 1. Mai: alle Fabriken und Industriebetriebe, Geschäfte, Straßenbahnen, Kleingewerbe usw. feierten. Großartige Manifestationen wurden veranstaltet. („Zsokra“, Nr. 100.)

Ebenso in Warschau. Allgemeiner Streik und grandiose Manifestationen mit roten Fahnen und revolutionären Liedern in verschiedenen Stadtteilen. Es kam zu mehreren blutigen Zusammenstößen mit dem Militär.

Das Leben hat also auch in diesem Falle wiederum den schroffen Gegensatz zwischen Zentralrußland und den Grenzgebieten gekennzeichnet: die Arbeitermasse Rußlands, trotz dem ungeheuren politischen Aufschwung, den sie eben erlebte, vermochte noch nicht entschieden und klassenbewußt sich unter die rote Fahne der Sozialdemokratie zu stellen.

Das Mißlingen der Maifeier machte einen starken Eindruck auf die revolutionären Kreise. In Wirklichkeit aber bezeugte dies Mißlingen keineswegs einen Rückgang der proletarischen Bewegung, es bewies bloß, daß diese Bewegung in politischer Beziehung noch ihren halb unbewußten unbestimmten Charakter bewahrt hatte, den sie, wie wir vorher sahen, in den Januartagen trug. Der 1. Mai 1905 zeigte, daß die Sozialdemokratie in Rußland noch nicht zu einer wirklichen Massenpartei geworden, daß ihr geistiger Einfluß in die Tiefen der proletarischen Massen noch nicht eingedrungen war. Organisation und Klassenbewußtsein in diejenigen Bewegungen hineinzutragen, die spontan entstehen — das war damals die bescheidene Aufgabe, die der zurzeit vorhandene Grad der politischen Reife des Proletariats der russischen Sozialdemokratie diktierte.

Wenn aber die politische Reife und das Klassenbewußtsein des Proletariats vieles zu wünschen übrig ließen und keineswegs den übertriebenen Vorstellungen der Partei entsprachen, so vermochte doch die aufregende politische Atmosphäre, die infolge der Kriegsniederlagen sich bildete, in wenigen Monaten das zu schaffen, was bei anderen Zuständen mehrerer Jahre bedurft hätte. Am 14. Mai ereignete sich ein Vorfall, der dem schmachvollen Kriege ein Ende machte: die Vernichtung der russischen Flotte nach der Seeschlacht bei Tsushima.

Dies Ereignis machte einen starken Eindruck auf alle Gesellschaftsklassen, und das Bestreben aller politisch bewußten Elemente im Lande, dem verhaßten alten Regime um jeden Preis nun ein Ende zu machen, wurde mächtig. Die obersten Schichten der Gesellschaft überhäuften die Regierung mit ihren Resolutionen und Forderungen, im Volke dauerte das dumpfe Gären fort, das von Zeit zu Zeit überraschende Dinge erwarten ließ.

Drei große aufeinanderfolgende Ereignisse im Kampfe des Proletariats zogen die Aufmerksamkeit der gesamten Bevölkerung Rußlands auf sich: die Vorfälle in Jwanowo-Wosnessensk, in Lodz und in Odessa.

In Jwanowo-Wosnessensk gewann ein Streik, der auf ökonomischem Boden entstand, eine ungeheure politische Bedeutung. Während dieses Streiks, der zirka einen Monat hindurch dauerte, fanden ununterbrochen Volksmeetings statt. Unter freiem Himmel versammelten sich viele Tausende von Arbeitern und hörten wißbegierig den politischen Reden über Sozialismus, über politische Freiheit, über Volksherrschaft zu. Dafür bezahlte das Proletariat von Jwanowo-Wosnessensk, ebenso wie anderwärts, mit seinem Blute: die Meetings und freien Volksversammlungen wurden zuerst von den Behörden geduldet, zuletzt aber wurden sie durch Militär auseinander gesprengt, wobei es zu blutigen Zusammenstößen kam und mehrere Tote und Vermundete gab.

Nach Iwanowo-Wosnessensk kamen die Vorfälle in Lodz. Der Streik, der in einer Reihe von Fabriken ausbrach, führte zu Meetings und Straßendemonstrationen. Die Niederschießung der Demonstranten durch Militär führte zu grandiosen Prozessionen anlässlich der Beerdigung der gefallenen Arbeiter.

Eine der größten Prozessionen zog sich fast einen Kilometer in die Länge und zählte über 50 000 Beteiligte: sie endete mit einem Massengemezel.

Trotz der vielen Opfer dauerte diese Bewegung 12 Tage. Am heftigsten ging es am 10., 11., 12. und 14. Juni zu: Alle Läden waren geschlossen, der Straßenbahnverkehr stockte, die Einwohner flüchteten aus der Stadt, die Arbeiter errichteten Barrikaden und kämpften gegen das Militär, es gab zirka 2000 Vermundete. Die Bewegung endete erst mit der Einführung des Kriegszustandes in Lodz und Umgebung.

Nun kam Odeffa. Die weit ausgedehnte Streifbewegung fand dort zur Zeit eine unerwartete Unterstützung seitens des Kriegsschiffes Potemkin, dessen Mannschaft mit den sozialdemokratisch gesinnten Matrosen an der Spitze sich empört und die Offiziere weggeschafft hatte, weil diese einen Matrosen für seinen Ungehorsam erschossen hatten; mit aufgehörter roter Fahne segelte das Schiff nach Odeffa und landete in dessen Hafen in demselben Moment, als dort der Streik in Bewegung war und die Arbeitermassen in besonderer Aufregung waren. Der Leichnam des erschossenen Matrosen wurde am Ufer niedergelegt und ein Aufruf folgenden Wortlautes ihm an die Brust geheftet:

Bürger Odeffas! Hier ruht die Leiche des grausam getöteten Matrosen Grigori Omeltschuk, den sein Vorgesetzter, der Marineoffizier des Eskader-Panzerschiffes Rjas Potemkin tötete, weil er den Mut gehabt hatte zu erklären: „Die Kohlhuppe ist ungenießbar.“ Wollen wir uns bekreuzen und dem Daliegenden sagen: „Ruhe sanft!“ Nehmen

wir an den blutgierigen Vampiren Rache! Tod allen
Unterdrückern! Tod den Blutsaugern! Es lebe die Freiheit!

Die Mannschaft des Eskader-Panzerschiffes
Rnjas Potemkin.

Einer für alle, alle für einen!

* *

Um den Leichnam des erschossenen Matrosen sammelten sich den ganzen Tag über ungeheure Arbeitermassen, ununterbrochen wurden dort Meetings abgehalten. Leider begannen gegen Abend die „Barfüßler“, deren sich sehr viele stets am Hafen befinden, zu plündern.

An diesem ersten Tage der Landung des Potemkin glaubten alle an die Möglichkeit, das aufgestandene Volk würde Herr der Stadt werden. Der Mannschaft des Potemkin wurde der Vorschlag gemacht, einen Teil der Gewehre und Leute ans Land zu bringen und die Stadt zu okkupieren. Damals waren noch sehr wenig Truppen in Odessa garnisoniert. Die Mannschaft des Potemkin war aber auf diesen Vorschlag nicht eingegangen. Weshalb? Am wahrscheinlichsten deshalb, weil sie in den von der Gärung ergriffenen Arbeitermassen noch kein wirklich revolutionäres Volk erblickte, das zum entschiedenen Kampf mit dem Absolutismus bereit war. Kurze Zeit darauf hatte der Verfasser dieses Buches Gelegenheit, selbst in Odessa zu sein, und was er von Augenzeugen in Verbindung mit seinen eigenen Beobachtungen erfuhr, überzeugte ihn, daß die Mannschaft des Potemkin sich nicht geirrt hatte. Am folgenden Tage war Odessa mit Truppen besetzt, der Kriegszustand ward eingeführt, das Panzerschiff Potemkin segelte von Odessa ab, und nachdem es einige Zeit im offenen Meere ziellos umherdampfte, landete es an den Ufern Rumäniens.

Die Ereignisse in Odessa fanden einen Widerhall in einigen südrussischen Städten in Gestalt kurzdauernder Streiks (Charkow, Jekaterinoslaw und anderen).

Die Ereignisse in Iwanowo-Wosnessensk, Lodz und Odessa fanden im Juni statt. Im Juli äußerte sich die Arbeiterbewegung in einer Reihe von Streiks: in Tula, Kostroma, Perm, in den Werkstätten des Eisenbahndepots von Wladikawkas und anderen. In vielen Städten fanden politische Demonstrationen statt. In Nischnij Nowgorod antwortete die Polizei und Gendarmerie auf eine politische Demonstration mit der Veranstaltung eines Pogroms mit Hilfe der „Schwarzen Hundert“. In Sormowo wurden große Prozessionen zur Beerdigung der getöteten Arbeiter veranstaltet, woran über 15000 Arbeiter teilnahmen.

Auch in dieser Bewegung gingen die Grenzgebiete, Polen und die Ostseeprovinzen allen zentralrussischen Städten voran.

„Der zu dieser Zeit in Riga und Reval begonnene allgemeine Streik bewies anschaulich, daß die wirklichen tatsächlichen gesellschaftlichen Machtverhältnisse sich geändert hatten. Die Arbeiter haben die Versammlungs- und Redefreiheit eigenmächtig verwirklicht, und die Polizeibehörden wagten es nicht, sie daran zu verhindern.“* Vom städtischen Proletariat aus verbreitete sich die Bewegung auf das Landproletariat und die Landbevölkerung, unter denen die revolutionären Organisationen, besonders aber die lettische Sozialdemokratie, einen großen Einfluß gewannen.

Um diese Bewegung zu unterdrücken, wurde am 6. August ganz Kurland in den Kriegszustand erklärt.

Gleichzeitig wurde auch über Warschau der Kriegszustand verhängt. In einem Regierungscommuniqué wurde über die Unruhen in Polen berichtet, wobei die großartigen revolutionären Demonstrationen in Warschau, Bialystok usw., die blutigen Zusammenstöße der Arbeiter mit den Truppen und der Polizei, die zahlreichen Attentate und ungeheuren Streiks ausführlich, wenn auch nicht ganz wahrheitsgemäß geschildert wurden.

* Grohmann, Die Entwicklung der Revolution, „Prawda“, Heft IV, Februar 1906, S. 57.

Die seit Januar andauernde Bewegung des Proletariats wirkte am stärksten auf jene zwei Gesellschaftsschichten ein, die ihm am nächsten standen: auf das Bauerntum und auf die Intelligenz. Auf das Bauerntum wirkte sie hauptsächlich spontan, indem sie die Gärung und Aufregung unter den Bauern auf dem Boden ihrer ökonomischen Interessen steigerte. Die bewußteren Bauernschichten aber begannen sich in bestimmten politischen Organisationen zu vereinigen.

Es bildete sich der allrussische Bauernbund. Bei dessen Gründungskonferenz, die in Moskau vom 14. bis 16. August stattfand, waren Vertreter von 22 Gouvernements anwesend, darunter waren nur 25 Intelligente und über 100 Bauern.

Auf die Kreise der Intelligenz wirkte die Arbeiterbewegung in dem Sinne, daß sie nicht nur das Streben der Intelligenz, sich zum Zwecke politischer Kämpfe zu organisieren, verstärkte, was schon im Dezember 1904 sich bemerkbar machte, sondern hauptsächlich die Neigung zu entschiedeneren demokratischen Forderungen hervorrief. Die nächsten politischen Forderungen des klassenbewußten Proletariats begannen zu Forderungen der Intelligenz zu werden. So stellte zum Beispiel der Ärztekongreß, der in Moskau am 21. März stattfand, eine Reihe von demokratischen Forderungen auf, die bisher nur in den Programmen der revolutionären Parteien figurierten, an deren Spitze die Forderung der Einberufung einer Konstituante auf Grund des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts stand.

Der gleichzeitig tagende Kongreß der Agronomen, Statistiker und anderer Semstwoangestellten stellte dieselben Forderungen auf und konstatierte, daß nur eine revolutionäre Volksbewegung zu der erwünschten Reorganisation führen könne.

Bis zu Ende April bildeten sich Organisationen folgender Berufe: der Ärzte, der Tierärzte, Pharmazeuten, Agronomen und Statistiker, der Lehrer von Volks- und Mittelschulen, der Journalisten, Advokaten, Professoren, Buchhalter und Kontoristen und endlich der Eisenbahner.

• Besonders beachtenswert unter diesen Organisationen ist der „Allrussische Verband der Eisenbahner“, der eine so bedeutende Rolle in der darauffolgenden Bewegung gespielt hat. Außerdem stand dieser Verband dem Proletariat näher als alle anderen Verbände, da er eine große Masse von niederen Beamten und Angestellten, die ihrer ökonomischen Lage nach nicht weit von den Arbeitern entfernt waren, und eine große Anzahl von Eisenbahnarbeitern einschloß. Das auf der ersten Gründungskonferenz vom Verbande angenommene Programm spricht sich für die Einberufung einer Konstituante auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts aus und endet mit folgenden Worten: „Da wir es jedoch für unmöglich halten, uns mit Proklamierung bloßer Prinzipien zu begnügen, und gleich mit dem ersten Schritt auf den Weg wirklicher, korporativer Tätigkeit treten wollen, so nimmt der Verband schon jetzt die tatsächliche Verwirklichung der Rede- und Versammlungsfreiheit innerhalb der Eisenbahnerkorporationen für sich in Anspruch, ebenso die Organisierung von allgemeinen sowie partiellen Streiks.“

Verschiedene Verbände der Intelligenz vereinigten sich untereinander und bildeten den „Verband der Verbände“, dessen konstituierender Kongreß am 9. Mai stattfand und eine unbestimmte Formel: „Erreichung politischer Befreiung auf demokratischen Grundlagen“ annahm. Der außerordentliche Kongreß des „Verbandes der Verbände“, der gegen Ende Mai einberufen wurde, zeigte sich viel entschiedener und betrat den offenbar revolutionären Weg,* indem er sich direkt an das Volk mit folgendem revolutionären Aufruf wendete: „Wir wenden uns an alle Gesellschaftsgruppen,

* Das Geheimnis solchen raschen Umschwunges binnen so kurzer Zeit erklärt sich dadurch, daß inzwischen die Niederlage bei Tsushima sich ereignete, die die Regierung gänzlich diskreditierte, die Bevölkerung furchtbar aufregte und mit Sympathien für die Befreiungsbewegung erfüllte.

Parteien, Verbände und Organisationen, an alles Lebendige im Volke, an alles, was noch die Fähigkeit zu teilnahmsvoller Empfindlichkeit des Schmerzes, des rauen Schlages nicht verloren hat — indem wir sagen: mit allen Kräften, mit allen Mitteln erstrebt die sofortige Beseitigung des Mörderhäufleins, das die obere Staatsgewalt usurpiert hat, und setzt an dessen Stelle eine vom Volke selbst auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten, für alle Bürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Nationalität, der Religion gültigen Wahlrechts gewählte Konstituante, damit diese so schnell als möglich dem Kriege, sowie dem bis jetzt herrschenden politischen Regime ein Ende setze.“ (Strelsky, Die Parteien und die Revolution im Jahre 1905. S. 28.)

Der zweite Kongreß des „Verbandes der Verbände“, der am 1. Juli tagte, war ebenso entschieden, indem er für den Boykott der damals bevorstehenden Buliginischen Duma sich erklärte, die Erwählung eines Komitees des aktiven Protestes beschloß, das in Verbindung mit anderen revolutionären Parteien treten sollte, zum Zwecke der Organisation des allgemeinen Streiks, des finanziellen Boykotts usw. (Grohmann, ib. S. 55.)

Mitten in diesem Strudel von Ereignissen während des ständigen Wachstums des Klassenbewußtseins und der Organisation unter dem Proletariat, sowie unter der bürgerlichen Demokratie wurde endlich am 6. August das Reichsdumagesetz verkündet, zu dessen Ausbrütung die Bureaucratie sieben ganze Monate in Anspruch genommen hatte. Dies Gesetz war ein Hohn auf die Befreiungsbewegung, denn zwei Bevölkerungsschichten, die in dieser Bewegung die bedeutendste Rolle gespielt, das Proletariat und die Intelligenz, wurden ihres Wahlrechtes gänzlich beraubt. Auch der jeder gesetzgeberischen Funktion entbehrende Charakter der Buliginischen Duma entsprach dem erreichten Höhepunkt der Befreiungsbewegung nicht.

Daher erklärt sich, weshalb die Idee des Boykottierens der Buliginischen Reichsduma unter dem Proletariat und der Intelligenz so populär wurde. Diese Duma war weder dazu bestimmt, der Bevölkerung Ruhe zu bringen, noch als Hebel zur weiteren Entwicklung zu dienen.

Die Bewegung war in vollem Gange, sie drang vorwärts, als sich die Aufmerksamkeit aller ihrer Anhänger auf die Hochschulen lenkte, die in der Befreiungsbewegung immer eine hervorragende Rolle gespielt hatten, die aber jetzt, seit einem halben Jahre, infolge Hochschulenstreiks geschlossen waren. Unter der studierenden Jugend wurde heftig die Frage diskutiert: Sollen die Hochschulen geöffnet werden oder nicht?

Einen starken Einfluß auf die Studenten in der Entscheidung dieser Frage hat damals die „Iskra“ ausgeübt, indem sie jede weitere passive Taktik für schädlich erklärte und die Studenten aufforderte, die Hochschulen zu öffnen, um dort freie Meetings und Volksversammlungen abzuhalten. Die Taktik der „Iskra“ siegte.

Auf den zahlreich besuchten Studentenversammlungen wurde beschlossen, die Hochschule zu öffnen, und zwar nicht nur zum Zwecke wissenschaftlichen Studiums, sondern ebensowohl, um dort soziale und politische Fragen zu diskutieren. Der ungeheure Drang nach politischen Versammlungen und Meetings, der von der ganzen vorausgegangenen Bewegung bewirkt war, fand hier seine Befriedigung: durch die weit geöffneten Türen der Hochschulen strömten die von der Bewegung ergriffenen Massen. Auf diesen Volksmeetings formte sich hauptsächlich das politische Bewußtsein der breiten Massen, und der entschiedene Ansturm auf den Absolutismus wurde hier vorbereitet.

IV.

Der Oktoberstreik.

Die neue Streikwelle, die sich zu dieser Zeit durch ganz Rußland wälzte, nahm ihren Ausgang im September in Moskau. Der Streik brach dort spontan aus in einer Reihe von Druckereien. Während dieser Bewegung der Arbeiter in den Druckereien wurden stürmische Meetings abgehalten. Gleichzeitig entstand in einer Reihe anderer Unternehmungen eine Streikbewegung; jedoch der Versuch, diese in einen allgemeinen Streik zu verwandeln, zu welchem Zweck ein Deputiertenrat von den Arbeitern verschiedener Betriebe gewählt wurde, kam zum Scheitern. Am 18. Oktober fand der Streik sein Ende. Nach zwei Tagen aber entstand der Eisenbahnerstreik, der allmählich nicht nur alle Eisenbahnlinien umfaßte, sondern sich zu einem allgemeinen Streik über alle Städte Rußlands auswuchs.

Die charakteristische Eigentümlichkeit dieses Streiks war die führende Rolle, die dabei die Eisenbahner gespielt haben.

Sie gingen der ganzen Streikbewegung voran, sie drängten die Fabrikarbeiter und die städtische Intelligenz zum Streik, dank ihnen bekam der Streik überall einen organisierten, einheitlich geschlossenen Charakter. Der Verlauf dieser Streikbewegung bestätigt diese führende und vorwärtsdrängende Rolle der Eisenbahner. Der Streik beginnt in Moskau, und zwar streifen zuerst die Lokomotivführer der Moskau-Kasanschen Eisenbahn, demzufolge der Verkehr auf dieser Eisenbahnstrecke unterbrochen wurde. Am 21. Oktober folgt der ganze Moskauer Eisenbahnknoten, mit Ausnahme der Nikolaischen Eisenbahn (die Moskau mit Petersburg verbindet). In den Fabriken aber denkt niemand ans Streiken. Die kurz vorher begonnene Streikbewegung in Moskau

schien ganz beendigt zu sein. Am 21. Oktober, als die Eisenbahner rings um Moskau nicht nur streikten, sondern sich schon durch gemeinsame Forderungen vereinigt hatten, beschlossen die Druckereiarbeiter Moskaus, sich überhaupt des Massenstreiks zu enthalten. Am 23. Oktober gelang es den Eisenbahnangestellten in Koslow, die Einstellung der Arbeit in allen Industriegewerben und die Schließung aller Schulen zu bewirken.

Am demselben Tage begann der Streik auf den Eisenbahnlinien, die Charkow und Jekaterinoslaw kreuzen, und gleichzeitig begann dort der Streik in allen Fabriken und Industriegewerben.

Petersburg und Moskau, abgesehen von den Moskauer Eisenbahnern, stehen zu dieser Zeit noch außerhalb der Streifbewegung. Bis zum 24. Oktober umfaßte die Streifbewegung 14 Eisenbahnlinien, einschließlich der Nikolaischen. Sie rückte also hart bis Petersburg und wirkte ansteckend. Am 24. Oktober abends fand in der Petersburger Universität ein Meeting der Eisenbahner statt, woran Delegierte aller Petersburger Eisenbahnlinien teilnahmen. Es wurde fast einstimmig beschlossen, vom 25. Oktober ab den allgemeinen Streik auf den gesamten Linien der Petersburger Eisenbahnen zu proklamieren. Dieser begann tatsächlich am 25. Oktober, und gleichzeitig begannen die Fabriken zu streiken. Am demselben Tage, nämlich am 25. Oktober, beschlossen die Delegierten aller Petersburger Gewerkschafts- und sonstiger Arbeiterorganisationen, sich dem allgemeinen Streik anzuschließen. Allmählich wird auch Moskau hineingezogen, und an den folgenden Tagen vollzieht sich die fortwährende Erweiterung der Streifbewegung, die am 28. Oktober ihren Höhepunkt erreichte. Vom 25. Oktober ab begannen die Streifnachrichten aus den übrigen Städten sich zu mehren. Dem allgemeinen Streik schlossen sich folgende Gouvernements und Städte an: Kurland, Minsk, Poltawa, Saratow, Samara, Woronesch, Tambow, Reval, Tscheljabinsk, Smo-

Iensk, Simbirsk, Jaroslaw, Kiew, Simferopol, Odessa, Wilna, Orscha, Lodz, Tiflis, Sebastopol, Nowotscherkassk und viele andere.

Den Zentralkpunkt in dieser Streikbewegung bildeten also die Eisenbahner.

Dadurch unterscheidet sich der Oktoberstreik sehr stark von den anderen vorhergehenden Streikbewegungen. Die zweite charakteristische Eigentümlichkeit des Oktoberstreiks war die ungeheure Rolle, die die Intelligenz dabei gespielt hat.

Zunächst schon die Tatsache, daß der Eisenbahnerstreik sich nicht ausschließlich auf die Arbeiter stützte. An der Spitze des Eisenbahnerstreiks standen Angestellte und Beamten, meistens solche, die ein verhältnismäßig hohes Amt bekleideten. Dank dieser Unterstützung konnte der Streik der Eisenbahner durchgeführt werden; ohne der leitenden und zentralisierenden Rolle der Intelligenz wären die Eisenbahnarbeiter (abgesehen von den Depots- und Werkstättenarbeiter) und die niederen Beamten und Angestellten infolge ihrer Abgesondertheit voneinander und ihres geringen Verständnisses nie imstande gewesen, einen solchen Streik mit Erfolg zu inszenieren.

Obwohl der Streik auf den Moskauer Eisenbahnen spontan begann, befand er sich doch von Anfang an unter der Leitung des Moskauer Zweigkomitees des Eisenbahnerverbandes. Schon am 20. Oktober wurden von diesem Komitee elf Forderungen der Eisenbahner, für den Fall eines allgemeinen Streikes, aufgestellt, worin, neben den ökonomischen Forderungen, die Besserung der allgemeinen Lage der Eisenbahnangestellten und Arbeiter betreffend, auch folgende Forderungen sich befanden: „Koalitions- und Versammlungsfreiheit, Rede- und Pressfreiheit, Gewissensfreiheit, Streikrecht, Unantastbarkeit der Person und der Wohnungen“ (Punkt 7). „Einberufung einer Volksvertretung mit gesetzgeberischer Vollmacht auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts seitens der ganzen Be-

völkerung ohne Unterschied der Nationalität, des Geschlechts und der Religion, gewählt zum Zweck der Ausarbeitung neuer Grundgesetze für das Reich im Interesse der arbeitenden Klassen" (Punkt 9). „Unverletzlichkeit aller an dem Streik Beteiligten und Befreiung derjenigen, die für ihre Teilnahme an Streiks und dergleichen bestraft wurden" (Punkt 10). „Vollständige Amnestierung derer, die für sogenannte politische Verbrechen oder für religiöse Überzeugung verurteilt waren" (Punkt 11). Diese Forderungen wurden nachher seitens des gesamten Verbandes und von allen Eisenbahnern angenommen. Eigentlich waren diese Forderungen allen Streikenden gemeinsam. Obwohl Punkt 9 nicht direkt von einer Konstituante, sondern von einer Volksvertretung spricht, so wurde doch im Grunde genommen darunter die Forderung einer Konstituante verstanden.

Eine große Rolle in dem Eisenbahnerstreik spielte zunächst der Delegiertenkongreß, der aus der von der Regierung berufenen Beratung zum Zweck einer Reform der Spar- und Pensionskassen der Eisenbahner improvisiert entstanden war. Den von den Eisenbahnangestellten gewählten Delegierten gelang es, diese Beratung in einen Delegiertenkongreß zu verwandeln, wobei sie den Kassenverwaltern und Beamten nur ein beratendes Stimmrecht einräumten.

Chrustalew sagt in seiner Geschichte des Arbeiterdeputiertenrates darüber (S. 56): „Das Eisenbahnministerium glaubte in seiner Naivität, durch diesen Delegiertenkongreß, der zum Zweck einer Reform der Kasseneinrichtungen berufen war, Beruhigung und Befriedigung unter den Eisenbahnern zu schaffen.

„Der Vorgang der Delegiertenwahl für den Kongreß vereinigte die auf den ausgedehnten Eisenbahnlinien isolierten Arbeiter und Angestellten. Bei solchen Verhältnissen verwandelte sich der von der Regierung erdachte Blitzableiter in ein ungeheures Sprachrohr, das dem ganzen Lande die Berichte über die Verhandlungen des Eisenbahnerkongresses verkündete.

„Er fesselte die Aufmerksamkeit der Regionen der Eisenbahner. Die Wähler überschütteten die Delegierten mit Telegrammen, sie auffordernd, mit aller Kühnheit die vollständige Erfüllung aller Forderungen durchzusetzen. Die Stimmung des Kongresses stieg, er entwickelte sich nach links.“

Dieser Kongreß gab unzweifelhaft den Anlaß zur Entstehung des Streiks.

„Die Spannung stieg mit jedem Tage. Die mächtige und freie Sprache des Kongresses gab zu der Besorgnis Anlaß, der Kongreß könne aufgelöst und die Delegierten verhaftet werden. Am 20. Oktober wurde ein Gerücht in Moskau verbreitet, die Delegierten seien schon verhaftet. Obwohl die Delegierten selbst dies Gerücht sofort widerlegten und sich für die Verschiebung des Streiks, bis zur Klärung der gespannten Situation, aussprachen, gelang es ihnen doch nicht mehr, die unteren Schichten der Moskau-Kasanschen Eisenbahnangestellten vom Streiken zurückzuhalten. Der Damm wurde aufgerissen und die Bewegung war entfesselt.“ (Ibidem.) Als die Streikbewegung sich zu entfalten begann, wurde der Delegiertenkongreß zum natürlichen und geistigen Führer der Eisenbahner.

Am 22. Oktober erklärte der Kongreß in einer einstimmig angenommenen Resolution:

„Wir sind nur das Werkzeug unserer Genossen, wir sind die Diener des Volkes und können nicht schweigen, wenn das Volk seine Stimme erhebt.“

„Als ein Teil der aus mehreren Millionen bestehenden Massen fordert der Kongreß die gesetzliche Einführung aller Freiheiten, Amnestie für politische Verbrecher, Aufhebung der Todesstrafe, den Übergang der Verwaltung des Polizeidienstes in die Hände der kommunalen Selbstverwaltung und die Einberufung einer Konstituante auf Grund des viergliederigen Wahlprinzips.“*

* Das heißt des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts.
Tscherewanin, Proletariat und Revolution.

Wenn wir jetzt in Betracht ziehen wollen, aus welchen Elementen der Kongreß bestand, so wird sich ergeben, daß nur die Minderheit des Kongresses der Arbeiterklasse angehörte.* Die überwiegende Mehrheit bestand aus Ingenieuren, Rechtskonsulenten, aus verschiedenen Beamten der Eisenbahnverwaltung und anderen. (Geschichte des Arbeiterdeputiertenrates“ S. 56.)

Aber zusammen mit der Intelligenz der Eisenbahner nahm auch die gesamte städtische Intelligenz an dem allgemeinen Oktoberstreik eifrig teil.

Am 24. Oktober beschloß die Moskauer Filiale des „Verbandes der Verbände“, sich dem allgemeinen Streik anzuschließen. In demselben Sinne beschloß auch die Generalversammlung des Verbandes der Ingenieure und Techniker, worauf eine ganze Reihe technischer Komitees und Bureaus geschlossen wurden.

Am 25. Oktober streikten die Beamten des St. Petersburger Stadtrates.

Am 28. Oktober beschloß das zentrale Bureau des „Verbandes der Verbände“, sich dem allgemeinen Streik anzuschließen.

Am selben Tage stellten die Angestellten und Beamten der Petersburger Semstwowverwaltung ihre Berufstätigkeit ein. Darauf folgten die Angestellten der Petersburger Semstwokreisverwaltung für Verkehrswesen. Gleichzeitig beschlossen auch die Angestellten der gesamten Bankgeschäfte,

* Wir halten für notwendig, alle derartigen Tatsachen zu betonen, da manche unserer Parteigenossen sehr häufig eine ganz falsche Charakteristik des Oktoberstreiks geben. Mehrfach ist die Meinung ausgesprochen worden, der Oktoberstreik sei ausschließlich ein Werk des Proletariats gewesen. Am Oktoberstreik nahmen tatsächlich neben den Arbeitern nicht nur jene Intelligenzen teil, die die Interessen des Proletariats wahrnahmen und verteidigten, sondern die ganze Masse der Intelligenzen aller Gesellschaftsschichten. Wir haben schon ihre ungeheure wirkungsvolle Rolle bei dem Eisenbahnerstreik gesehen, wir wissen, daß ohne ihre

sich dem allgemeinen politischen Streik anzuschließen. Desgleichen die Pharmazeuten, wodurch 87 Apotheken geschlossen werden mußten. Die Beamten des Petersburger Kreisgerichtes stellten auf drei Tage ihren Dienst ein, und die Schwurgerichtsmitglieder erklärten, daß bei solchen Zuständen sie nicht imstande wären, ihre Amtspflicht auszuüben.

In Moskau versammelte sich zu dieser Zeit im Stadtratshause das höhere technische Personal der städtischen Angestellten (Architekten, Ingenieure und dergleichen) und beschloß, sich dem allgemeinen politischen Streik anzuschließen mit denselben Forderungen, die die städtischen Arbeiter aufgestellt hatten, das ist die Einberufung einer allrussischen Konstituante unter Garantie aller Freiheiten.

Am 27. Oktober fand im Universitätsgebäude eine Versammlung von mehreren Verbänden intelligenter Berufe statt, wobei beschlossen wurde, sich dem allgemeinen politischen Streik anzuschließen. Die Petersburger Abteilung des Akademischen Vereins, also des gemäßigtsten aller Verbände,* veröffentlichte folgende Resolution:**

„Die Veranstaltung von Volksmeetings innerhalb des Universitätsgebäudes wollen wir auf keinen Fall hindern. Ebenso verweigern wir es aufs entschiedenste, die Universität überhaupt zu schließen. Die Anwendung von Waffengewalt seitens der Regierung zur Unterdrückung

Mitwirkung der Eisenbahnerstreik im Oktober nicht hätte durchgeführt werden, jener siegreiche, alle Welt in Erstaunen versetzende Streik nicht hätte stattfinden können.

* Als Akademischer Verein traten damals hauptsächlich solche Studierende und Dozenten zusammen, die sich mit Politik nicht abgeben und sich nur dem akademischen Studium widmen wollten.

** Das war eine Antwort auf die berüchtigte, am 27. Oktober veröffentlichte Trepowsche Verordnung an das Militär, worin es unter anderem hieß: „Keine blinden Salven abgeben! Keine Patronen sparen!“

Der Übersetzer.

der Volksmeetings betrachten wir als ein Verbrechen gegen das Volk."

Noch am 26. Oktober wurden von den verschiedenen Verbänden Streikkomitees gebildet. Diese Komitees bildeten eine ganze Reihe von Delegationen, die in verschiedene private, sowie offizielle Anstalten und Geschäfte abgeordnet wurden, um dort die Einstellung der Arbeit zu veranlassen. Die Delegierten gingen in die Banken, in die technischen Bureaus, in die Verwaltungsbureaus industrieller Gesellschaften, in die Gerichtsgebäude, die Schulen, selbst in den Senat. (Strelsky, Die Parteien und die Revolution, S. 50.)

In Moskau stellten am 27. Oktober die II. und III. Abteilung des Kreisgerichts ihre Tätigkeit ein. Desgleichen die Semstwo-Amtsverwaltung des Moskauer Gouvernements. Eine Versammlung der Bankbeamten und Angestellten beschloß, alle Moskauer Banken zu schließen.

Der Gründungsfongreß der Konstitutionell-demokratischen Partei (Kadetten) faßte einen Beschluß, worin er seine vollständige Solidarität mit der Streikbewegung und deren Forderungen ausdrückt, das heißt die Einberufung einer Konstituante auf Grund des allgemeinen Wahlrechts fordert unter Garantierung aller Freiheiten und die vollständige politische Amnestie.

Am 28. Oktober fand in Petersburg eine Generalversammlung der Beamten der Reichsbank und des Finanzministeriums statt. Auch dort wurde der Beschluß gefaßt, sich dem politischen Massenstreik anzuschließen.

Es streikten die Advokaten an dem Kreisgericht.

Das Petersburger Friedensgerichtsplenum, aus 54 Mitgliedern bestehend, erklärt einen dreitägigen Streik. Mit 52 gegen 2 Stimmen wurde die Resolution angenommen, die an das Justizministerium gerichtet

werden sollte, worin als dringend notwendig erklärt werden:

1. Die Abschaffung aller standesrechtlichen Ausnahme-gesetze (Kriegszustand, Zustand des „verstärkten Schutzes“ und dergleichen).

2. Einführung von Gesetzen, betreffend Unverletzbarkeit der Person, Preß- und Redefreiheit.

3. Abschaffung der Todesstrafe.

4. Einberufung einer freien, durch allgemeines Stimmrecht gewählten Volksvertretung.

5. Amnestie für politische Verbrecher.

Am 29. Oktober wurde in einigen Moskauer Zeitungen eine originelle Erklärung der Mehrheit der Moskauer Geistlichen veröffentlicht. Der Moskauer Metropolit hatte sie in einem Rundschreiben beauftragt, in den Kirchen Predigten im Sinne des „Schwarzen Hundert“ abzuhalten. In ihrem Briefe an die Öffentlichkeit erklärten sie sich offen und entschieden gegen solche empörenden, volksfeindlichen Predigten, die abzuhalten man von ihnen verlangt habe, und gaben also dadurch ihre Solidarität mit der Befreiungsbewegung kund.

Am 30. Oktober begann zugleich mit den anderen offiziellen Anstalten der Streik auch unter den Angestellten der Reichsbank. Der Finanzminister erschien in ihrer im Gebäude der Reichsbank abgehaltenen Versammlung und hielt ihnen eine Rede, die er mit folgender Frage schloß:

„Was werden Sie, meine Herren, Ihren Kindern sagen, wenn diese Sie fragen: Waret ihr in Zeiten der schweren politischen Wirren auf seiten der Ordnung?“

Einer der Beamten rief aus: „Genossen! Gehen wir sofort auseinander, denn was werden wir unseren Kindern antworten, wenn sie uns fragen: Waret ihr in solchen schweren Zeiten auf seiten der Freiheit?“

Mit stürmischem Beifall beantworteten die Anwesenden diese Worte und gingen in starker Aufregung sofort auseinander.

Zum Schluß dieser Aufzählung von Tatsachen ist noch zu erwähnen, daß das Moskauer Streikkomitee, das die Streikleitung in Moskau in Händen hatte, vorwiegend aus Vertretern der Verbände der Intelligenzen bestand.

All diese Tatsachen, glaube ich, genügen vollständig, um festzustellen, daß nicht das Proletariat allein den Sieg über den Absolutismus am 30. Oktober bewirkt, sondern daß an der Oktoberrevolution die gesamte Masse der Intelligenzen ebenso eifrig und aktiv teilgenommen hat.

Selbst die Masse der Großkapitalisten leistete, wenn nicht aktive, so doch passive Beihilfe. „Während des Oktoberstreiks — erzählt Chruschalew — haben die Kapitalisten nicht nur die Arbeiter nicht verhindert, in den Fabriken und Werkstätten Meetings und Versammlungen abzuhalten, sondern sie gewährten den Arbeitern für die Streiktage die Hälfte ihres Arbeitslohnes, ja in manchen Unternehmungen wurde den Arbeitern der volle Arbeitslohn während der Streikzeit ausgezahlt. Niemand wurde für seine Beteiligung an dem Streik ausgesperrt.“ *

Am 25. Oktober wurde im Petersburger Rathause folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Das Petersburger Rathaus hält es für seine Pflicht, in dem gegenwärtigen schweren Moment, den die Residenz und das ganze Vaterland durchlebt, auf die dringende Notwendigkeit hinzuweisen, daß die Regierung ihrerseits Vorkehrungen zur unverzüglichen Befriedigung der reif gewordenen ökonomischen und politischen Forderungen der Bevölkerung treffe.“

Am 27. Oktober machte eine Kommission der Moskauer Fabrikarbeiter, dem Beschlusse des Moskauer Fabrikbesitzerverbandes Folge leistend, dem Moskauer Generalgouverneur Vorstellungen inbezug auf die stattgefundenen politischen Ereignisse.

* Chruschalew, Geschichte des Arbeiterdeputiertenrates, S. 127.

nisse. In dieser Eingabe wurde unter anderem gesagt, daß die Einführung des Kriegszustandes in Moskau verwerflich sei, daß es im Gegenteil notwendig wäre, den Arbeitern die Möglichkeit zu verschaffen, frei ihre Notlage und ihre Angelegenheiten zu beraten, und somit Mittel und Wege zur Vereinbarung mit ihren Fabrikherren zu finden, daß ferner die Gewährung politischer Freiheit und die Reorganisation des Reichsdumagesetzes auf konstitutioneller Basis als das beste Mittel zur Beruhigung der Geister geeignet wäre.

Am 27. Oktober beschloß der Moskauer Stadtrat, am folgenden Tage eine Versammlung aller Gesellschaftsgruppen zu veranstalten „unter Beteiligung aller in Moskau befindlichen Organisationen und Parteien, um gemeinsam zu beraten, was zur Vorbeugung des Unheils und zur Rettung des Vaterlandes notwendig sei“.

Am folgenden Tage fand diese Versammlung wirklich statt, wobei neben den Vertretern anderer Organisationen auch die der sozialdemokratischen Partei, des Moskauer Komitees der Sozial-Revolutionäre und die des Moskauer sozialdemokratischen Druckereiarbeiter-Verbandes eingeladen waren.

Diese Beratung führte natürlich zu keinem positiven Resultat, und das ist begreiflich. Der Stadtrat konnte sich schwerlich mit den Vertretern der äußersten Linken zum Zwecke irgendwelcher gemeinsamer Schritte einigen, da diese vom Stadtrate nicht mehr und nicht weniger forderten, als daß er „seine Vollmacht niederlege und ihnen seine Exekutivgewalt und seine Finanzmittel zum Zwecke der Organisation einer Miliz und Nationalgarde zur Verfügung stelle“. Andererseits waren auch die Vertreter der Moskauer Bourgeoisie nicht geneigt, irgendwelche entschiedenen Schritte zu tun.

Was für uns hier wichtig ist und betont zu werden verdient, ist, daß dem politischen Massenstreik, der vom Proletariat und der Intelligenz organisiert und durchgeführt

worden war, auch die weiten Schichten der Bourgeoisie mit unzweifelhaft sympathischer Teilnahme entgegenkamen. Die oben angeführten Tatsachen bezeugen es klar und deutlich. Die Regierung war im Oktober vollständig isoliert, wenigstens in den Städten.

Alles war damals gegen die Regierung, selbst ihre eigenen Beamten, die Spitzen der Bureaucratie natürlich ausgenommen. Das Großkapital und die Bourgeoisie gingen nicht so weit in ihren Forderungen wie das Proletariat und die bürgerliche Demokratie. Anstatt einer Konstituante begnügten sie sich mit der Forderung politischer Freiheiten und einer konstitutionellen Verfassung. Sie waren aber gegen die Regierung, und im entbrannten Kampfe zwischen Demokratie und Regierung bot die Bourgeoisie der ersteren und nicht der letzteren ihre Hand.

Ungeachtet solcher Verhältnisse begann die Regierung zu spüren, daß ihr der Boden unter den Füßen schwankte, und es blieb ihr nichts anderes übrig, als nachzugeben.

Wir haben klargelegt, aus welchen Elementen der Oktoberstreik sich zusammensetzte; welche Rolle dabei die Bourgeoisie und Intelligenz spielten; wir stellten mit vollständiger Sicherheit fest, daß nicht allein das Arbeiterproletariat aus eigenen Kräften dem alten, absolutistischen Regime diesen ersten, vielleicht tödlichen Schlag versetzt hat. Es bleibt uns nur noch übrig, auf die eigentliche Rolle des Proletariats selbst etwas genauer einzugehen.

In der seit dem 22. Januar verflossenen Zeit wuchs das Proletariat mächtig empor, und sein Auftreten im Oktober war viel klassenbewußter als früher. Die Forderung einer Konstituante vereinigte im Oktober nicht nur die Massen des Proletariats Petersburgs und seiner Umgegend, sondern im hohen Grade auch das Proletariat anderer Städte. Unter der Forderung einer Konstituante streifte man in Petersburg, Moskau und sämtlichen anderen Städten, diese Forderung klang mächtig auf allen Meetings und Volksversamm-

lungen und wurde überall mit einmütigem, begeisterndem Beifall aufgenommen. Schon am 23. Oktober, bei Beginn des Streiks, wurde in Charkow auf einem von über 15 000 Arbeitern besuchten Volksmeeting die Forderung aller politischen Freiheiten und der sofortigen Einberufung einer Konstituante auf Grund des allgemeinen Wahlrechts einstimmig angenommen.

Obwohl die Arbeiterklasse im Oktober nicht allein auf den Plan trat, so ist sie dafür viel klassenbewußter, solidarischer und geschlossener aufgetreten als je zuvor.

In dieser Beziehung sowohl wie in der Zusammensetzung unterschied sich der Oktoberstreik scharf von der Bewegung, die nach dem 22. Januar entstand. Grundverschieden von dieser unbestimmten, wenn auch zwei Monate dauernden und über ganz Rußland verbreiteten, so doch aller Einheit und Zweckmäßigkeit entbehrenden Streikbewegung (Februar bis März 1905) war der Oktoberstreik ein zielbewußter, in geschlossenen Reihen und mit konzentrierten Kräften durchgeführter Ansturm auf den Absolutismus.

Der Streik entwickelte sich mit steigender Begeisterung und gehobenem Mute, wozu die ungeheuren großen Volksmeetings, die vor und während des Streiks stattfanden, sehr viel beitrugen.

Am 27. Oktober veröffentlichte Trepow in Petersburg seine berüchtigte Verordnung, worin es unter anderem hieß: Bei der Unterdrückung der Unruhen „keine blinden Salven abzugeben und keine Patronen zu sparen“. Gleichzeitig ordnete er auch ein Verbot der Volksmeetings an. Doch fanden trotzdem in Petersburg am selben Tage um 2 Uhr nachmittags ein Meeting in der Technologischen Hochschule und um 6 Uhr eines im Universitätsgebäude statt. Schon eine Stunde vorher wimmelten die der Universität benachbarten Straßen von großen Volksmassen, die sich nach der Universität begaben. Insgesamt waren es zirka 40 000 Mann.

Als äußerst charakteristisch und bemerkenswert für den Oktoberstreik erscheint die Tatsache, daß Moskau damals von der Revolution völlig beherrscht war; dieselbe Stadt also, wo die Januarbewegung sehr schwachen Widerhall fand und auf ein sehr niedriges Klassenbewußtsein der Moskauer Arbeiter stieß.

Im Oktober ging Moskau allen anderen Städten voran. Schon im September begannen in Moskau, wie wir sahen, Streiks und Unruhen, die unzweifelhaft den Anstoß zum Oktoberstreik gaben. Was aber die Arbeiterlegionen der Eisenbahner anbetrifft, so gaben sie gerade in Moskau und von hier aus das Signal zum Ausbruch der Massenstreikbewegung. Dazu kam die Bewegung unter den Arbeitern in den anderen Gewerben; obwohl sie nicht gleichzeitig mit den Eisenbahnern begann, so umfaßte sie doch schon am 26. Oktober ganz Moskau und bekam schließlich den Charakter eines allgemeinen Massenstreiks.

Von den anderen Städten haben sich besonders Charkow und Jekaterinoslaw ausgezeichnet. Dem Klassenbewußtsein und dem Begeisterungsgrade nach, den sie während der Bewegung zeigten, waren ihnen nur die Grenzgebiete ebenbürtig. Kolossale Volksmeetings, Zusammenstöße mit der Polizei und dem Militär, Barrikaden und Plünderung des Waffenarsenals in Charkow, Verschanzung in der dortigen Universität, grandiose Beerdigung der Opfer in Jekaterinoslaw, woran fast die gesamte Bevölkerung der Stadt sich beteiligte; all diese Tatsachen stellten Charkow und Jekaterinoslaw in die ersten Reihen der Oktoberbewegung.

Das Proletariat und die Sozialdemokratie dieser Städte spielten dort in dem Oktoberstreik eine führende Rolle, wie noch nie zuvor.

In dieser Beziehung unterschieden sich Charkow und Jekaterinoslaw sehr scharf von den großen Zentren in Südrußland, wie zum Beispiel Kiew und Odessa, wo das Prole-

tariat eine sehr bescheidene Rolle spielte und im Gegensatz zu der Intelligenz ganz in den Hintergrund trat.

* * *

Aus Anlaß des Oktoberstreiks wurde in Petersburg eine proletarische Massenorganisation ins Leben gerufen, die nachher eine besonders hervorragende Rolle zu spielen berufen war — der Arbeiterdeputiertenrat.

Mitten in der Bewegung selbst ist dieser zur Welt gekommen.

Am 26. Oktober fand die erste Sitzung des Rates statt, der zunächst aus Vertretern des Newskyrayons bestand. Der Arbeiterdeputiertenrat rief in seiner ersten Sitzung alle Arbeiter Petersburgs zum allgemeinen Massenstreik auf, unter der Forderung einer Konstituante. Dieser Aufruf begann durch alle Petersburger Fabriken und Werkstätten zu zirkulieren, ein Industriezweig nach dem andern schloß sich diesem Aufruf an, und indem sie sich anschlossen, wählten sie aus ihrer Mitte Vertreter in den Arbeiterdeputiertenrat.

Am 30. Oktober konstatierte der Arbeiterdeputiertenrat, daß der Streik zu einem allgemeinen Massenstreik sich ausgedehnt habe, und beschloß, diesen fortzusetzen, unter der Motivierung, daß nur der jetzige Massenstreik dem fallenden Absolutismus einen entscheidenden Schlag zu versetzen imstande sei, dagegen die Aufhebung des Streiks in Petersburg den Aufmarsch der Allrussischen Bewegung einschränken müsse.

Unter dem Ansturm der ungeheuren Bewegung frachte die Regierung in allen Fugen, schrak zurück und veröffentlichte das bekannte Manifest, worin sie ihren Entschluß kund gab, „der Bevölkerung unerschütterliche Grundgesetze zur politischen Freiheit und Bürgerrechte auf Grund der Unverletzbarkeit der Person, Gewissensfreiheit, Rede-, Preß-, Koalitions- und Versammlungsfreiheit zu schenken“, sowie „zur Beteiligung an den Dumawahlen diejenigen Bevölke-

rungsschichten heranzuziehen, die bis jetzt, auf Grund des vorherigen Wahlgesetzes, keine Wahlrechte besaßen, und desgleichen der Duma konstitutionelle Rechte zu sichern“.

Am 31. Oktober wurde in Moskau auf Beschluß des Streikkomitees der Streit für beendet erklärt. Am 3. November wurde seine Beendigung auch in Petersburg vom Arbeiterdeputiertenrat beschlossen. Der Eisenbahnverkehr begann schon am 31. Oktober wieder zu funktionieren, auf anderen Eisenbahnlinien vom 5. November ab.

Der kolossalste Streik, den die Welt je gesehen hat, hörte auf, indem er den Gegner zur Kapitulation gezwungen hatte.

Vom 31. Oktober bis zum Dezemberaufstand.

Der Oktoberstreik konnte nicht den vollständigen Sturz des alten Regimes bewirken, doch hat er sehr wesentliche Konzessionen für die Befreiungsbewegung errungen.

Wie konnte nun das Proletariat diese Konzessionen zum Zwecke der weiteren Entwicklung der Revolution ausnützen? Es handelte sich darum, ob die Konstituante auf revolutionärem Wege zu erringen, oder ob sie vom alten Regime einzuberufen sei.

Daß die Regierung ein Parlament einzuberufen sich verpflichtete, bedeutete bei weitem noch nicht, daß wir nun auch eine Konstitution erhalten würden; aber sollte das Parlament einmal einberufen sein, so konnte es nichts anderes als ein Organ des Kampfes gegen die Mächte der alten Gesellschaft werden. Die Bourgeoisie und ein Teil der Intelligenz konnten wohl „sinnlose Hoffnungen“ hegen, daß mit der Einberufung der Reichsduma die Revolution ein Ende nehmen werde, aber die Sozialdemokratie konnte unmöglich ebenso denken, es lag kein Grund vor, die Duma etwa zu fürchten. Sie mußte die Reichsduma von einem ganz anderen Gesichtspunkte aus betrachten, nämlich von dem Gesichtspunkte der Organisation und Heranziehung der Bevölkerung, besonders aber der Bauernschaft zu bewußtem politischem Leben. Nichts konnte diesem Zwecke besser dienen, als zunächst die Wahlagitatio unter der Bauernbevölkerung und dann erst recht der Kampf der Duma selbst gegen die Regierung. Dieser Kampf war auch unvermeidlich. Die Duma konnte unmöglich der Schauplatz einer Übereinkunft zwischen den Bauern und der Bureaucratie, der Vertreterin der Feudaladelinteressen, werden, da

der Gegensatz zwischen diesen beiden unveröhnlich ist. Unvermeidlich mußte es zu einem Zusammenstoß mit der Bureaukratie auch von seiten derjenigen Bevölkerungsschichten kommen, die unter dem Eindruck der Bauernbewegung zu der Überzeugung gelangt waren, daß wesentliche Konzessionen den Bauern gegenüber unumgänglich seien; hierher gehörten ein großer Teil der Intelligenz und die gebildeten Schichten der Bourgeoisie und des Adels. Das alles konnte als Beweis dafür dienen, daß die Duma, wenn auch vom alten Regime berufen, nichts anderes werden konnte, als ein Schauplatz des Kampfes gegen eben dieses Regime, daß sie folglich eine Etappe auf dem Wege zur Revolution zu betrachten sei. Dagegen waren in jenem Moment keine Ausichten vorhanden, daß eine auf revolutionärem Wege einberufene Konstituante eine solche Etappe zur Revolution zu werden vermochte.

Unter den Bauern dauerte der Aufruhr fort. Unter dem Eindruck der proletarischen Bewegung nahmen die Bauernrevolten an Ausdehnung und Intensität zu, blieben aber noch immer eine unberechenbare, revolutionäre Kraft. Indem die Bauernbewegung die Herrschaft der Grundbesitzer zu stürzen bestrebt war, griff sie somit die Bureaukratie und die Monarchie an; der Zusammenhang zwischen der Herrschaft des feudalen Grundbesitzes und den anderen herrschenden Kräften der alten Gesellschaft blieb dem Bewußtsein der Bauern schwer zugänglich.

Als eine im Grunde genommen revolutionäre Kraft, die jedoch jedes politischen Bewußtseins und Verständnisses entbehrt, konnte die Bauernschaft bei dieser politischen Situation nicht als ein Kampfes- und Bundesgenosse, auf den im Moment eines Aufstandes zu rechnen war, in Betracht gezogen werden. Ihren überlieferten Anschauungen und Gefühlen nach recht monarchisch gesinnt, konnte die Bauernschaft in dem Moment eines ernstesten Versuches, die Monarchie wirklich zu stürzen, in eine konter-

revolutionäre Kraft umbilden und auf Grund trügerischer Verheißung seitens der Monarchie sich gegen die revolutionäre Städtebevölkerung wenden.

Die revolutionäre Gärung in der Stadt und auf dem flachen Lande konnte nicht ohne Einfluß auf das Militär bleiben, aber infolge der außerordentlich schwierigen Bedingungen einer unmittelbaren Agitation und Propaganda in der Armee mußte der Einfluß der Revolution auf die Armee einen noch unbestimmteren, unberechenbareren Charakter tragen. Vereinzelte Soldatenrevolten, die meistens auf dem Gebiete der rein ökonomischen Forderungen des alltäglichsten Soldatenlebens bald hier bald dort entstanden waren, übten einen sehr schwachen Einfluß auf die Armee im allgemeinen aus, und dieselben Soldaten, die heute Aufrührer waren, wurden am nächsten Tage als Wiederhersteller der Ordnung verwendet, wobei gerade diese am bestialischsten verfuhrten. Eine viel bedeutendere und ernstere revolutionäre Stimmung entstand unter denjenigen militärischen Schichten, worin das städtische Element stärker vertreten war, nämlich bei der Marine und unter den Sappeuren. Die Hauptmasse der Armee, die Infanterie, die hauptsächlich aus Bauernsöhnen bestand, blieb dagegen als ein gehorsames Werkzeug in den Händen der Regierung.

Am 31. Oktober, dem Tag nach der Veröffentlichung des Freiheits und die Unantastbarkeit der Person verheißenden Manifestes, organisierte und vollführte die Regierung in 85 Städten die grausamsten und blutigsten Pogrome mit Hilfe der „Schwarzen Hundert“. Damit wollte sie dem revolutionären Volke das „regierungstreue Volk“ entgegenstellen. In den meisten Pogromen traten die „Schwarzen Hundert“ als unbedeutende kleine Banden auf, aber überall unter der Mitwirkung und dem Schutze der Polizei und des Militärs. In einer ganzen Reihe von Städten (Kiew, Odessa, Jekaterinoslaw, Kremenchug und anderen) beteiligten sich an den Pogromen nicht nur die Kosaken, sondern auch die

Infanterie als die aktivsten Teilnehmer im Plündern, Morden und Rauben. Das Militär in seiner Gesamtmasse war also eine ausgesprochen reaktionäre, der „Schwarzen Hundert“ verwandte Macht, die die Regierung ohne besondere Mühe gegen die Feinde zu stellen vermochte, indem sie ihre bestialischen Instinkte aufstachelte. Selbst in den Großstädten waren die Elemente der „Schwarzen Hundert“ nicht so unbedeutend, wie man es sich zuerst vorgestellt hatte.

Die gesamte Masse des städtischen Kleinhändlerturns, und an manchen Orten die rückständigen Elemente des Proletariats, konnten im geeigneten Moment der Regierung als Stütze dienen. Bei aller Einmütigkeit des Oktoberstreiks gelang es doch selbst in Petersburg nicht, das Schließen eines größeren Teils der Läden zu erzwingen; sie blieben trotz des Beschlusses des Arbeiterdeputiertenrates und der Bemühungen der Handlungsgehilfen geöffnet.

In Moskau ereignete sich am 28. Oktober das Folgende:

Als die Streikenden an die Krämer des „Dchotnij-Rjad“ (Jagdmarkt)* die Aufforderung richteten, ihre Läden zu schließen, „stürzten diese sich mit Knüppeln, Brettern und Messern bewaffnet auf die Streikenden und schlugen wie Berserker blind darauf los“.

Am 30. Oktober wurde eine größere Anzahl Streikender von etwa 600 Mann in dem Marienhain von den Arbeitern der benachbarten Fabriken angegriffen, wobei man mit Brecheisen, Beilen und anderen Werkzeugen auf die Streikenden los schlug. „Die Einwohner des Marienhain traten auf die Seite der Angreifenden. Dem Gemetzel wurde erst mit Hilfe der herbeigeeilten Kosaken ein Ende bereitet.“

* Dieser Rayon ist der Aufenthaltsort von allerhand Mob, Lumpenproletariat und der elendesten, verkommensten Bevölkerung; in demselben Viertel befindet sich auch das berühmte „Nachtasyl“ für sogenannte „Barfußler“. „Dchotnij-Rjad-Volk“ ist gleichbedeutend mit Gaunervolk, Barfußler oder Lump. Der Überseher.

Die Elemente der „Schwarzen Hundert“ waren im Oktober in den Städten zwar nicht eine geschlossene organisierte Macht, wie das Proletariat und die Intelligenz damals war; deshalb konnten sie keine wesentliche Dissonanz in die Oktoberstreikbewegung hineinbringen; aber sie repräsentierten schon im Oktober einen ansehnlichen Prozentsatz der städtischen Bevölkerung.

Abgesehen von diesen Elementen der „Schwarzen Hundert“ zeigte auch die Bourgeoisie, die während des Oktoberstreiks das Proletariat unterstützt hatte, und ebenso ein bedeutender Teil derselben Intelligenz, die im Oktoberstreik eine so aktive Rolle gespielt hatte, gar keine Neigung, — nachdem das Manifest vom 30. Oktober veröffentlicht war —, mit bewaffneter Hand das alte Regime zu stürzen, um an dessen Stelle eine revolutionäre Regierung zu setzen.

Es blieb also nur das werktätige Proletariat, das für einen bewaffneten Aufstand zu haben war. Aber das Proletariat allein für sich war zu schwach, um dem alten Regime einen tödlichen Schlag zu versetzen.

Das waren also die objektiven Verhältnisse, die dem Proletariat gebieterisch diktierten — unter der drohenden Gefahr gänzlicher Isolierung —, sich davor zu hüten, jetzt, kurz nach der Verkündung des Manifestes, auf dem Wege des bewaffneten Aufstandes seine Pläne zu verwirklichen, sondern sich auf das eben Errungene, auf die Duma zu stützen, um diese zur Basis der weiteren revolutionären Kämpfe zu machen.

* * *

Im Oktober sah die Regierung sich gezwungen, Zugeständnisse zu machen vermöge der Einmütigkeit der Bewegung seitens der städtischen Bevölkerung. Der Kampf, der sich auf Grund der Zugeständnisse und auf dem parlamentarischen Boden der Reichsduma entzünden konnte, wäre imstande gewesen, das ganze Land in einen unüberbrück-

baren Konflikt mit der Regierung zu bringen und diese zu völliger Kapitulation zu treiben.

Dieser logische Ausgang wurde vor allem neben anderen Einwirkungen durch das Manifest selbst gehindert. Alles, was darin versprochen war, schien ephemer zu sein: heute wurde es versprochen, morgen konnte es wieder zurückgenommen sein. In den Handlungen der Regierung war keine Spur von Konsequenz zu merken: die ersten Tage der verkündeten Freiheit wurden von den schrecklichsten Pogromen begleitet, die offenbar von Petersburg aus inspiriert waren. Die Regierung duldete einerseits unbegrenzte Freiheit und übte zur selben Zeit brutalste, rechtsverletzende Willkür, indem sie zum Beispiel die Vertreter des Bauernverbandes verhaften und über ganz Polen den Kriegszustand verhängen ließ.

Daraus konnte jeder Einsichtige die Schlußfolgerung ziehen, daß die Revolution noch nicht beendet, sondern im vollen Gange sei. Andererseits befanden sich unter der Bürokratie und dem Feudaladel noch viele Elemente, die nicht imstande waren, sich mit den neuen, im Manifest verkündeten Verhältnissen auseinanderzusetzen. Das Schwanken und die Inkonsistenz der Handlungsweise der Regierung waren bei solcher Situation unvermeidlich; aber das bedeutete keineswegs, daß die Errungenschaften des 30. Oktobers Schein und Trug waren. Es lag kein Grund vor zu glauben, daß die Regierung es jetzt wagen würde, von der Einberufung der Reichsduma Abstand zu nehmen, oder dieser keine gesetzgeberische Vollmacht zu gewähren, oder die Intelligenz und das Proletariat von der Beteiligung an den Wahlen auszuschließen. Es lagen im Gegenteil alle Gründe vor, zu erwarten, daß mit Hilfe der Organisation der gesellschaftlichen Kräfte auf dem Boden der Volksvertretung es schließlich gelingen würde, die Regierung zu weiteren Konzessionen zu zwingen, bis auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für die Reichsduma.

Mit Unrecht schätzte damals der „Bericht des Arbeiterdeputiertenrates“ den eben gewonnenen Sieg gering ein, indem er ausführte: „Eine Konstitution ist gegeben und der Absolutismus ist bestehen geblieben. Alles und nichts ist gegeben.“

Abgesehen von dieser falschen Einschätzung der errungenen Erfolge haben die darauffolgenden Ereignisse das Proletariat und selbst die Sozialdemokratie irregeführt. Wir nennen hier nur die allgemeine revolutionäre Aufregung, die als Folge der eben durchlebten Massenstreikbewegung zu betrachten ist, die — offenbar unter deren Einfluß — sich weit verbreitende, über 26 Gouvernements erstreckende Bauernbewegung und eine ganze Reihe von Soldatenrevolten (in Sebastopol, Kronstadt, Kiew, Jekaterinodar, Noworossisk und Charkow). Bei dieser revolutionären Aufregung wurden außerdem alle Berichte über die Unruhen stark übertrieben, so zum Beispiel die harmlose Demonstration der Sappeure in Kiew, die mit einer Niederlage endigte, wurde in Petersburg zu einem wirklichen Aufstand aufgebauscht; „Kiew — so hieß es — ist in den Händen des rebellierenden Volkes.“*

Die Reichsduma, die zu einer allgemeinen allrussischen Organisation sich entfalten und die breiten Massen der Bevölkerung um sich gruppieren konnte, trat in den Hintergrund, und an ihre Stelle trat eine rein proletarische Organisation, nämlich der Arbeiterdeputiertenrat. Das Petersburger Proletariat war das fortgeschrittenste, das entwickeltste wenigstens unter dem russischen Proletariat; es schuf seine Regierung, sein Arbeiterparlament. Der Arbeiterdeputiertenrat, der hinter sich den Oktoberstreik und um sich ein aufgeregtes, zum revolutionären Kampfe bereitcs Proletariat hatte, entfaltete sich vor den Augen der kopflosen, verworrenen Regierung aus einem Kampforgan bis zu gewissem

* „Natschalo“, Nr. 8.

Grade in ein machthabendes Organ. Die Regierung war genötigt, ihn zu dulden und mit seinen Beschlüssen, die oft in schroffstem Gegensatz zu ihren Plänen und Anordnungen stand, rücksichtsvoll zu rechnen. Der Ministerpräsident Graf Witte zum Beispiel wies die Journalisten an, bis zur Veröffentlichung der neuen Preßgesetze die Preßzensur zu respektieren, der Arbeiterdeputiertenrat dagegen beschloß, daß die Drucker und Setzer nur in denjenigen Druckereien arbeiten durften, wo Zeitungen, die ohne irgend welche Zensur erscheinen, gedruckt werden, und dieser Beschluß des Arbeiterdeputiertenrates wurde strengstens durchgeführt. Noch vor der Veröffentlichung des Manifestes wurde ein Vereins- und Versammlungsgesetz veröffentlicht, wonach die Polizei jeder Versammlung beimohnen durfte. Der Arbeiterdeputiertenrat dagegen beschloß, der Polizei keinen Zutritt zu den Versammlungen zu gewähren, und hielt seine Versammlungen unter dem Beimohnen von ungeheuren Volksmassen ab, ohne die Polizei zuzulassen. Die Polizei kämpfte „um ihr Recht“, bei den Versammlungen anwesend zu sein, drang in verschiedenen Versammlungen ein, löste sie auf, aber vor den Türen des Arbeiterdeputiertenrates blieb sie zurück, sie wagte es nicht, das Arbeiterparlament anzugreifen.

Diese außerordentliche bevorzugte Stellung, die der Arbeiterdeputiertenrat einnahm, führte das Proletariat Petersburgs irre und demzufolge auch das Proletariat anderer Städte, die nach Petersburger Muster ihre Arbeiterdeputiertenräte schufen, und gab Anlaß, die Machtverhältnisse des Proletariats und der Revolution in diesem Moment zu überschätzen.

Dazu hat auch der Bauernverband einiges beigetragen, der bald nach dem 30. Oktober seinen Kongreß veranstaltete. Der Einfluß des Bauernverbandes auf die Bauern war unbedeutend und kann selbstredend mit dem des Arbeiterdeputiertenrates auf die Petersburger Arbeiter in keinen

Vergleich gezogen werden. Dennoch als Vertreter des Bauerntums auftretend, kam er der Stimmung, die damals in den proletarischen Reihen herrschte, entgegen. Freilich nicht als Vertreter jener unwissenden, politisch unreifen Bauernmassen, sondern im Namen jenes kleinen Häufleins von klassenbewußten Bauern, die unter dem Einflusse der Partei der „Sozialrevolutionäre“ standen, trat dieser Bauernkongreß auf und beschloß, „alle diejenigen, die sich an den Dumawahlen beteiligen werden, als Verräter des Volkes zu erklären, nur für eine Konstituante einzutreten und zu diesem Zwecke eine entsprechende Agitation zu entfalten“. Diese klassische Beschlußfassung spiegelte damals nicht nur die Stimmung des Bauernkongresses ab, sondern ebensowohl auch die der gesamten proletarischen Massen, die der Sozialdemokratie folgten.

Die Reichsduma existierte damals für den Petersburger Arbeiterdeputiertenrat und die Sozialdemokratie nicht. Die Buliginische* Duma wurde von der Oktoberstreifbewegung hinweggesetzt, die soeben versprochene neue Duma sollte vom bewaffneten Aufstand hinweggesetzt werden. Erst nach der Niederlage des Dezemberaufstandes entstand für die Sozialdemokratie die Frage, ob man die neue Duma boykottieren oder nicht boykottieren solle: in den sogenannten „Freiheitstagen“, im Oktober und November, bestand überhaupt keine Frage in bezug auf die Duma. Der kühnen Phantasie der sozialdemokratischen Führer zufolge war sie zum Sterben verurteilt, noch ehe sie geboren war.

Gleichzeitig mit dem Bauernkongreß fand damals in Moskau ein Kongreß der „Semstwoleute“ statt. Mit 156 gegen 12 Stimmen wurde eine Resolution, die mit folgenden Worten schloß, angenommen:

* Buligin, so hieß der Premierminister, der das Projekt des Reichsdumagesetzes vom 6. August 1905 ausarbeitete. Siehe oben S. 43.

„Der Kongreß erklärt, daß das einzige Mittel, die Autorität der Volksvertretung und die der darauf basierenden Staatsgewalt zu sichern und gleichzeitig das wirksamste Mittel, Ruhe und Ordnung im Lande herzustellen, nur die Proklamierung eines Gesetzes sein könne, das die Anwendung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes für die Wahlen einer Volksvertretung sichere und das der gewählten Volksvertretung offizielle konstituierende Vollmacht erteilt zum Zwecke der Ausarbeitung einer vom Kaiser zu bestätigenden Konstitution für das ganze Reich, und gleichfalls die Proklamierung eines weiteres Gesetzes, betreffs einer autonomen Verfassung Polens; ferner eines Gesetzes zum Zwecke einer Reorganisierung des Semstwo- und Kommunalwesens auf demokratischer Grundlage und zur Durchführung weiterer Maßregeln, die bei der Einführung einer neuen Staatsordnung notwendig seien. Außerdem müsse die erste zusammentretende Volksvertretung beauftragt werden, die Grundgesetze zu einer Reform der Rechtsverhältnisse des Grund und Bodens und der Arbeitergesetzgebung zu bestimmen.“

Der Semstwokongreß beschloß darauf, diese Resolution durch eine daselbst gewählte Delegation dem Grafen Witte zu überreichen. Das war ein unwürdiger Schritt, aber in der Resolution selbst wehte zweifellos der Atem der Revolution. Man sollte glauben, die Sozialdemokratie hätte keinen Grund gehabt, dieser Resolution gegenüber sich feindselig zu verhalten. Die Sozialdemokratie kämpfte für eine souveräne Konstituante, der Semstwokongreß verlangte eine Volksvertretung mit konstituierenden Funktionen; aber was bedeutete damals dieser Unterschied? Man hätte doch zuerst die Duma durch allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahl sich aufbauen und zusammentreten lassen, der Bevölkerung Zeit und Möglichkeit geben sollen, sich um die Duma zu organisieren, und dann wäre die Duma dasjenige

geworden, was der revolutionären Stimmung und den revolutionären Machtverhältnissen im Lande entsprochen hätte. Die Sozialdemokratie hatte allen Grund, die Forderung des allgemeinen Wahlprinzips zu unterstützen, dazu brauchte sie ja nicht auf ihre alten Losungen zu verzichten; es stand ihr nur die Aufgabe bevor: die auf Grund dieses Wahlprinzips gewählte Duma in eine souveräne Konstituante zu verwandeln. Aber statt diesen vernünftigen, realistischen Weg zu betreten, war die Sozialdemokratie bestrebt, eine Kluft zwischen dem Proletariat und den Semstwoleuten und Dumaanhängern zu schaffen, indem sie die letzteren für ihre radikale Resolution als Volksverräter und Volksfeinde brandmarkte. So schrieb zum Beispiel damals Genosse Swesdin:

„Auch wir sind bereit, den Semstwo Kongreß zu begrüßen, aber aus diametral entgegengesetzten Gründen: die Herren Bourgeois haben schließlich die Maske der ‚Volksfreunde‘, abgelegt, offen und unverhüllt verraten sie die Sache der Freiheit. Wir danken ihnen dafür! Die Herren Semstwoleute und Dumaanhänger sind gegen eine Konstituante, wir sind dafür; sie sind für die Monarchie, wir sind für eine demokratische Republik; sie sind gegen die Revolution in ihren eigenen Interessen, wir sind für die Revolution im Interesse des Volkes. Zwischen den Freunden und Feinden des Volkes ist eine offene Kluft! Wir danken denjenigen, die diese Kluft vertieft und erweitert haben.“ *

In demselben Parteiblatt** wurde der Semstwo Kongreß ebenso scharf gebrandmarkt: er wurde als Konterrevolution bezeichnet, bloß deshalb, weil er die Bestätigung der Konstitution vom Kaiser als notwendig betrachtete.

* Nr. 3 des Parteiblattes „Natschalo“, Swesdin: Die Herren Bourgeois und ihre Presse.

** „Natschalo“, Nr. 8.

Nun ward mit kühner Hand ein gerader, direkter Weg zur Revolution gezeigt: durch unmittelbaren, revolutionären Ansturm auf das alte Regime, zu dessen Niederschmetterung durch den bewaffneten Aufstand. Keine Zwischenetappen! Nur diejenige Volksvertretung kann und darf einzig und allein als solche anerkannt werden, die vom revolutionären Volke selbst, nach dem Sturz des Absolutismus einberufen werden wird. Jeder aber, der in die von der alten Regierung einberufene Duma geht oder gehen will, der gehört zur Konterrevolution, in die Reihen der Volksverräter, die die Sache der Revolution verraten. Die Freiheit, die im Oktober errungen ist, muß jetzt zum Zwecke des Propagierens der Idee des Volksaufstandes dienen.

Diese Propaganda hing damals sozusagen in der Luft. „Der Arbeiterdeputiertenrat — sagt derselbe Genosse Smesdin an einer anderen Stelle* — hat den bewaffneten Aufstand durch seine gesamte Agitations- und Organisationstätigkeit vorbereitet. In allen Zeitartikeln des ‚Berichtes des Arbeiterdeputiertenrates‘, fast in allen seinen Resolutionen und Aufrufen, in den Reden, die auf den Sitzungen des Arbeiterdeputiertenrates gehalten wurden, in den von einzelnen Deputierten veranstalteten Rayonsversammlungen, in den Fabriken oder auf sonstigen Meetings — überall zeigte sich wie ein roter Faden der Gedanke der Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit eines bewaffneten, offenen Kampfes gegen den Absolutismus.“

Man könnte hier fragen, ob die Propagierung eines bewaffneten Aufstandes überhaupt irgendwelche Bedeutung habe. Alle bisher bekannten Aufstände waren immer und überall ein spontaner Ausbruch der Volksbewegung auf Grund äußerst zugespitzter Gegensätze. Der Aufstand bleibt immer dem Volke das äußerste Mittel, zu dem es sich nie im voraus vorbereitet, zu dem es aber greift im Augenblick

* Geschichte des Arbeiterdeputiertenrates.

höchster Aufregung, Gefahr oder Verzweiflung. Die Propaganda für den bewaffneten Aufstand trug in den „Freiheitstagen“ den Charakter eines Aufrufs zum Aufstand. Die Zugeständnisse der Regierung wurden selbst als zeitweiliger Waffenstillstand verworfen. Eine von der Regierung einzuberufende Duma wurde als eine unsinnige Erfindung traktiert, die das Volk bereits weit überholt habe, und diejenigen, die diese Duma ausnützen wollten, wurden zu Volksverrätern gestempelt.

Eine gesellschaftliche Gruppe, die eine derartige Stellung zur Regierung einnahm, mußte notwendigerweise zum offenen Kampf mit dieser allzeit bereit sein, da es auf der Hand lag, daß die Regierung nicht erst den Moment abwarten werde, bis der Aufstand ganz vorbereitet und gerüstet sei, sondern den Kampf mit ihrem Feinde früher zum Ausbruch würde kommen lassen.

Auf eigene Faust konnte das Proletariat diesen Kampf nicht unternehmen, und Genosse Swesdin schreibt, daß der Arbeiterdeputiertenrat sich dessen wohl bewußt war und deshalb Bundesgenossen für den Fall eines Kampfes zu suchen beginne, indem er mit Soldaten- und Matrosenorganisationen in Verbindung getreten sei, und mit dem Bauernverband Unterhandlungen einleite.

Wenn der Arbeiterdeputiertenrat glaubte, das gesamte Bauerntum für den bewaffneten Aufstand schon dadurch zu gewinnen, daß er mit dem Bauernverband in Verbindung trete und dessen Zustimmung sich sichere, so könnte dies nur als Naivität erklärt werden, die in einer äußersten revolutionären Aufregung wohl begreiflich ist. Ebenso ephemere waren auch die Hoffnungen auf die Unterstützung der Armee. Die Verbindung mit den Petersburger Truppen war unzulänglich, um über die wirkliche Stimmung in der Armee urteilen zu können.

Diese neuen Bundesgenossen waren von zweifelhafter Zuverlässigkeit, und die alten, mit denen das Proletariat so-

eben den Oktobersieg gemeinsam durchgefochten hatte, hat es rücksichtslos von sich gestoßen.

Um in diesem gefährlichen, verhängnisvollen Moment die Kluft zwischen dem Proletariat und den Massen der Bourgeoisie und bürgerlichen Demokratie noch tiefer und klassender zu machen, ließ die Sozialdemokratie in ihrem einflußreichsten Organ, „Ratschalo“, die Idee einer Revolution in Permanenz und des unmittelbaren Überganges der bürgerlichen Revolution in eine soziale Revolution auftauchen.

„Es ist ja sehr möglich, daß bei gewisser Beharrlichkeit des Bürgerkrieges unsere Revolution, die als bürgerliche Revolution begann, als soziale Revolution ihr Ende nehmen wird.“ Zur Befräftigung dieser Ausführung beruft sich der Autor auf „das Element der Zufälligkeit“, dessen Wirkung „die Entwicklung des Klassenkampfes unterworfen ist“.*

Noch entschiedener äußerte sich ein anderer Genosse:**

„Die Position des Proletariats als Avantgarde im revolutionären Kampfe, die unmittelbare Verbindung und Fühlung zwischen ihm und dem revolutionären Bauerntum, die Zauber macht, die ihm die Armee hinzuzieht, das alles führt das Proletariat unvermeidlich zum Machtbesitz. Der vollständige Sieg der Revolution bedeutet den Sieg des Proletariats. Letzterer aber bedeutet einerseits eine Revolution in Permanenz. Das Proletariat verwirklicht die Grundaufgaben der Demokratie, und die Logik seines unmittelbaren Kampfes um die Sicherung seiner politischen Machtstellung stellt im gegebenen Moment rein sozialistische Probleme vor ihm auf. Die Revolution in Permanenz nimmt zwischen dem Minimumprogramm und dem Maximumprogramm Platz. Das ist nicht ein ‚Ansturm‘, nicht ein Tag und nicht ein Monat — das ist eine ganze historische Epoche. Es wäre Unsinn, sie im voraus zu berechnen.“

* „Ratschalo“, Nr. 7, „Die Bauernfrage und die Revolution“.

** „Ratschalo“, Nr. 10.

In derselben Nummer des „Ratschalo“ erörtert ein anderer einflußreicher Genosse die Frage über die Diktatur des Proletariats als die Aufgabe des Momentes.

„Wir sind in ein neues Stadium der Revolutionsentwicklung eingetreten. Der Kampf wird jetzt nicht mehr um diese oder jene gesetzgeberischen Normen der Staatsordnung geführt, sondern unmittelbar um die Staatsgewalt selbst. Auf der Tagesordnung steht die Frage einer revolutionären Regierung, ganz gleich, ob der Weg dazu durch eine Konstituante führt oder außerhalb dieser liegt.“ Auf die Frage, welche politische Macht diese revolutionäre Regierung schaffen und unterstützen wird, antwortet Parvus: „Diese politische Macht — ist das revolutionäre Proletariat.“

Dieser Überschätzung der Machtverhältnisse des Proletariats entsprach die Unterschätzung der Machtverhältnisse seines Gegners. In Nr. 13 derselben Zeitung vom 11. Dezember, man kann sagen am Vorabend der Niederlage des Dezembraufstandes, stand in einem Zeitartikel folgendes: „Mit Sicherheit kann das Proletariat sagen: ich fürchte keine Reaktion, keine militärische Diktatur. . . . Die Regierung kann nicht, sie wagt es nicht, jene blutgierigsten Pläne zu verwirklichen, mit denen die perverse, wollüstige Phantasie der Hofclique sich berauschen läßt. Nun, und wenn sie es doch wagt? . . . Nun, dann wird sie es erfahren, daß nicht die Revolution, sondern die Reaktion in dem vergossenen Blute ertrinkt.“ . . .

So gestaltete sich die Ideologie, die das einflußreichste Organ der Sozialdemokratie, der damaligen Führerin des Proletariats, geltend machte.

Nun wollen wir sehen, wie zu dieser Zeit das Proletariat selbst verfuhr, wie seine Organisation — der Arbeiterdeputiertenrat — vorging. Offiziell als unparteiische Organisation geltend, trug der Arbeiterdeputiertenrat in der Wirklichkeit jedoch ein stark sozialdemokratisches Gepräge.

Der Arbeiterdeputiertenrat war die Realisation, die Verkörperung des sozialdemokratischen Einflusses und der sozial-

demokratischen Propaganda unter dem Petersburger Proletariat. Der größte Teil der Deputierten bekannte sich offen zur sozialdemokratischen Partei. — In der sozialdemokratischen Propaganda nahm die Idee des Achtstundentags einen ansehnlichen Platz ein. Der sogenannte dritte Parteitag der russischen Sozialdemokratie hat sich für eigenmächtige Einführung des Achtstundentags durch die Arbeiter ausgesprochen. Diese Idee war sowohl unter der „Mehrheit“ (Bolschewiki), sowie unter der „Minderheit“ (Menschewiki) sehr populär.

Das war eine unheilvolle Idee, die der Revolution nichts als Schaden bringen konnte. Entweder — oder! Entweder endet der Kampf mit einem vollständigen Sieg der Revolution; eine demokratische Regierung wird geschaffen, und dann ist die Einführung des Achtstundentags auf dem gesetzgeberischen Wege durch die Staatsgewalt ermöglicht und somit die gewaltsame, eigenmächtige Einführung desselben überflüssig, — oder der Kampf ist noch nicht beendet, dann bedeutet die gewaltsame Einführung des Achtstundentags einen so heftigen Ansturm auf die Kapitalistenklasse, der nur die Kräfte der Revolution schwächen konnte, er bedeutet die Verringerung der Aussichten auf Sieg und Erfolg.

Die hervorragende Stellung, die der Arbeiterdeputiertenrat nach dem 30. Oktober plötzlich einnahm, hatte ihm ebenso wie der ihn leitenden Sozialdemokratie eine schwere Verantwortlichkeit auferlegt, die sie veranlassen sollte, mit besonderer Vorsicht zu solchen Maßnahmen wie die gewaltsame Einführung des Achtstundentags zu greifen. Man konnte schon damals voraussehen, daß die gewaltsame Einführung des Achtstundentags den heftigsten Widerstand der Kapitalisten hervorrufen werde, daß der Kampf auf diesem Gebiete sie in die Arme der Reaktion treiben würde, was nur die Machtstellung der Regierung stärken müsse, und daß das Proletariat in diesem Kampfe sehr viel

Kräfte verschwenden werde, ohne dabei irgendwelche Aussichten auf Sieg und Erfolg zu haben. Chruschalew bemerkt in seiner sehr interessanten Schrift „Geschichte des Arbeiterdeputiertenrats“, daß gerade die unteren Schichten des Proletariats einen sehr starken Trieb zur eigenmächtigen, gewaltsamen Einführung des Achtstundentags fühlten. Das war nur natürlich nach jener ungeheuren Agitation, die darum geführt worden war. Aber die Führer der proletarischen Massen, ihre disziplinierten und bewußten Elemente sind doch einmal nicht dazu da, um den Launen der Massen blind zu folgen.

„Auf revolutionärem Wege wurde das Streikrecht, die Versammlungs-, Rede- und Preßfreiheit errungen. Warum denn nicht auf eben diesem Wege auch den Achtstundentag erringen?“ So formulierte Chruschalew die Stimmung, die unter den breiten Massen des Proletariats stark verbreitet war. Es war notwendig, auf energischste dieser Stimmung entgegenzuwirken, es war notwendig, den proletarischen Massen zu erklären; daß ein großer Unterschied zwischen dem Kampf um politische Freiheit und dem Kampf um den Achtstundentag sei; daß im ersten Fall das Proletariat alle produktiven Klassen der Bevölkerung, darunter auch seinen Feind — die Bourgeoisie — auf seiner Seite hatte, während es im Kampf um den Achtstundentag ganz isoliert stehen und ihn ganz allein führen müßte, ohne besondere Aussichten, einen Sieg davonzutragen, dagegen mit der allergrößten Wahrscheinlichkeit die Bildung einer Koalition zwischen seinen Gegnern — zwischen der Regierung und den Kapitalisten — begünstige.

Leider fand diese tollkühne Stimmung, die verhängnisvoll auf die späteren Schicksale des proletarischen Kampfes einwirkte, keinen Widerstand in den leitenden Kreisen der Sozialdemokratie. Die berauschte revolutionäre Aufregung trübte in diesem Moment das Bewußtsein der proletarischen Führer und machte sie ganz unfähig, die Machtverhältnisse

der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte richtig und nüchtern einzuschätzen und ihre Taktik danach zu richten.

Am 11. November, abends, dekretierte der Arbeiterdeputiertenrat die Einführung des Achtstundentags. Es wurde beschlossen, dieses Dekret vom 13. November an in Kraft treten zu lassen.

Die betreffende Sitzung des Arbeiterdeputiertenrates, in welcher er diesen verhängnisvollen Weg einschlug, schildert Chruschalew folgendermaßen:

„In der ordentlichen Sitzung des Arbeiterdeputiertenrates am 11. November teilten die Deputierten des Newskyrayons mit, daß in den Fabriken ihres Rayons der Achtstundentag eigenmächtig auf revolutionärem Wege einzuführen sei. Diese Mitteilung wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. . . . Darauf wurde eine Resolution, die Einführung des Achtstundentages betreffend, per Affkamation angenommen, ohne die Frage zu debattieren, ohne darüber zuerst im Exekutivkomitee des Arbeiterdeputiertenrates zu verhandeln. Nur ein einziger Deputierter aus der Kanonengießerei erklärte, die eigenmächtige Einführung des Achtstundentages könne unmöglich eine Sache allein des Petersburger Proletariats sein, und nicht ohne Mitwirkung des Proletariats im ganzen Lande durchgeführt werden. Aber unter dem Eindruck der allgemeinen Stimmung beeilt sich auch dieser Deputierte hinzuzufügen, da der Arbeiterdeputiertenrat einmal so beschlossen hat, so wird auch auf der von ihm vertretenen Fabrik der Achtstundentag eingeführt werden. . . . Jrgend jemand aus den hinteren Reihen rief dazwischen: „Ihr seid mit dem Absolutismus noch nicht fertig geworden und wollt schon den letzten Kampf mit den Kapitalisten beginnen!“ Dieser Zwischenruf verhallte in der Atmosphäre der allgemeinen gehobenen Stimmung. Niemand hat diese Bemerkung beachtet.“*

* Geschichte des Arbeiterdeputiertenrates, Nr. 103.

Das Dekret des Arbeiterdeputiertenrates wurde energisch durchgeführt. Am 14. November umfaßte diese Bewegung fast alle Eisenwerke und alle größeren Fabriken. Das Proletariat arbeitete eifrig daran, die Kapitalisten in die Arme der Regierung zu treiben. Aber es vergaß auch die letztere nicht und begann ebenso eifrig die Regierung in die Arme der Kapitalisten zu treiben. Es schien, als ob es sich dies zur besonderen Aufgabe gestellt hätte, diese seine beiden Feinde engstens zusammenzuschweißen; es will nicht mit jedem von diesen getrennt kämpfen, sondern es forderte sie beide gleichzeitig zum Kampf auf. Am 14. November ließ es die kapitalistische Welt Petersburgs mit den Zähnen knirschen, und am 15. November begann es auf den Staatswerken und Fabriken Petersburgs zu streifen, die Regierung dadurch zum offenen Kampf auffordernd.

In Kronstadt entstand eine Bewegung unter den Matrosen, die als eine Militärrevolte beginnend, mit einem Krawall endigte. Die Regierung überwies die Sache einem Feldgericht.

In ganz Rußland war die Streifbewegung zu dieser Zeit beendigt, nur in Polen dauerte sie fort, von kolossalen Volksmanifestationen begleitet. Die Bewegung in Polen stellte die Forderung einer Autonomie auf. Die Regierung antwortete darauf mit der Verhängung des Kriegszustandes über ganz Polen.

Am 14. November wurde von der überwiegenden Mehrheit des Arbeiterdeputiertenrates bei einigen Stimmenthalungen folgende Resolution angenommen:

„Der Arbeiterdeputiertenrat ruft das revolutionäre Proletariat Petersburgs auf, durch den allgemeinen politischen Streik, der seine furchtbare, wuchtige Kraft bewiesen hat, durch allgemeine Protestmeetings seine brüderliche Solidarität den Kronstadter Soldaten und den revolutionären Proletariern Polens gegenüber kundzugeben. Morgen, am 15. November, 12 Uhr mittags stellen die sämtlichen Ar-

beiter Petersburgs die Arbeit unter folgender Losung ein:
 1. Nieder mit den Feldgerichten! 2. Nieder mit der Todesstrafe! 3. Nieder mit dem Kriegszustand in Polen und in ganz Rußland!"

Ebenso wie bei der Resolution betreffs des Achtstundentages erscholl auch hier eine vereinzelte Stimme des Widerstands, allein sie wurde von niemand beachtet und machte bei solcher Stimmung der Versammelten auch keinen Eindruck. Nur der Deputierte der Kasterjajewschcn Metallfabrik erhob dagegen Einspruch. Er argumentierte so: „Wir haben unseren Kampf um den Achtstundentag noch nicht zu Ende gebracht; ein neuer Streik wird unsere Kräfte zersplittern, deshalb ist er unerwünscht. Unser Protest darf nur in der Form von Protestmeetings und Demonstrationen, nicht aber in Streiks sich äußern.“*

In seinem Aufrufe wendete sich der Arbeiterdeputiertenrat nur an „das revolutionäre Proletariat Petersburgs“, das er beherrschte, aber die gestellten Losungen bezogen sich nicht nur auf das Petersburger Proletariat, sondern hatten eine allgemein revolutionäre Bedeutung. Dem Streik aber schlossen sich nur die Petersburger Arbeiter an.

Die intelligenten Berufe, die den Oktoberstreik einmütig mitmachten, streiften jetzt nicht mit. Post und Telegraph funktionierten. Das Petersburger Proletariat demonstrierte im Novemberstreik seine Isoliertheit in Petersburg; aber noch schroffer demonstrierte es seine Isoliertheit in ganz Rußland: selbst vom Proletariat im ganzen Reiche war es isoliert.

Dieser Streik blieb nur ein Lokalsozialstreik. Das Land verweigerte es, ihn zu unterstützen. In Petersburg selbst flaute er bald ab. Am 17. November hatte das Exekutivkomitee dem Arbeiterdeputiertenrat einen Antrag unterbreitet, die Beendigung des Streiks zu proklamieren. Die Deputierten, die diesen Vorschlag unterstützten, argumentierten die Unauf-

* Geschichte des Arbeiterdeputiertenrates S. 3.

schiebbarkeit dieser Proklamierung damit, daß an mehreren Fabriken die Stimmung eine niedergedrückte sei, daß die vorausgegangenen Streiks die Arbeiter völlig erschöpft hätten, daß nur eine Feststellung der Beendigung des Streiks nach zwei bis drei Tagen die Streikwelle, die immer tiefer sinke, aufrechtzuerhalten imstande sei.* Dieser Argumentation ungeachtet, beschloß der Arbeiterdeputiertenrat mit 400 gegen 4 Stimmen, den politischen Massenstreik fortzusetzen. Aber mit diesem Beschluß bewies der Arbeiterdeputiertenrat nur, daß er die Fühlung mit den Massen, und die Fähigkeit, die Massen zu führen, zu verlieren begann.

Am folgenden Tag, den 18. November, erwies sich die allgemeine Tendenz der Streikenden, dem Streik ein Ende zu machen, so einhellig, daß der Arbeiterdeputiertenrat genötigt war, seinen gestrigen Beschluß aufzuheben und die Beendigung des Streiks zu beschließen. Der Streik brachte also eine vollständige Niederlage. Statt eine Demonstration der Macht des Proletariats zu sein, wurde er zu einer Demonstration seiner Schwäche. Die Regierung hatte es leicht, triumphierend zuzuschauen, wie die Kräfte der Opposition sich zersplitterten, und den weiteren Fortgang der Ereignisse in ihrem eigenen Interesse auszunutzen. Nachdem das Petersburger Proletariat im Kampf mit der Regierung die Niederlage erlitten, kehrte es wieder zu seinen soeben verlassenen Positionen zurück, indem es den Kampf um den Achtstundentag wieder aufzunehmen versuchte. Aber die Regierung hatte sich gerüstet und auch die Bourgeoisie erhob ihr Haupt. Die vereinigten Kräfte der beiden so stark unterschätzten Feinde bereiteten dem Proletariat eine noch ernstere Niederlage.

Nach der Aufhebung des Massenstreiks nahmen die Kapitalisten eine drohende Haltung an. Die Besitzer von 72 Metallfabriken, der Textilfabriken, der Glashüttenwerke drohten

* Ibid. S. 120.

den Arbeitern mit allgemeiner Aussperrung, falls diese den Achtstundentag einzuführen versuchen würden. Die Regierung kam den Kapitalisten zu Hilfe und schloß eine ganze Reihe von Staatswerkstätten. Darauf folgte die Aussperrung in einer ganzen Reihe von Privatunternehmen. Gerade zu dieser Zeit wandelte sich die Haltung und politische Stimmung der Kapitalisten vollständig um: die gewaltsame Einführung des Achtstundentages warf sie in die Arme der Reaktion. Während des Oktoberstreiks pflegten die Kapitalisten, wie wir schon Gelegenheit hatten zu erwähnen, den Arbeitern einen Teil oder den vollen Arbeitslohn für die Streiktage auszuzahlen und verhinderte sie nicht, in den Fabrikräumen Meetings abzuhalten. Niemand von den Streikenden wurde für seine Beteiligung an dem Streik ausgesperrt. Auf den Putylowschen (Staatswerken) und anderen Werken zahlte die Fabrikadministration den Arbeiterdeputierten ihren vollen Arbeitslohn selbst für die Tage, an denen sie in den Sitzungen des Arbeiterdeputiertenrates beschäftigt waren. Die Administration der Obuchowschen Werke stellte den Arbeiterdeputierten für ihre Fahrten in die Stadt das Fabrikdampfboot zur Verfügung. Jetzt schlug die Stimmung auf einmal um. Die Kapitalisten baten die Regierung um Beistand. In die Fabriken wurden Truppen geschickt, die Meetings verboten. Auf der Macswellschen Fabrik wurden den Arbeiterdeputierten die Schlüssel der Fabrikräume, wo bisher Meetings abgehalten wurden, gewaltsam abgenommen. Als an der Kartonnagefabrik „Progreß“ die Arbeiter die Wiedereröffnung der Fabrikräume für Meetings forderten, antwortete der Fabrikbesitzer: „Keine Meetings mehr. Ihr stellt euch allzu hohe, anmaßende Aufgaben. Ihr wollt eigenmächtig und gewaltsam den Achtstundentag einführen.“*

Der Kampf um die Einführung des Achtstundentages auf revolutionärem Wege nahm einen aussichtslosen Charakter

an. Circa 100 000 Arbeiter wurden auf das Pflaster geworfen. Nach langem Schwanken sah sich der Arbeiterdeputiertenrat genötigt, „es für notwendig zu erklären, vorläufig die gewaltsame Einführung des Achtstundentages einzustellen“. Bald darauf proklamierte der Arbeiterdeputiertenrat ein Dekret, daß „alle geschlossenen Fabriken geöffnet werden und alle ausgesperrten Genossen auf ihren Stellen wieder angenommen werden sollten“. Zur Unterstützung dieser Forderung beschloß er, „an die Solidarität des gesamten Proletariats Rußlands sich zu wenden, um, im Falle einer Ablehnung dieser Forderung, es zum allgemeinen politischen Massenstreik und zu anderen entschiedenen Kampfmitteln aufzurufen“.

Die Lage des Arbeiterdeputiertenrates schien in der Tat einen offenbar tragischen Charakter anzunehmen. Aus einer Kampforganisation, die offensiv auf die Gegner loszugehen pflegte, wurde sie zu einer defensiven. Die Taktik führte nicht mehr zur Hebung des Petersburger Proletariats, nicht zu neuen Siegen und Errungenschaften, sondern zu Niederlagen, zur schroffen und starken Verschlimmerung der Lage des Proletariats.

Jetzt mußte er nicht nur von solchen kühnen Wagnissen Abstand nehmen, wie zum Beispiel von der eigenmächtigen Einführung des Achtstundentages, sondern er mußte alle Kräfte anwenden, um die Wiederherstellung des Status quo, worauf das Proletariat unmittelbar nach der Liquidation des Oktoberstreiks sich befand, zu erringen. Zusammen mit dem auf einen Augenblick gewonnenen Achtstundentag gingen dem Proletariat auch die partiellen Errungenschaften verloren, die es bei einzelnen Unternehmungen gewonnen hatte. Die Vertreter des Kapitals griffen entschieden zu und um das Proletariat mürbe zu machen, beeilten sie sich gar nicht, die geschlossenen Fabriken zu öffnen, trotz aller Drohungen und Dekrete des Arbeiterdeputiertenrates. Dieser wurde genötigt, bis zu einem gewissen Grade sich in

eine Organisation umzuwandeln, deren Aufgabe es wurde, denjenigen Arbeitern Hilfe zu schaffen, die durch die unter seiner Leitung vollzogenen Aktionen gelitten hatten. Von den 30 000 Rubel, die sich damals in den Kassen des Arbeiterdeputiertenrates befanden, mußte er 10 000 Rubel für die Errichtung von Volksküchen für Arbeitslose verwenden.

Die Arbeiterdeputiertenräte in den anderen Städten — in Moskau, Kiew, Kostom, Odessa, Jekaterinoslaw — folgten nicht dem Beispiel des älteren Bruders, des Petersburger Arbeiterdeputiertenrates; sie beschränkten ihre Taktik überall auf die Vereinigung des Proletariats, auf Organisation der Gewerkschaften, Förderung und Unterstützung der Arbeiter in ihren ökonomischen Kämpfen in einzelnen Unternehmungen, und somit bereiteten sie ein geschlossenes, organisiertes Auftreten des Proletariats im Falle eines bevorstehenden entschiedenen Kampfes vor. Leider aber hat kein einziger Arbeiterdeputiertenrat dieser Städte einen so kolossalen Einfluß auf die Massen gehabt, wie der Petersburger Arbeiterdeputiertenrat ihn hatte, und nirgends, selbst in Moskau nicht, wäre die geschlossene Einigkeit des Proletariats und seine Kampfbereitschaft im Falle eines Angriffs seitens der Regierung von wichtigerer Bedeutung gewesen, wie in Petersburg. Demgegenüber will es scheinen, als ob das Petersburger Proletariat und seine Deputierten alles aufgewendet hätten, um ihre Kräfte zu verschwenden, ehe der Moment eines entschiedenen Kampfes mit der Regierung herangenah war.

Die Niederlage des Petersburger Proletariats mußte die Aussichten auf Sieg und Erfolg des bald darauf entstandenen Post- und Telegraphenstreiks im höchsten Grade schwächen. Am 4. November wurde in Moskau der Post- und Telegraphenverband gegründet. Die Regierung wollte auf keinen Fall das Recht der Post- und Telegraphenbeamten, politischen Organisationen anzugehören, anerkennen, da diese im Staatsdienste stehen, sondern sie erklärte, daß für Staats-

beamte das Manifest vom 30. Oktober in bezug auf Koalitionsrecht nicht anwendbar sei. In diesem Sinne erließ der Hauptdirektor der Post- und Telegraphenverwaltung, Sawostjanoff, ein Rundschreiben an alle seine Beamten, worin er mit sofortiger Entlassung derjenigen Beamten drohte, die sich irgendwelchem Verband als Mitglied anschließen würden. Der Verband wurde gezwungen, um sein Dasein zu kämpfen. Diesen Kampf begann er mit dem äußersten Kampfmittel, mit der Proklamierung eines allgemeinen allrussischen Post- und Telegraphenstreiks. Dieser Streik wurde am 28. November durch die Delegiertenkonferenz der allgemeinen Post- und Telegraphenorganisation, die in Moskau tagte, beschlossen. Der Anlaß zum Streik war die Entlassung von fünf Beamten wegen ihrer Zugehörigkeit zum Post- und Telegraphenverband.

Gleich dem Eisenbahnerstreik versetzte der Poststreik der Regierung einen unmittelbar erschütternden Schlag, indem er ihren ganzen Staatsapparat zerstörte und die Verbindung zwischen der Zentrale der Staatsgewalt und seiner Peripherie vernichtete.

Die Regierung war gezwungen, vor dem Ansturm des Massenstreiks im Oktober zu kapitulieren, aber sie entschloß sich jetzt, jede Möglichkeit einer Wiederholung aufs entschiedenste zu bekämpfen. An sich selbst die Machtwirkung des Eisenbahnerverbandes erfahrend, wußte sie ganz genau, daß ein starker Post- und Telegraphenverband eine feste und stets gefährliche Stütze eines allgemeinen Massenstreiks werden kann, daher erklärt sich ihr Haß gegenüber dem entstehenden Post- und Telegraphenverband, daher ihre entschiedenste Bestrebung, diesen im Keime zu ersticken. Der soeben gewonnene Sieg über das Petersburger Proletariat und die auf dem Boden der Taktik des Arbeiterdeputiertenrates entstandene Spaltung in den Reihen der Opposition gaben der Regierung den Mut und die Entschlossenheit, den Kampf mit dem Post- und Telegraphenverband auf-

zunehmen. Andererseits konnte der Post- und Telegraphenstreik, der auf das gesamte Wirtschaftsleben im Reiche im höchsten Grade zerstörend wirkte, nicht als ein gewöhnlicher partieller Streik betrachtet werden. Er konnte nur als ein Teil des allgemeinen politischen Massenstreiks während der Revolution Sinn und Bedeutung haben. Unter solchen Voraussetzungen nur konnte der Post- und Telegraphenstreik seinem Zwecke entsprechen und als eines der stärksten Kampfmittel gelten, womit die Regierung am empfindlichsten zu treffen sei. Aber es schien, als ob die russische Revolution nach dem erfolgten Sieg des Oktoberstreiks die Fähigkeit verloren hatte, einmütig und in geschlossenen Reihen zu handeln. Der Petersburger Arbeiterdeputiertenrat wollte weder mit der Stimmung der anderen Bevölkerungsklassen, noch mit der Stimmung des Proletariats selbst rechnen und proklamierte einen Streik, bei dem das Petersburger Proletariat isoliert dastand. Und wie zum Hohn darauf begann das Proletariat Polens, dessen Unterstützung einer der Beweggründe des Petersburger Novemberstreiks war, gerade in dem Moment die Arbeit wieder aufzunehmen, als das Petersburger Proletariat diese einstellte. Die Post- und Telegraphenbeamten, selbst die Petersburger — von den Beamten anderer Städte kann kaum die Rede sein —, waren damals um so weniger entschlossen, den Novemberstreik zu unterstützen, als ihr Verband noch im Werden und die Hoffnung auf seine Anerkennung und Legalisierung seitens der Regierung noch nicht aufgegeben war. Nachdem das Petersburger Proletariat unter dem gemeinsamen Angriff der Regierung und der Bourgeoisie machtlos daniederlag, nahm der Post- und Telegraphenverband den Kampf mit der Regierung neu auf. Die Regierung ging triumphierend von einem Sieg zum anderen, indem sie ihre getrennten Feinde einen nach dem anderen niedermachte und inzwischen, während des Kampfes, Bundesgenossen aus den Reihen ihrer vormaligen Feinde zurückgewann.

Der Petersburger Arbeiterdeputiertenrat unterstützte den Post- und Telegraphenstreik, mit allen Kräften. „Das Exekutivkomitee des Arbeiterdeputiertenrates sandte auf die Meetings der Post- und Telegraphenbeamten und Arbeiter seine Redner, verfaßte, druckte und verbreitete die Aufrufe, Flugblätter und Proklamationen des Post- und Telegraphenverbandes, leistete den Streikenden materielle Hilfe, organisierte Arbeiterpatrouillen, um die Streifbrecher von der Arbeit wegzuschleichen.“*

Den Erfolg des Post- und Telegraphenstreiks konnte nur der Eisenbahntelegraph beeinträchtigen. Das Exekutivkomitee des Petersburger Arbeiterdeputiertenrates wandte sich nunmehr an alle Eisenbahntelegraphisten mit einem Aufruf, worin er sie aufforderte, nur amtliche, auf den Eisenbahndienst bezügliche Telegramme und keine anderen, besonders aber keine Regierungstelegramme zu befördern. Eine Zeitlang wurden Privattelegramme nur mit Erlaubnis des Arbeiterdeputiertenrates durch den Eisenbahntelegraphen befördert.**

Die Regierung nahm zu dieser Zeit eine abwartende Stellung ein. Sie prüfte zuerst ihre Kräfte und wollte es nicht wagen, den Kampf mit der Revolution in ihrer ganzen Front aufzunehmen. Sie zog es vor, selbst der Revolution in einzelnen Fällen nachzugeben, wie zum Beispiel in dem Fall, der sich in Kuschka ereignete.

„Als in der Station Kuschka der dortige übereifrige Kommandant den Ingenieur Sokolow und andere Eisenbahnbeamten dem Kriegsgericht überlieferte, und als dies Gericht die wegen Agitationstätigkeit Angeklagten zum Tode verurteilte, hatten die Eisenbahnerorganisationen der Regierung das Ultimatum gestellt: falls dieses Todesurteil bis zum 5. Dezember 8 Uhr abends nicht zurückgenommen,

* Geschichte des Arbeiterdeputiertenrates, S. 140.

** Ibid. S. 41.

würden alle Eisenbahnlinien den Streik proklamieren. Fünf Minuten vor 8 Uhr abends teilte der Verkehrsminister Nemeschajew den betreffenden Eisenbahnbeamten mit, daß die Vollziehung des Urteils aufgehoben sei.“ „Durch diese Anordnung,“ fügte Chruschalew hinzu, „hat die Regierung ihre Machtlosigkeit demonstriert.“ *

Dem Genossen Chruschalew gegenüber ist hier einzuwenden, daß es für die Regierung im höchsten Grade töricht gewesen wäre, auf Grund der unsinnigen Handlung irgend eines Krähwinkelkommandanten den Kampf aufzunehmen. Ihre Nachgiebigkeit am 5. Dezember verhinderte die Regierung jedoch nicht, am 8. Dezember dem Arbeiterdeputiertenrat den Fehdehandschuh ins Gesicht zu schleudern, indem sie den Vorsitzenden des Rates, Chruschalew, verhaften ließ.

Der Arbeiterdeputiertenrat beantwortete diese Maßregel mit folgendem Aufruf:

„Am 9. Dezember beschloß der Arbeiterdeputiertenrat folgende Resolution: Am 8. Dezember wurde der Vorsitzende des Arbeiterdeputiertenrates, Genosse Chruschalew, von der zarischen Regierung in Gefangenschaft gesetzt. Der Arbeiterdeputiertenrat wählt ein provisorisches Präsidium und setzt seine Vorbereitungen zum bewaffneten Aufstand fort.“ Aber der Arbeiterdeputiertenrat beschränkte sich nicht auf diese Drohung allein, sondern ging noch einen Schritt weiter. Noch am 5. Dezember veröffentlichte der Arbeiterdeputiertenrat einen Aufruf, der die Arbeiter aufforderte, ihr Geld aus den Sparkassen zurückzuverlangen und die Auszahlung ihres Arbeitslohnes in Goldwährung zu fordern. Jetzt beschloß der Arbeiterdeputiertenrat, in diesem Sinne ein Manifest an das Volk zu veröffentlichen.

Dieses Manifest erschien am 15. Dezember in allen fortschrittlichen Zeitungen, von dem Arbeiterdeputiertenrat, dem Bauernverband und allen sozialistischen Parteien unter-

* Geschichte des Arbeiterdeputiertenrates, S. 41.

zeichnet. Die Bevölkerung wurde darin aufgefordert, „der Regierung die Ablösegeldbezahlungen und jede andere Zahlung zu verweigern, bei jeder finanziellen Abmachung, beim Auszahlen von Arbeitslohn, Gehalt und dergleichen die Goldwährung zu fordern, bei Summen unter 5 Rubeln in Silbergeld; ferner alles Guthaben aus den Sparkassen und aus der Reichsbank zurückzufordern und die Auszahlung in Goldwährung zu verlangen“. Ferner wurde der Beschluß proklamiert: „Die Auszahlung derjenigen Reichsschulden zu verhindern, die die zarische Regierung zur Zeit machte, als sie ihren Kampf gegen das Volk führte.“

Das Manifest hat die gewünschte Wirkung auf die Bevölkerung gehabt, die gegen die Regierung mißtrauisch gestimmt und um ihre Ersparnisse, die der Regierung zur Verfügung standen, besorgt war. Neue Einlagen in die Reichsbank und die Sparkassen gingen stark zurück, und die vorher eingelegten Gelder wurden massenhaft zurückverlangt. Allein in Petersburg belief sich das Mehr der Auszahlung über die Einlagen in den Sparkassen auf 4 065 000 Rubel und an den Provinzsparkassenfilialen betrug das Mehr 85 929 000 Rubel. Die Regierung unterschätzte die Bedeutung dieses Ergebnisses nicht, indem sie ihrerseits dieses mit einem anderen Schlage beantwortete.

Alle Zeitungen, die das Manifest veröffentlicht hatten, wurden konfisziert und vom Reichsgericht zeitweilig sistiert. Am 15. Dezember veröffentlichte die Regierung provisorische Maßregeln, betreffend Streiks- und Vereinsrechte, die hauptsächlich gegen Eisenbahner-, Post- und Telegraphenstreiks gerichtet waren, sowie überhaupt gegen Streiks in solchen Unternehmungen, in denen „die Arbeitseinstellung die öffentliche Sicherheit bedroht oder die Möglichkeit schafft, ein Unglück oder einen öffentlichen Schaden entstehen zu lassen“. Für derartige Streiks wurden die Beteiligten mit Gefängnisstrafe bis zu 1 Jahr und 4 Monaten, für die Beteiligung an Vereinen oder Verbindungen, die die Vorbe-

reitung solcher Streiks bezweckten, mit Gefängnisstrafe bis zu 4 Jahren bedroht. Die Regierung nahm nunmehr eine offensive Position ein und forderte die Revolution zum Kampf heraus.

Sie ging noch weiter. Am 16. Dezember, während der ordentlichen Sitzung des Arbeiterdeputiertenrates, worin die Frage des allgemeinen politischen Massenstreiks beraten werden sollte, drang die Polizei, von bewaffnete Soldaten begleitet, in die Sitzungsräume ein und verhafteten das Exekutivkomitee und die versammelten Deputierten. Schon vor dieser Verhaftung trat die Wahrscheinlichkeit einer Beschlußfassung zugunsten eines allgemeinen Streiks seitens des Arbeiterdeputiertenrates deutlich hervor. Nach der Verhaftung des Arbeiterdeputiertenrates sprach das am 17. Dezember aufs neue hergestellte Exekutivkomitee sich für den allgemeinen politischen Massenstreik aus.

Der endgültige Beschluß sollte in der Plenarsitzung des Exekutivkomitees gefaßt werden, das den Arbeiterdeputiertenrat infolge dringender Umstände zu vertreten hatte. Schon am 17. bis 18. Dezember entschied sich die Stimmung in Petersburg deutlich dahin, daß die Mitglieder der damals in Petersburg tagenden Konferenz der „Minderheits“-fraktion die Überzeugung gewannen, ein allgemeiner Massenstreik sei nun unvermeidlich. Mit dieser Überzeugung gingen sie in ihre Heimat. Voraussichtlich war dieser Streik auf den 20. Dezember geplant. Dieser im Entstehen begriffene Beschluß wurde auch in Moskau bekannt und wurde von dem Moskauer Arbeiterdeputiertenrat und von der zurzeit in Moskau tagenden Konferenz der Vertreter von 29 Eisenbahnen bei ihrer Beratung über die Frage des allgemeinen Streiks in Betracht gezogen.

Die Bewegung, die im Oktober begann, dauerte in Moskau während der ganzen „Freiheitstage“ sehr intensiv fort. Öftere Meetings und die offene Agitation wirkten stark und hielten fast die ganze Moskauer Arbeiterschaft in ihrem

Bann, sie übten einen sehr bemerkbaren Einfluß selbst auf ihre rückständigsten Elemente aus. Im November wurde dort nach dem Muster Petersburgs ein Arbeiterdeputiertenrat organisiert, der als eine rein proletarische Arbeiterorganisation das zur Hälfte aus Intelligen ten bestehende Streikkomitee ablöste, das den Oktoberstreik geleitet hatte. Zur Zeit der Streikproklamation bestand der Moskauer Arbeiterdeputiertenrat aus 104 Deputierten, die zirka 100 000 Arbeiter vertraten. Die revolutionäre Stimmung unter den Moskauer Arbeitermassen war zurzeit gesteigert, zum Teil unter dem Eindruck der unter den Moskauer Truppen (Kostowschen und anderen Regimentern) entbrannten Militärrevolten, die aber, nebenbei bemerkt, im Moment der Entstehung des Streiks aufhörten.

Der Dezemberstreik nahm auf ganz andere Weise als der Oktoberstreik seinen Anfang. Der Oktoberstreik begann als ein Demonstrationsstreik, und die Kapitulation der Regierung war sein unerwartetes, unvorausgesehenes Resultat. Der Dezemberstreik dagegen wurde als ein entschiedener Ansturm auf die Regierung proklamiert, als ein Streik, der in einen bewaffneten Aufstand überzugehen streben soll. Es wurde sogar der Beschluß gefaßt, „den politischen Massenstreik in Moskau vom 20. Dezember 12 Uhr mittags ab zu proklamieren und ihn in einen bewaffneten Aufstand mit allen Kräften umzuwandeln zu suchen“. Somit wurde tatsächlich nicht nur der Massenstreik, sondern der bewaffnete Aufstand proklamiert. An der Proklamation beteiligten sich vier Organisationen: der Moskauer und der Petersburger Arbeiterdeputiertenrat, die Konferenz der Eisenbahnerdelegierten und der Post- und Telegraphenkongreß.

Handelten diese Organisationen falsch oder richtig, indem sie sich zum Streik entschlossen? Man kann diese Frage weder mit „ja“ noch mit „nein“ beantworten, weil man den Streik selbst nicht isoliert, nicht außerhalb des ganzen Zusammenhanges mit der gesamten vorhergehenden Be-

wegung des Proletariats betrachten kann. Deshalb muß die Frage viel umfassender gestellt werden: War die Taktik, die das klassenbewußte Proletariat und seine leitende Organisation, der Petersburger Arbeiterdeputiertenrat, eingenommen, war der Weg, den diese eingeschlagen hatten, richtig oder falsch?

Wir haben schon am Beginn dieses Abschnittes diese Frage beantwortet: diese Taktik war grundfalsch. Es mag sein, daß sie vielleicht unvermeidlich war, vielleicht wäre jede andere Taktik bei der völlig widerspruchsvollen Haltung der Regierung und bei der revolutionären Stimmung des Proletariats in diesem Moment unmöglich gewesen. Aber es tut nichts zur Sache und ändert nicht das mindeste an dem objektiven Schluß, der daraus sich folgert: das Proletariat konnte nur dadurch zum Sieg gelangen, daß es die Reichsduma als einen Hebelpunkt zum weiteren Kampf ausnützte. Nur mittels der Duma und nur durch diese konnte es die so notwendige organische Verbindung mit dem Bauerntum und der Armee gewinnen, um den völligen Sturz des alten Regimes vorzubereiten und die Bahn zur vollständigen Volksherrschaft zu ebnen.

Daß die Reichsduma nur versprochen war, schloß die Notwendigkeit nicht aus, die Duma zum Ausgangspunkt zu nehmen. Das Proletariat durfte die schnelligste Einberufung der Duma verlangen, es mußte dringend die Erweiterung des Wahlrechtes bis auf die vollständige Verwirklichung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlprinzips für die Reichsdumawahlen fordern. In diesen Forderungen hätte das Proletariat damals einen allgemeinen Boden finden können, um gemeinsam mit den anderen Bevölkerungsschichten den Druck auf die Regierung zu konzentrieren und somit diese in ihrem vorherigen Isolierungszustande festzuhalten, wodurch sie zu Konzessionen gezwungen worden wäre. Aber wenn es auch nicht gelungen wäre, die Erweiterung des Wahlrechtes zu erzwingen,

so hätte wenigstens die dazu gehörende Organisations- und Agitationstätigkeit des Proletariats dazu beigetragen, daß die Dumawahlen wenigstens auf Grund des am 11. Dezember veröffentlichten Wahlgesetzes hätten stattfinden müssen, und dies Wahlgesetz öffnete freie Bahnen und die Möglichkeit, die weitestgehende Organisierung der gesellschaftlichen Kräfte im ganzen Lande zu vollziehen. Aber statt dessen nahm das Proletariat eine Haltung an, die seine Niederlage unvermeidlich machte: es hat offen und deutlich seine Absicht verkündet, die bereits von der Regierung errungenen Freiheiten dazu auszunützen, um schleunigst den bewaffneten Aufstand vorzubereiten und die Regierung zu stürzen. Dieser Grundton erklang in den Freiheitstagen fast in jeder Zeile der damaligen sozialdemokratischen Presse, er wurde auf allen Arbeiterversammlungen laut.

Der Bureaukratie wurde klar, daß, wenn sie nicht freiwillig zu ihrem Untergange schreiten, sondern der Revolution ein Ende machen wolle, sie zuerst das Proletariat, als eine Macht, mit der jede Paktierung ausgeschlossen sei, ersticken müsse.

Die gesamte Tätigkeit des Arbeiterdeputiertenrates in dieser Zeitperiode erscheint unzweifelhaft als eine offene Herausforderung der Regierung gegenüber, und da dies auf dem Boden einer ununterbrochenen Fortdauer der Gärungen unter den Bauern und in der Armee geschah, so fand die Regierung Eile geboten; sie stellte sich als nächste Aufgabe, den Zusammenstoß mit dem Proletariat schnell zum Ausbruch zu bringen, bevor das Revolutionsfeuer sich ihrer Hauptstütze, der Armee bemächtigt hatte. Es lag der Regierung nunmehr daran, den Aufstand zu provozieren, um nach seiner Niederwerfung die Revolution zu ersticken.

Andererseits aber war in diesem Moment es dem Proletariat fast unmöglich, den Fallstricken, die die Regierung ihm legte, zu entgehen. Konnte man denn die Repressalien seitens der Regierung, die Verhaftung des Arbeiterdeputiertenrates und anderes, ohne würdige Antwort lassen?

Angeichts der herausfordernden Stellung, die der Arbeiterdeputiertenrat der Regierung gegenüber einnahm, angesichts jener übertriebenen Einschätzung der Kräfte des Proletariats und der Unterschätzung der Kräfte der Regierung, konnte denn dieser Verzicht nicht als eine völlige Ohnmacht des Proletariats aufgefaßt und dadurch den zu erwartenden Bacchanalien der Reaktion freie Bahnen geschaffen werden? Im Falle des Verzichtens auf eine würdige Antwort auf die Brutalität der Regierung erschien ihm die Perspektive seiner zukünftigen Tätigkeit in trüben, düsteren Farben, während das Trugbild der revolutionären Macht des Proletariats, das die Freiheitstage ihm vorspiegelte, Siegeshoffnungen einflößte und mächtig zum Kampf lockte.

Der gesamte vorhergehende Revolutionsprozeß zwang also das Proletariat, die Herausforderung der Regierung anzunehmen. Der Streik, nur als solcher, verlor in diesem Moment jede reale Bedeutung.

Die Regierung hatte dagegen ein eigenes Interesse daran, den Massenstreik in einen Aufstand übergehen zu lassen, um nachher um so schonungsloser mit dem Feinde kurzen Prozeß machen zu können. Die unsinnigen, unnötigen, grausamen Handlungen des Generals Dubassow bei Beginn des Streiks in Moskau beweisen einhellig diese offenbar provozierenden Absichten der Regierung.

Also wurde der Kampf, den die Regierung dem Proletariat aufzudrängen suchte, zu einem wirklich entscheidenden Kampf auf Leben und Tod. Entweder ein siegreicher bewaffneter Aufstand, oder eine völlige Niederlage — das war die Alternative, vor der das Proletariat stand.

Das Proletariat nahm den Kampf auf. Aber unter welchen Umständen? Es ging in seinem Ansturm auf die Regierung allen voran und ließ denjenigen Teil der Intelligenz, der den Oktoberstreik zusammen mit ihm gekämpft hatte, weit hinter sich; die Bourgeoisie, die im eigenen In-

teresse den Oktoberstreik sympathisch unterstützt hatte, stürzte es jetzt durch seine Taktik in die Arme der Reaktion. Das Proletariat war aber bei weitem nicht überall reif genug, den entscheidenden Ansturm auf die Regierung allein aufnehmen zu können, und seine besten Mannschaften — die Arbeitermassen Petersburgs — waren durch die vorhergehenden verzweifelten Kämpfe gegen die vereinigten Kräfte der Regierung und Bourgeoisie stark geschwächt und erschöpft. Wohl hatte die Gärung in der Armee und unter den Bauern die anlockendsten Perspektiven gezeigt, aber das klassenbewußte Proletariat wurde hier durch eine furchtbare Niederlage zu der Überzeugung geführt, daß, um eine unkultivierte und unbewußte Bauernmasse und die Armee für die Revolution zu mobilisieren und zu schulen, ein einziger Monat der Freiheitsbewegung bei weitem noch nicht ausreichend ist.

Der bewaffnete Aufstand im Dezember.

Den Mittelpunkt und die allgemein anerkannte führende Stelle der gesamten Revolutionsbewegung in den Freiheitstagen nahm Petersburg und dessen Arbeiterdeputiertenrat ein. Eine ebensolche zentrale Rolle spielte Moskau während der Dezemberbewegung. Der Telegraph verbreitete ganz Rußland in Staunen versetzende Berichte über ein ungeheures Barrikadenetz, das ganz Moskau umspannt, über Legionen von Insurgenten, die mit den Truppen kämpfen, über Arbeiterheere aus den umliegenden Fabrikgebieten, die auf Moskau heranrücken, um dem Aufstand Hilfe zu leisten. Diese Berichte erwiesen sich nachher als stark übertrieben. Aber der Eindruck auf Rußland war ein gewaltiger, und wenn damals wirklich der Boden für einen Volksaufstand vorhanden gewesen wäre, so hätte diese Illusion eines siegreichen Aufstandes die Feuersbrunst einer allgemeinen Revolution über das ganze Land hin ergießen können. Leider war dieser Boden noch nicht vorhanden, Rußland zeigte damals keine Neigung zum Aufstand, und hätten auch die Berichte aus Moskau der Wirklichkeit entsprochen, so würde auch dann eine unvermeidliche Niederlage dem Aufstand sicher gewesen sein. Wir werden uns leicht davon überzeugen, wenn wir, bevor wir zur Schilderung der Ereignisse in Moskau übergehen, einen Blick auf die allgemeine Situation und auf die Geschehnisse in ganz Rußland zu dieser Zeit werfen.

An der Schwelle der Dezemberbewegung stand der Post- und Telegraphenstreik. Aber gerade in dem Augenblick, wo er im Zusammenhang mit dem allgemeinen Streik der Regierung den größten Schaden verursachen konnte, begann er abzuflauen.

Dem Zusammenbruch des allgemeinen Dezemberstreiks konnte durch den Beschluß des Post- und Telegraphenkongresses, sich dem Streik anzuschließen, nicht ferngehalten werden. Am 20. (7.) Dezember wendete sich der Post- und Telegraphenverband an den Moskauer Arbeiterdeputiertenrat mit einer Anfrage, ob es nicht erwünscht sei, die telegraphische Verbindung zwischen Moskau und Petersburg einzustellen? Der Arbeiterdeputiertenrat antwortete natürlich bejahend. Aber der Post- und Telegraphenverband war jetzt schon zu machtlos, um diesen Beschluß durchzuführen. Die telegraphische Verbindung zwischen Moskau und Petersburg blieb ungestört.*

Auch durch keine Eisenbahnverkehrsstörung wurde Petersburg vom übrigen Rußland abgeschnitten.

Der Eisenbahnerstreik war diesmal, im Gegensatz zum Oktoberstreik, kein allgemeiner, und das schlimmste dabei war, daß gerade die Eisenbahn zwischen Moskau und Petersburg, die im Oktober und November den Verkehr eingestellt hatte, funktionierte. Nur die in Moskau sich kreuzenden Eisenbahnlinien stellten den Verkehr ein, mit Ausnahme der Nikolaischen Eisenbahn, die Moskau mit Petersburg verbindet.

In dem bereits angezogenen Buche „Moskau im Dezember 1905“ wird die Tatsache des Nichtstreikens auf den Petersburger Eisenbahnlinien durch die Verzögerung der Proklamierung des Streiks erklärt; laut des Beschlusses der Eisenbahnerkonferenz sollten die Vertreter der Petersburger Eisenbahnlinien schon am 19. (6.) Dezember den Streik proklamieren, aber der Bitte des Arbeiterdeputiertenrates folgend, proklamierten sie ihn erst am 20. (7.) Dezember; die Regierung nützte diese Verzögerung aus, indem sie eine große Anzahl der Mitglieder des Eisenbahnerverbandes verhaftete und die Eisenbahnlinie mit Truppen besetzte. Es ist möglich, daß diese Verzögerung irgend eine Wirkung ausgeübt hat, aber

* Moskau im Dezember 1905, S. 33 und 34.

Tscherewanin, Proletariat und Revolution.

ich glaube, eine viel bedeutendere und maßgebendere Wirkung hat hier die Tatsache gehabt, daß keine Streikstimmung unter den Massen der Eisenbahner und in ganz Petersburg, daß kein Vertrauen zum Streik, kein Glauben an dessen Erfolg unter den Leitern des Eisenbahnerverbandes vorhanden war. Auf der in Moskau tagenden Konferenz der Eisenbahner (29 Eisenbahnlinien) herrschte keine Begeisterung unter den Delegierten. „Die Stimmung war bei allen Anwesenden eine niedergedrückte, düstere: sie waren alle überzeugt, daß sie einer harten, bitteren Notwendigkeit sich unterwerfen mußten, daß sie einer unvermeidlichen Niederlage entgegensteuerten.“*

Es ist zuzugeben, daß in Moskau die gute Stimmung, die damals unter den dortigen Arbeitermassen herrschte, auch auf die Eisenbahner und deren Führer einwirkte. In Petersburg fehlte diese Erscheinung. Wir sahen bereits, wie einige die Arbeitermassen in Petersburg sich im Oktober erhoben und mit ihnen die übrigen Bevölkerungsschichten. Jetzt dagegen verhielt sich die Masse der bürgerlichen Demokratie dieser Bewegung des Proletariats gegenüber fast teilnahmslos, von der Erschöpfung des Petersburger Proletariats gar nicht zu reden.

Während im Novemberstreik, selbst in den letzten Tagen, da ein großer Teil der Streikenden die Arbeit schon wieder aufgenommen hatte, die Zahl der Streikenden in Petersburg immer noch 104597 Mann betrug, stellte sich die Zahl derselben im Dezemberstreik: am ersten Tage des Streiks, am 21. Dezember,** auf 83558 Mann, am zweiten Tage, am 22. Dezember, auf 92058; von da ab begann aber die Zahl rasch zu sinken: am 23. Dezember streikten 59342 Mann,

* Moskau im Dezember 1905, S. 11.

** Nach dem russischen Stil der 8. Dezember, was zu berücksichtigen ist. Das Weihnachtsfest wird in Rußland 13 Tage später als in Westeuropa gefeiert. Vielfach fügten wir den neuen Stil in Klammern bei.

Der Übersetzer.

am 25. Dezember 60748, am 26. Dezember 48375, am 27. Dezember 44385, am 28. Dezember 36710, am 29. Dezember 32830, am 30. Dezember 19330 und schließlich am 31. Dezember nur 3280 Mann.

Ein trauriges Finale jener stürmenden Tätigkeit, die der Petersburger Arbeiterdeputiertenrat einleitete. Abgesehen davon, daß dies eine abschreckende, ernüchternde Wirkung auf jeden Aufstandsversuch haben mußte, hat diese Schwäche der Bewegung in Petersburg die größte Wirkung auf die Bureaucratie in ihrem Kampfe zur Unterdrückung des Aufstandes zur Folge gehabt. Die Bureaucratie sah in ihrer nächsten Umgebung keine weit um sich greifende Volksbewegung; in ihre Reihen brach keine Desorganisation ein, und ebensowenig war gleichzeitig eine Desorganisation in der Armee zu fürchten, insofgedessen wurden zahlreiche Truppen in Petersburg zusammengezogen. Die Eisenbahnlinien standen frei zur Verfügung, so daß sie nach den Aufstandsgebieten, nach Moskau und den baltischen Provinzen geschickt werden konnten.

Bei weitem nicht so einig wie im Oktober verlief der Streik im Dezember auch in den übrigen Städten Rußlands. Schon am 25. (12.) Dezember, als der Moskauer Aufstand seinen Höhepunkt erreichte, begann der Eisenbahnerstreik zu sinken. „Am selben Tage wurde der Eisenbahnverkehr auf den Linien Moskau-Jaroslavl-Archangelst, Charkow-Nikolajew, Kursk-Charkow-Sebastopol wieder hergestellt. Am 27. (14.) und 28. (15.) Dezember wurde der Verkehr auf den Eisenbahnstrecken Witebsk-Orscha, Kolkum-Radziwill, Rostroma-Ribinsk, Pssow-Riga, Dwinsk-Polozk und auf der Warschau-Wiener Bahn wieder aufgenommen. Eine Reihe von Eisenbahnen kamen der offiziellen Streikbeendigung zuvor, die erst am 1. Januar (19. Dezember) durch das Zentralfbureau des Eisenbahnverbandes veröffentlicht wurde.“*

* Moskau im Dezember 1905, S. 99.

Ebenso schwach wie Petersburg beteiligte sich an dem Dezemberstreik auch Polen. „Man streifte dort sehr wenig, weil alles erschöpft war von dem lokalen Streik, mit dem man dort Ende Oktober auf die Verhängung des Kriegszustandes über ganz Polen antwortete.“ *

Viel schwächer als im Oktober war die Bewegung auch in Kiew. Nach dem mißglückten Auftreten der Sappeure befand sich Kiew in den Fesseln des Kriegszustandes. Der Dezemberstreik konnte dort also nicht von jenen stürmischen, zahlreich besuchten Volksmeetings begleitet sein, mit welchen der Oktoberstreik begann und fort dauerte. Außerdem war die Stimmung unter der Intelligenz, die im Oktoberstreik eine bedeutende und führende Rolle spielte, jetzt bei weitem keine so gehobene. Einig fingen die Arbeiter in den größeren Fabriken den Streik an, ebenso die Arbeiter der Eisenbahnwerke, aber unter der Kiewer kleinbürgerlichen Bevölkerung machten die Streikenden nur eine Minderheit aus; deshalb brachte dieser Streik keine bemerkbare Veränderung der äußeren Physiognomie der Stadt. Die Geschäfte waren geöffnet, der Straßenbahnverkehr funktionierte, die Handwerker arbeiteten, der Eisenbahnbetrieb war nicht unterbrochen, und die Beamten der Eisenbahnverwaltung, die im Oktober den Streik leiteten und überhaupt an der Spitze der Bewegung standen, beteiligten sich jetzt ganz und gar nicht am Streik. Es existierte absolut kein Boden für einen Aufstand. Während des Streiks bemühte sich das lokale Komitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, eine allgemeine „Arbeiterbörse“ zu gründen, um die streikenden Massen miteinander in Verbindung zu bringen, um die Möglichkeit zu haben, weitere Schritte zu beraten und zu verabreden. Aber zur verabredeten Zeit erschien auf der Börse nur ein unbedeutendes Häuflein organisierter Arbeiter. Sie zeigten damit offenbar die Neigung, sich

* Ib. S. 98.

überhaupt nur passiv an der begonnenen Bewegung zu beteiligen.

In Odessa, wo das Proletariat in den Freiheitstagen eine sehr starke Organisation geschaffen hatte, streikten nicht nur die Fabriken und die Eisenbahnwerke, sondern es waren viele Geschäfte geschlossen und der Straßenbahnverkehr stockte. Aber überschwemmt von Truppen, die gar nicht lange vorher sich sehr aktiv an den Judenmordeleien und Pogromen beteiligt hatten, konnte Odessa gar nicht an einen bewaffneten Aufstand denken.

In Charkow dagegen schien es günstiger zu liegen. Im November entstand eine starke Gärung unter den Soldaten, ganze Regimenter demonstrierten auf den Straßen und fraternisierten mit den demonstrierenden Arbeitern. Aber im Dezember weigerten sie sich, einigen hundert Arbeitergardisten,* die sich in der Fabrik von Helsewich-Saade verbarrikadierten, zu Hilfe zu kommen. Dafür wurden nun „zuverlässigere“ Soldaten geschickt, um die Arbeitergarde zu belagern. Die Arbeiter der Lokomotivenfabrik, die ihren Kameraden zu Hilfe eilen wollten, wurden von ihnen niedergeschossen. Die Arbeitergarde mußte sich ergeben. Die Truppen gaben nachher noch einige Salven auf die Volksmenge auf den Straßen ab. Die Aussichtslosigkeit eines bewaffneten Aufstandes war erwiesen, und die Bewegung begann in sich zusammenzufallen.

Sehr einig verlief der Streik in Jekaterinoslaw. Nicht allein die Fabriken, sondern auch die ganze Stadt befand sich 7 bis 8 Tage im Streik. Unter den Arbeitermassen gab es keine Neigung zum bewaffneten Aufstand. Der dortige Arbeiterdeputiertenrat beschloß, mit einem friedlichen Streik zu beginnen, wobei wohl die Möglichkeit eines Überganges desselben in einen Aufstand ins Auge gefaßt worden ist. Aber diese Möglichkeit wurde von einer aggressiven Haltung

* Anlässlich der Pogrome hatten sich bewaffnete Arbeitergardisten zum Zwecke des Selbstschutzes gebildet.

der Administration (Gendarmerie und Polizeibehörden) abhängig gemacht. Die Administration dagegen war jeder aggressiven Aktion abgeneigt infolge der sich bemerkbar machenden Gärung unter den Truppen, die wegen der Nichtentlassung der Reservisten nach dem Kriege unzufrieden waren. Die Administration zog es vor, auf anderem Wege auf die Bevölkerung der Stadt einschüchternd zu wirken. Ununterbrochen verbreitete sie beunruhigende Gerüchte über angeblich bevorstehende Judenpogrome. Unter der Bevölkerung war die Erinnerung an die bestialischen Szenen des Pogroms vom 3. November noch sehr lebhaft, und dieses grausame Alpdrücken der Möglichkeit eines neuen Pogroms lag über der Stadt während des ganzen Verlaufs des Streiks und lähmte jedes aktive Auftreten. Im Zentrum der Stadt wollte die jüdische Arbeitermasse aus diesem Grunde keine Meetings veranstalten, aber dafür besuchte sie eifrig die Meetings, die in den Vororten, in den Fabrikanons stattfanden. Dort herrschte vollständige Freiheit, die Behörden sahen und hörten nichts.

So ging es ungefähr 8 Tage, vom 21. bis 29. (8. bis 16.) Dezember, dort zu. Am 30. (17.) traten die Ortsbehörden in die Offensive über, wahrscheinlich infolge von Anordnungen und günstigen Berichten aus Moskau und anderen Orten. Der Kriegszustand wurde über die Stadt verhängt, die Läden wurden zwangsweise geöffnet. Von da an begann auch der Streik zu sinken. Bald darauf wurde zu den zwei in Jekaterinoslaw garnisonierenden Regimentern noch das Simferopoler Regiment hinzukommandiert, das soeben den Sebastopoler Militäraufstand unterdrückt hatte. Die Behörde fühlte sich jetzt sicher und begann mit Hilfe des Simferopoler Regiments sehr eifrig „die Ruhe wiederherzustellen“, nicht nur in Jekaterinoslaw allein, sondern auch im benachbarten Donraron.

Im Dongebiet war, abgesehen vom Kaukasus, die Bewegung die stärkste des ganzen Südens. „In den Händen

der Revolutionäre befand sich eine ganze Reihe von Eisenbahnstationen: Popasnaja, Debalzewo, Jassinowitaja, Griſſchino, Amdejewka, Gorlowka, Konstantinowka, Kramatorskaja und andere.“* Laut Mitteilung eines Augenzeugen und Teilnehmers an der Bewegung in Jekaterinoslaw war das Bild der dortigen Bewegung folgendes: Der Streik begann sehr lebhaft und ergriff hauptsächlich diejenigen Arbeitermassen (Tagelöhner und Bergarbeiter), die im Oktober noch zu dem „Schwarzen Hundert“ zählten. Die Bauern, die in der Nähe der Bergwerke und der Metallfabriken wohnten, verhielten sich sehr sympathisch zum Streik. Aber der Unterschied zwischen der Bewegung im Dongebiet und zwischen der Bewegung in den anderen südlichen Rayons bestand nicht in dem Massencharakter des Aufstandes, der auch hier fehlte, sondern darin, daß es hier zahlreiche und besser bewaffnete Arbeitergarden gab, zu deren Bildung, Entstehung und Bewaffnung die vorhergehenden Judenpogrome Anlaß gegeben hatten. Während der Dezemberbewegung unternahmen diese Garden die Entwaffnung ganzer Eskelons aus der Mandschurei zurückkehrender Militärzüge.** Vermöge dessen und auch infolge häufig vorkommender Entwaffnungen von Polizisten und Gendarmen bildete sich im Dongebiet eine stärkere und besser bewaffnete Arbeitergarde als an anderen Orten Südrußlands, den Kaukasus natürlich ausgenommen. Und da in diesem Rayon zur selben Zeit noch sehr wenig Militär garnisonierte, so fiel der ziemlich umfangreiche Bezirk ganz in die Hände der Revolutionäre. Die Arbeitergardisten vermochten jedoch den Truppen keinen ernststen Widerstand zu leisten, und mit Hilfe des Simferopolschen Regiments wurde der Donrayon daher leicht zurückerobert. Nach ein paar ernststen Zusammenstößen mit den Arbeitergardisten (der bedeutendste der Zusammenstöße er-

* Monatsblätter „Mir Boschij“, Januar 1906, II, S. 38.

** Dergleichen passierte auch in Moskau und andernwärts.

eignete sich in Gorbomka, wohin über 1000 Gardisten sich von den benachbarten Ortschaften zusammengezogen hatten) unterwarfen sich die Stationen eine nach der anderen freiwillig ohne Widerstand.

Wir wollen jetzt zu dem bewaffneten Aufstand in Rostow a. D. übergehen, der so großes Aufsehen in Rußland erregt hatte.

In einer sehr interessanten Schilderung: „Die Dezembertage in Rostow a. D.“, beschrieb der Verfasser die weitumfassende Organisationstätigkeit, die in Rostow dem Dezemberstreik voranging: es wurde ein Arbeiterdeputiertenrat organisiert, der fast die gesamte Bevölkerung von Rostow und Nachitschewan vereinigte; Gewerkschaften begannen sich zu bilden und Wurzel zu fassen, selbst die sozialdemokratische Organisation reorganisierte sich auf breiter, demokratischer Grundlage. Ein allgemeiner politischer Massenstreik, der unter Umständen sich in einen bewaffneten Aufstand umwandeln könnte, zeigte sich den Rostower Genossen erst in mehr oder weniger weiter Ferne. Sie befanden sich nicht in so reger, enger Verbindung mit Petersburg, wie damals es mit Moskau der Fall war, und deshalb konnten sie nicht so wie Moskau von den Tendenzen des Petersburger Arbeiterdeputiertenrates beeinflusst werden. Der telegraphische Bericht vom 20. (7.) Dezember, daß der Moskauer und der Petersburger Arbeiterdeputiertenrat und die Vertreter von 29 Eisenbahnlinien den allgemeinen Streik proklamierten, überraschte deshalb die Rostower Genossen wie der Blitz aus heiterem Himmel. „Es ist bezeichnend genug, daß im ersten Augenblick der Verdacht auftauchte, ob es nicht vielleicht eine Provokation sei? So unglaublich und unerwartet kam ihnen die Proklamation des Streiks vor. Als man die Lösung eines allgemeinen politischen Massenstreiks aufstellte, wurde dieser als der letzte entscheidende Kampf aufgefaßt. Genau so verstanden es auch die Arbeitermassen. Daraus folgte der logische Schluß, daß,

um einen so wichtigen entscheidenden Schritt zu unternehmen, zuerst für die Verstärkung der lokalen proletarischen Organisationen gesorgt werden mußte, daß besonders aber und hauptsächlich die Verbindung zwischen den gesamten Organisationen des ganzen Landes herzustellen und zu stärken war. Einige Schritte in dieser Richtung zum Zwecke der Vereinigung aller Provinzorganisationen hat wohl der Petersburger Arbeiterdeputiertenrat getan; aber das waren nur erste Schritte. Der Post- und Telegraphenstreik, der die Residenzstädte gänzlich von der Peripherie abschnitt, verhinderte auch die begonnene Vereinigung, sich weiter zu entwickeln. Außerdem bewirkte dieser Umstand auch, daß man in der Provinz ein unrichtiges Bild von der allgemeinen Situation der Residenzstädte und vom Verlauf der letzten Streikversuche erhielt, und das verleitete die dortigen Genossen deshalb zu falschen Schritten.“*

Da der Streik proklamiert war, so fühlten das Exekutivkomitee der Deputiertenräte und der Parteivorstand der Organisation des Dongebietes sich verpflichtet, die Petersburger und Moskauer Genossen zu unterstützen. Dieser Antrag wurde in der Plenarsitzung des vereinigten Arbeiterdeputiertenrates vorgeschlagen, die am 21. (8.) Dezember einstimmig den Beschluß faßte, den allgemeinen politischen Massenstreik in Koston zu proklamieren. „Am 23. (10.) Dezember hörte tatsächlich jedes Zeichen eines öffentlichen Lebens in Koston auf. Alle Fabriken, Tramways, Eisenbahnen, Druckereien, Läden, Geschäfte, Banken, verschiedene Bureaus, Theater, Apotheken hatten ihre Tätigkeit eingestellt, mit einem Worte — alles stockte.“

Ebenso wie in Moskau war auch hier der Streik von riesigen Volksmeetings begleitet. Am Anfang des Streiks dachten die Arbeiter kaum daran, daß der Streik in einen bewaffneten Aufstand übergehen könne. Aber aller Wahr-

* L. c. Seite 66 bis 67.

scheinlichkeit nach dachte die Regierung an eine solche Entwicklung. Ganz unerwartet begann sie den Hauptort, wo die Meetings abgehalten wurden (die Speiseräume der Wladikawkasischen Eisenbahnwerke, die sich in Temernik, einem Vorort Rostows befanden), mit Kanonen zu beschießen, und im Zentrum der Stadt begannen besoffene Kosaken die friedliche, wehrlose Bevölkerung niederzumachen. Am nächsten Tage begaben sich 100 Kosaken und eine halbe Batterie nach dem Fabrikvorort Temernik, um ihn zu attackieren. Jetzt wurden die Arbeitergarden mobilisiert, denen aber nur 20 bis 25 Flinten zur Verfügung standen, die übrigen waren nur mit Revolvern bewaffnet, manche mit Schleuderbomben. Die Attacke der Kosaken wurde erfolgreich zurückgeworfen, was dem zu verdanken ist, daß Temernik auf einem Hügel liegt und daß eine auf die Kosaken geschleuderte Bombe eine Panik bei ihnen hervorrief. Die Kosaken zogen es dann vor, Temernik einige Tage lang aus der Ferne mit Kanonen zu beschießen. Der Verfasser der obigen Schilderung erklärt dies durch die Feigheit der Kosaken und durch „die phantastischen Gerüchte, die in der Stadt zirkulierten, daß Temernik ringsum mit Wolfsgruben usw. versehen sei“. Die Belagerung und Beschießung von Temernik dauerte acht Tage. Nachdem der ganze Vorrat an Patronen erschöpft war, verließen die Arbeitergarden Temernik, und der „Aufstand“ war somit beendet. An diesem „Aufstand“ beteiligten sich 300 bis 400 Arbeitergardisten, darunter waren zirka 25 mit Flinten bewaffnet. Die gesamte Masse der Rostower und Nachitschewaner Arbeiter stand völlig außerhalb des Kampfes, die Arbeiter der Wladikawkasischen Eisenbahnwerke, die in Temernik wohnten, beteiligten sich daran nur passiv. Der Kampf der Gardisten trug auch einen rein defensiven Charakter und in ihren Händen befand sich nur ein unbedeutender kleiner Teil der Stadt, der Vorort mit seinen 10000 Einwohnern, während Rostow die ganze Zeit hindurch in

den Händen der Regierung sich befand; die Gardisten waren selbstverständlich weit entfernt von dem Wahnsinn, mit ihren 25 Flinten in die Offensive gegen einen Haufen gutbewaffneter Kosaken zu treten.

Wenn irgendwo in Rußland der Boden für einen wirklichen Volksaufstand bereit war, so ist dieses im Kaukasus der Fall gewesen. In dessen Zentrum — in Tiflis — war eine Gärung in der Armee zu beobachten. Die Sappeure (über 2000 Mann) waren revolutionär gesinnt. Die revolutionären Organisationen verfügten über 6500 Mann gut bewaffneter Kampfgardisten, und auch die Bevölkerung ringsum in den Dörfern war meistens bewaffnet und alle vom revolutionären Geist und von kampflustigen Traditionen durchdrungen. Dieser für einen Volksaufstand zweifellos günstige Boden zwang den Statthalter Kaukasiens, Fürst Woronzow-Daschkow, zu außerordentlicher Vorsicht. Aber ebenso vorsichtig waren auch die sozialdemokratischen Organisationen. Sie übereilten sich nicht, den Aufstand heraufzubeschwören, sie fürchteten sogar dessen Ausbruch, da sie sich bewußt waren, daß das Schicksal des Aufstandes in nur geringem Maße vom Kaukasus abhängig sein würde, daß dies nur in Zentralrußland entschieden werden könne. Die Meldungen aus Rußland aber waren unsicher und unbestimmt und gaben keinen Grund zum entschiedenen Auftreten.

Allerdings trug der Streik, der in Tiflis und in anderen Städten Kaukasiens am 25. (12.) Dezember begann, einen allgemeinen Charakter. Die Transkaukasische Eisenbahnstrecke (Baku-Tiflis-Batum) nebst allen zu ihr gehörenden Eisenbahnstationen ging in die Hände der sozialdemokratischen Organisation über. Die Eisenbahn wurde tatsächlich von dem sozialdemokratischen Streikkomitee, das in Tiflis seinen Sitz hatte, verwaltet. Die Regierung mußte sich damit zufrieden geben. So ging es einige Tage hindurch. Die Regierung begann dann entschiedenere Maßregeln zu er-

greifen. Sie verhängte den Kriegszustand und bemächtigte sich der Eisenbahnstrecke Baku-Tiflis. Bei dieser Wiederoberung der Eisenbahn wurde ihr kein Widerstand geleistet, nur einige Lokomotiven wurden unbrauchbar gemacht. Die andere Hälfte der Eisenbahnstrecke Tiflis-Batum blieb vorläufig noch in den Händen des sozialdemokratischen Streikkomitees, das als eine offizielle Institution zu existieren fortfuhr. Als die Tifliser Stadtduma sich an den General Malma, der die Eisenbahnstrecke Baku-Tiflis mit seinen Truppen besetzt hatte, mit dem Auftrag wandte, aus Poty her einen Posten Mehl für die Stadt zu transportieren, antwortete dieser, daß die Eisenbahnstrecke Tiflis-Batum, zu der Poty gehört, nicht seiner Verwaltung, sondern der des Streikkomitees obliegt und wies deshalb die Stadtduma an, sich an die „betreffende Instanz“, an das sozialdemokratische Streikkomitee zu wenden.

Nach einiger Zeit wurde auch die Eisenbahnstrecke Tiflis-Batum wieder erobert, aber nicht mehr von dem harmlosen Malma, sondern von dem grausamen General Alichanow, der eine Strafexpedition vorgenommen hatte. Die Stationen unterwarfen sich, ebenso wie auf der Strecke Baku-Tiflis, ohne irgendwelchen Widerstand. Aber General Alichanow brachte überall, wohin er kam, Tod und Vernichtung: er kassilierte die Eisenbahnarbeiter und Beamte und äscherte die umliegenden Dörfer ein.

Dann erst begann das barbarische Zerstörungswerk in Tiflis selbst und zwar zunächst im Arbeiterviertel (Nachalowska) mit allgemeinen Hausdurchsuchungen unter den Arbeitern, um sie zu entwaffnen. Bei diesen Hausdurchsuchungen wurden 10 Mann getötet. Das Streikkomitee verfügte darauf terroristische Aktionen, worauf die Soldaten ihrerseits mit Zerstörung der Stadt und Niederschießung der friedlichen, wehrlosen Bevölkerung antworteten. Ebenso barbarisch behandelte die Regierung die Einwohner anderer Ortschaften.

Infolge der Unentschlossenheit des Statthalters Woronzow-Daschkow, der am Anfang entschiedene Schritte vorzunehmen fürchtete, befand sich auch die Wladikawkasische Eisenbahnstrecke Baku-Rostow in den Händen der Revolutionäre. Nach der Niederwerfung der Streikenden in Rostow wurde diese Eisenbahnlinie von Truppen besetzt, ohne auf irgendwelchen Widerstand zu stoßen. In den Händen der Revolutionäre befanden sich auch sämtliche Städte (Noworossisk, Pjatigorsk und die Uferstädte des Schwarzen Meeres), sie wurden während einigen Wochen von ihnen verwaltet. Als aber das Militär erschien, unterwarfen sich die Städte ohne Widerstand. Doch hinderte das natürlich die Truppen nicht, die friedliche Bevölkerung wie die Revolutionäre schonungslos und grausam zu behandeln.

Ebenso wie im Kaukasus konnte auch im eigentlichen Sinne des Wortes in den baltischen Provinzen von einem bewaffneten Volksaufstand keine Rede sein, obgleich es verschiedene Legenden darüber gibt, die mit Hilfe der Regierung und der Ostseeburone in den Zeitungen eifrig verbreitet werden.

Die Bewegung der Landarbeiter im September und Oktober beantworteten die baltischen Burone mit dem grausamsten Terror, indem sie ihre Schlösser mit Kosaken und Dragonern besetzten, die von hier aus ihre räuberischen Überfälle auf die umliegenden Bauerndörfer machten. Diese Raubzüge vereinigten die Bauern mit den Landarbeitern gegen die Burone.

„Auf Ermordung der Bauern antworteten diese mit Ermordung der Burone, auf Exekutionen — mit Brandstiftungen.“

Die starke Bewegung, von der die baltischen Provinzen ergriffen wurden, führte dazu, daß die Burone in Massen ihre Schlösser verließen und flüchteten. „Die Gemeinden hörten auf, ihre Steuern, die Pachtgelder und dergleichen zu zahlen.“*

* L. c., Seite 94.

Nach dem 30. (17.) Oktober fanden zwei Konferenzen statt: die der lettischen Lehrer und die der Bauern. Auf der Lehrerkonferenz wurde ein neues Schulprogramm ausgearbeitet, dessen sofortige Einführung einstimmig beschlossen wurde. Die lettische Bauernkonferenz (aus über 1000 Delegierten bestehend) faßte den Beschluß, bis zur bevorstehenden Reorganisation der gesamten politischen Ordnung, die in ganz Rußland vollzogen werden sollte, eine neue provisorische Verwaltungskommission an Stelle der vorherigen Gemeindebehörden zu wählen; „behuß Befriedigung der unentbehrlichen Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung“.* Keine Expropriationen, keine Konfiskationen wurden also in bezug auf die Barone seitens der revolutionären Selbstverwaltung vorgenommen. Nur infolge einiger Drohungen seitens der Barone, ihre Wirtschaftsbetriebe in Stich zu lassen und somit die Landarbeiter arbeitslos zu machen, beschloß die Bauernkonferenz, daß solche im Stich gelassene Gutswirtschaften bis zur Rückkehr ihrer Gutsherren in die Verwaltung der betreffenden Ortsgemeinden übergehen sollten, „die in solchen Fällen alle wirtschaftlichen Unkosten auslegen, aber dafür auch das Einkommen für sich behalten wollen.“**

Den Baronen wurde die Forderung gestellt auf sämtliche Privilegien zu verzichten, die sämtlichen Steuerlasten und andere Bürgerpflichten zugleich mit allen Bürgern zu tragen, den Polizeidienst aufzugeben und dergleichen. Der Bauernkongreß beschloß, „bis zur Erfüllung dieser Forderungen sämtliche Abgaben, Zehnen und Zahlungen, die die Bauern den Gutseigern schuldig waren, der Ortsgemeindeverwaltung zur Verfügung zu stellen“.***

Mitte September, nachdem der Kriegszustand über die Ostseeprovinzen verhängt war, wurden die dort garnisonierenden kleinen Truppenabteilungen (Kosaken und Dragoner) durch den einmütigen Druck der ganzen Volksbewegung

* Ibid. S. 94. ** Ibid. S. 95. *** Ibid. S. 95.

gezwungen, das Land zu verlassen. Im November kommandierte die Regierung ganze Armeekorps dorthin, die das Land überschwemmten. Nun erschienen plötzlich in den Zeitungen Meldungen der russischen Generale über blutige Zusammenstöße der Soldaten mit den Revolutionären, wobei merkwürdigerweise die Getöteten immer nur auf Seiten der letzteren waren.

„Zum höchsten Erstaunen der Generale wurden sie, statt von furchtbaren Revolutionären, überall von einer friedlichen Bauernbevölkerung empfangen, die ihnen keinen Widerstand leistete, selbst dann nicht, wenn jene ihre Häuser eingäschert hatten. Es gab also niemanden, den die Soldaten niederschießen konnten; sie mußten sich auf Verhaftungen beschränken.“ Aber das befriedigte die Barone nicht, sie forderten die Niederschießung der Revolutionäre, als eine zur vollen Herstellung der „Ruhe und Ordnung“ unbedingt notwendige Maßregel. Und siehe da, auf einmal tauchten wer weiß woher „Proskriptionslisten der Revolutionäre“ auf und in den deutschen Zeitungen wurden täglich Berichte über deren Erschießung veröffentlicht. Die Opfer waren die Mitglieder der provisorischen Verwaltungskommissionen und die Volksschullehrer, hauptsächlich diejenigen, welche in ihren Schulen das neue Programm eingeführt hatten. Es ist „nur ein einziger Fall bekannt, wo wirklich aktiv tätige Revolutionäre festgenommen und dann erschossen wurden — das war in Windawa.“* Neben solchen Exekutionen galt als ein ebenso bewährtes Strafmittel die Einäschering der Bauernhäuser.

Das Ergebnis dieses Feldzugs war, daß es im Januar „keine einzige Dorfgemeinde in den baltischen Provinzen gab, wo nicht Trümmer eingäschelter Bauernhäuser zu sehen, keinen Friedhof, wo nicht frische Grabbügel vorhanden waren, worunter die — Erschossenen begraben lagen“.**

* Ibid. S. 155. ** Ibid. S. 157.

— Mit viel mehr Berechtigung kann man von einem bewaffneten Aufstand in einem anderen Grenzgebiet Rußlands sprechen, nämlich von dem in Sibirien, aber nur deshalb, weil dort die Armee am Aufstand beteiligt war.

Die sibirischen Aufstände waren dann der Zustände möglich geworden, in welche die Armee nach dem Kriege geriet. Die drei großen Mandschureiheere, die südwärts von Charbin und in Charbin selbst konzentriert waren, stellten in militärischer Beziehung ein Kriegslager in vollständiger Korruption dar. Die Kommandeure wie alle Vorgesetzten in der Armee verloren jede Autorität über die Soldaten: diese verweigerten ihnen den Gehorsam, weigerten sich zu salutieren und beschimpften sie öffentlich mit den größten Schimpfwörtern.

Eine ganze Reihe von Kriegsniederlagen, zuletzt die bei Mutden, führten zu einer völligen Desorganisation der Armee. In der Masse der Soldaten begann eine kritische Stellungnahme gegen die Mandschureiabenteuer sich zu zeigen; die Soldaten empfanden den Unsinn und die Nutzlosigkeit des Krieges.*

Bei solchen Zuständen in der Armee konnte die Eisenbahner- und Arbeiterbewegung, die Sibirien an der ganzen Eisenbahnlinie entlang durchflutete, unmöglich ohne den stärksten revolutionisierenden Einfluß auf die Armee bleiben.

„Die Gärung in der Armee nahm ungeheure Dimensionen an, und bald hier, bald dort begannen sich Soldatenorganisationen zu bilden, meistens mehr oder minder selbständig, hauptsächlich aber beeinflusst durch die revolutionäre Propaganda.“

Die Bewegung in der Armee verbreitete sich von den Vorposten der Mandschureiarmee an bis in die hintersten Reihen der Arrieregarde hinein. Sie zog auch die sibirischen Reservebataillone, die in den Städten Südsibiriens

* Revolution und Konterrevolution in Sibirien, S. 197.

garnisoniert waren, heran. In Tschita und Irkutsk, die als Stützpunkte der Kriegsoperationen dienten, war die Bewegung unter der Armee am intensivsten, am bewußtesten.*

Besonders stark war die Bewegung in Tschita. Unter dem Einfluß der revolutionären Propaganda bildete sich in Tschita ein „Rat der Soldaten- und Kosaken-Deputierten der Garnison“. Die Bewegung der Soldaten übertrug sich auch auf die Offiziere, die sich ebenfalls in einen „Verband Militärangestellter der Tschitaer Garnison“ organisierten. Diese beiden Organisationen wirkten solidarisch und unterhielten ununterbrochen Verbindungen miteinander.

Die Stadt fiel ganz in die Hände der revolutionär gesinnten Arbeiter und Soldaten. Dasselbe passierte einer ganzen Reihe von Städten Transbaikaliens. Die weiter sich entwickelnde Bewegung führte dazu, daß „die ganze Staatsgewalt — die administrative und teilweise auch die militärische — in Transbaikal tatsächlich in die Hände des Volkes überging. Vom 15. (2.) Dezember ab begann die allgemeine Tätigkeit der Volksmiliz und der Polizei, wobei letztere eine untergeordnete Rolle spielte. Die Eisenbahnerstreikkomitees verwalteten die Eisenbahnen, und gemeinsam mit den Delegierten der militärischen Organisationen besorgten sie die Evakuierung der Armee. Die Militärbehörden traten in offizielle Verbindung mit ihnen, stellten ihnen ihre Vollmacht, ihre Rechte und Pflichten zur Verfügung und traten selbst in den Hintergrund.“**

In die Hände der organisierten Soldaten und Arbeiter gingen selbst bedeutende Städte Ostsibiriens, wie Irkutsk und Krasnojarsk über.

Aber diese von heute auf morgen revolutionierten Soldaten waren äußerst unzuverlässig.

Diese Unzuverlässigkeit fühlten die Revolutionäre bald heraus, und dadurch erklärt sich bis zu einem gewissen Grade

* Ibid. S. 202. ** Ibid. S. 222.

jene Unschlüssigkeit, die in allen ihren Handlungen zu merken war. „Das eben ist die Ursache, weshalb wir hier eine Art Halberoberung ganzer Städte vor Augen haben und keinen einzigen ernststen Versuch verzeichnen können, den Aufstand über die Grenzen Sibiriens hinaus zu verbreiten.“ (Ibid.)

Zutreffend ist folgende Charakteristik der Soldaten: „Wenn wir von einzelnen Personen absehen, so waren unter der gesamten Masse keine solchen Elemente, die fähig und gewillt gewesen wären, die Fahne des aktiven Aufstandes zu entrollen. Das Höchste, wozu die Soldaten fähig waren, war eine bewaffnete Defensive — in keinem Falle und unter keinen Umständen aber eine bewaffnete Offensive. Die überwiegende Mehrheit bestand aus einer Masse, die unabhängig von ihren Sympathien und Antipathien sich sofort derjenigen der beiden kämpfenden Parteien angeschlossen hätte, die die stärkere Macht zu zeigen vermochte. Trotz aller Bemühungen gelang es den revolutionären Agitatoren nicht, den Soldatenköpfen den scheinbar einfachen Gedanken einzupauken, daß das Übel des soldatischen Lebens im engsten Zusammenhang mit dem Grundübel des ganzen russischen Lebens stehe und von den politischen Mißständen abhängig sei.“*

Unter solchen Umständen war die Unterdrückung der sibirischen Aufstände eine ziemlich leichte Sache.

Als in Irkutsk der entscheidende Moment eintrat, hatten die von der revolutionären Propaganda beeinflussten Soldaten wohl „verweigert, auf die Volksmenge zu schießen, sich jedoch nicht dem Volke angeschlossen. In Irkutsk trafen die Abteilungen der Division des Generals Lewestrom ein, die Zenissejfer und Krasnojarsker Regimenter, die zuerst von den Waffen Gebrauch machten. . . . Maschinengewehre wurden angewandt, und der Widerstand der bewaffneten Arbeitergarden und eines Teils der revolutionären Soldaten wurde besiegt.“**

* Ibid. S. 126 bis 127. ** Ibid. S. 228.

Ein ähnlicher Vorfall fand in Krasnojarsk statt. Als die Truppen desselben Generals Lewestrom behufs Herstellung der Ordnung dort eintrafen, „kam es unter den Truppen der Garnison zu einer Spaltung: die eine Hälfte fiel von den Rebellen ab, ohne sich jedoch den Regierungstruppen anzuschließen. Zwei Kompagnien des Eisenbahnbataillons und zirka 1000 Arbeitergardisten verbarricadierten sich in den Eisenbahnwerkstätten für Lokomotivenbau.“* Am Ende mußten sie sich ergeben. Dasselbe wiederholte sich in Tschita und in den anderen Städten Transbaikaliens.

Die sibirische Bewegung ist außerordentlich charakteristisch und eigenartig. Die Vorbedingungen für einen bewaffneten Aufstand waren neben dem Kaukasus in Sibirien bei weitem günstiger als irgendwo anders. In einer ganzen Reihe von Städten gingen die Truppen auf Seite des rebellierenden Volkes über. Aber gerade die sibirische Bewegung bewies, daß selbst der Übergang eines bedeutenden Theiles der Truppen auf die Seite des Volkes noch keine Garantie eines erfolgreichen Ausganges des Aufstandes gewährt; daß selbst für diejenigen Truppen, die am eigenen Leibe alle Schrecken des Mandschurenkrieges erfahren hatten, daß selbst für diese eine mehr oder minder kurze Zeitdauer revolutionärer Einwirkung noch bei weitem nicht genügend ist, um der Revolution als sichere Stütze zu dienen. Bei dem ersten besten Erscheinen ernster Regierungsmachtmittel verrieten sie von gestern auf heute die Sache der Revolution, und wenn sie auch nicht zu den Regierungstruppen übergingen, so verweigerten sie doch jeden aktiven Widerstand gegen diese und unterwarfen sich leicht.

*

*

*

Wir wollen jetzt zum Hauptpunkt der ganzen Dezemberbewegung — zum Aufstand in Moskau — übergehen.

* Ibid. S. 229.

Wir können wohl angesichts des oben geschilderten allgemeinen Bildes der Bewegung im ganzen Reiche behaupten, daß ein erfolgreicher Ausgang des Aufstandes auch dann aussichtslos gewesen wäre, wenn die vier Infanterieregimenter, die in Moskau unmittelbar vor dem Dezemberstreik rebellierten, auf die Seite des Volkes übergegangen wären. Im Reiche waren, wie wir gesehen haben, ernste Versuche zum Aufstand nur sporadisch festzustellen, in Petersburg selbst war die Bewegung äußerst schwach, die Eisenbahnen rings um Petersburg funktionierten. Es bestand also die Möglichkeit, zu jeder Zeit einen Teil der in Petersburg konzentrierten Truppen nach Moskau zu senden. Zur sofortigen Unterdrückung des Aufstandes konnte auch die Armee, die soeben in den baltischen Provinzen die Ruhe hergestellt hatte, kommandiert werden, da es dort, wie wir oben bereits sahen, keinen eigentlichen Aufstand mehr gab. Unsere rohe, unkultivierte Armee, die neben einzelnen revolutionären Ausbrüchen gleichzeitig auch Beispiele unerhörter grauenhafter Bestialität während der Judenpogrome und der Strafexpeditionen gegeben hat, war in ihrer Gesamtheit unfähig, der Regierung untreu zu werden. Und wäre auch ganz Moskau in die Hände der rebellierenden Soldaten und Arbeiter gefallen, so wäre es nach einer kurzen Zeit zurück erobert worden und die rebellierenden Soldaten hätten, wie es in Sibirien der Fall gewesen war, die Sache der Revolution verraten und sich von jedem Angriff auf die Regierungstruppen ferngehalten.

Aber selbst ein kurzer Erfolg des bewaffneten Aufstandes in Moskau war unmöglich, da die Truppen nicht einmal auf die Seite des Volkes übergegangen waren. Das mußten auch die führenden Kreise der Partei. Die Berichte des Arbeiterdeputiertenrates behaupteten, daß die maßgebende Rolle beim Aufstand der Armee zufallen werde. Mehrere Male begaben sich Volksmengen nach den Kasernen, um den Anschluß der Soldaten zu bewirken, aber diese Ver-

suche blieben immer erfolglos.* Man konnte kaum hoffen, daß die Entwicklung der Bewegung, indem sie die Volksmassen in Berührung mit den Soldaten brachte, diese schwankend machen und für den Aufstand gewinnen würde. Der weitere Verlauf in Moskau war denn auch derart, daß er die Kluft zwischen Bevölkerung und Armee nur vertiefte und erweiterte.

Der Dezemberstreik begann in Moskau einmütig. Am zweiten Tage des Streiks, am 21. (8.) Dezember, „stochten fast alle industriellen und kommerziellen Unternehmungen“.** Am 22. (9.) Dezember „stellten sämtliche Fabriken den Betrieb ein, auch die Kleinbetriebe, Industrielle wie Handwerker stellten die Arbeit ein“. Überall fanden Riesenmeetings statt. Die aggressive Einmischung der Regierung äußerte sich zuerst gegen das am 21. (8.) Dezember abends im Aquarium stattfindende Meeting, am 22. (9.) Dezember gegen das Privatgymnasium Fiedler, worin ein Meeting abgehalten wurde, wobei den Soldaten der Befehl gegeben wurde, das Haus mit Kanonen zu beschießen und die angeblich dort befindlichen Gardisten in Haft zu nehmen.

Am 22. (9.) Dezember begann der erste Barrikadenbau. Den Anlaß dazu gab die Füsilierung einer Volksmenge auf dem Straßnoyplatz durch Dragoner.

Am 23. (10.) Dezember morgens fanden einige Zusammenstöße zwischen den Dragonern und den Arbeitergarden statt, worauf eine am Vorabend demolierte Barrikade an der Ecke der Twerstkaja- und Sadowajastraße wiederhergestellt wurde. Volksmassen häuften sich überall auf den Straßen an.

An demselben Tage ergriff Dubassow zur „Beruhigung Moskaus“ eine brutale Maßregel. Er ließ auf dem Straßnoyplatz vier Kanonen aufstellen und nach allen Richtungen auf die friedlichen und unbeteiligten Volksmassen feuern;

* Moskau im Dezember 1905, S. 154 bis 155.

** Ibid. S. 33 und S. 40.

viele wurden getötet und verwundet. „Bald darauf und offenbar unter dem Einfluß der ersten Kanonenschüsse begann ein fieberhafter Barrikadenbau in allen Stadtteilen.“*

Die Lage Moskaus am 24. (11.) Dezember wird wie folgt geschildert: „Eine Kette von Barrikaden wurde gebaut, die die Rayons Bronnaja, Grusiny, Dolgorukow, Stretenka, Pokrowka, Zwetnojboulevard und den Zekaterinenpark umfaßte.“ Das Zentrum der Stadt blieb von Barrikaden frei, die hier früher erbauten wurden demoliert. Die Soldaten wüteten. „Vom frühen Morgen des 24. (11.) Dezember an hörte man in allen Stadtteilen das Knattern der Flinten und das Brüllen der Kanonen.“ Wiederum wurde nach rechts und links auf die friedlichen Bürger geschossen, indem man die gesamte Bevölkerung Moskaus als Feinde betrachtete. Am 24. (11.) begann der Grundcharakter der Bewegung bestimmt hervorzutreten. Wenn auch die Bevölkerung am Barrikadenbau teilnahm, sie zu verteidigen und die Truppen zu beschießen, vermochte sie nicht, daran nahmen nur einige hundert bewaffneter Arbeitergardisten teil. Am aktiven Kampf beteiligten sich die Massen nicht. Anfänglich zeigten sie eine gewisse Aktivität. Sie nahmen lebhaft an Meetings teil, inszenierten Manifestationen und begaben sich nach den Kasernen, um mit den Soldaten zu fraternisieren. Jetzt aber nach dem Eintreten des „aktiven Kampfes“ blieb den unbewaffneten Massen nichts zu tun übrig. Und das Exekutivkomitee der sozialdemokratischen Partei empfahl ihnen ausdrücklich, zu Hause zu bleiben, keine Meetings oder Demonstrationen zu veranstalten, um Massenmorde zu verhüten.**

Die leitenden Elemente in der Partei sahen wohl ein, daß ein erfolgreicher Ausgang des Aufstandes nur durch den Übergang des Militärs auf die Seite des Volkes gesichert werden konnte. Das Militär aber, und selbst diejenigen

* Ibid. S. 16. ** Ibid. S. 143.

Regimenter, die unlängst rebelliert hatten, zeigten von vornherein keine Neigung, auf die Seite des Volkes zu treten. Schon am 23. (10.) Dezember empfangen die vorher in Rebellion befindlich gewesenen Soldaten des Kostowschen Regiments die Volksmassen am Tore ihrer Kaserne mit einer Flintensalve.* Indessen gab es am Anfang auch einzelne Fälle, wo die Truppen sich weigerten, auf das Volk zu schießen.**

Im Laufe der weiteren Entwicklung der Bewegung schlug die Stimmung unter den Soldaten in eine Erbitterung gegen die Aufständischen um. Stark wirkte unter ihnen die Agitation des „Schwarzen Hundert“, die in den Kasernen ununterbrochen betrieben wurde und einen fruchtbaren Boden in den unwissenden Massen der Soldaten fand. Die unglaublichsten Angaben über die Ziele und Aufgaben der Bewegung wurden unter ihnen verbreitet und fanden bei ihnen guten Glauben. Die Bevölkerung erschien den Soldaten aus lauter bewaffneten Gardisten zusammengesetzt. Die Agitation des „Schwarzen Hundert“ und der Widerstand der Gardisten versetzte sie in Wut und hegte sie zu bestialischer Roheit auf. Da sie infolge ihrer Unwissenheit und der Isolierung von der Bevölkerung in jedem Bürger einen verborgenen Revolutionär mittelten, waren sie bereit, jeden Zivilisten als einen Feind zu behandeln. Dadurch erklärt sich bis zu einem gewissen Grade die bestialische Behandlung der Bevölkerung.*** „Ein Offizier des Kostowschen Regiments erzählt, wie schwer es war, die Soldaten vom Schießen auf wehrlose Volksmengen zurückzuhalten. Sie flehten: Eure Gnaden, erlauben Sie uns, auf die da drüben zu schießen!“† Nur infolge der Anwesenheit von Kindern und Frauen, unter den Passanten gelang es dem Offizier, die Soldaten davon zurückzuhalten.

* Ibid. S. 199. ** Ibid. S. 43, 66 und 205. *** Ibid. S. 202.

† Ibid. S. 202.

Zu Anfang des Aufstandes verfügte der General Dubassow nur über wenige Truppen, da mehrere Regimenter als unzuverlässig infolge der eben stattgefundenen Soldatenrevolten galten. Es standen in den ersten Tagen des Kampfes nur 1600 bis 1800 Soldaten aller Waffengattungen zur Verfügung.* Er lokalisierte daher die Barrikaden, räumte das Zentrum der Stadt und drängte die Barrikaden nach der Peripherie.

Das war alles, was sich in den ersten Tagen machen ließ. Die Barrikaden zu vernichten, war mit den wenigen Truppen nicht möglich, da es sich nicht allein um ihre Beseitigung handelte, sondern auch um die Besetzung der entsprechenden Stadtteile. Indem er aber die Barrikaden lokalisierte, machte er den weiteren Kampf für die Revolutionäre aussichtslos. Die Gardisten konnten sich wohl hinter den isolierten Barrikaden aufhalten und von dort aus die Truppen beschießen; doch konnte das keineswegs zu einem Siege führen, sondern vielmehr zur sicheren Niederlage des Aufstandes.

Am 28. (15.) Dezember vollzog sich eine bedeutungsvolle Änderung in dem Machtverhältnis beider Gegner. Die Gardisten wurden schwächer und erschöpfter, ihre Reihen lichteteten sich immer mehr. Dagegen nahm die Zahl der Truppen fortwährend zu, einerseits durch Zuzug von auswärts, andererseits dadurch, daß größere Teile der Moskauer Garnison, die vorher als unzuverlässig galten, zu den Operationen zur Unterdrückung des Aufstandes herangezogen wurden. Die Bevölkerung ermüdete, die Stimmung der Arbeitermassen war stark im Sinken begriffen, die Aussichten auf einen Sieg verschwanden.**

Zwei gleichzeitig entstandene und ebenso gleichzeitig wirkende Faktoren, ein negativer und ein positiver, kamen einander ergänzend entgegen und sicherten dem Dubassow den

* Ibid. S. 196. ** Ibid. S. 97.

Sieg. Einerseits vermehrten sich jetzt die Truppen und die Möglichkeit, nicht nur die Barrikaden hinwegzufegen, sondern auch die entsprechenden Stadtteile mit Patrouillen zu besetzen, war vorhanden. Andererseits waren Bevölkerung und Gardisten durch die Barrikadenkämpfe erschöpft, und was das Schlimmste war, von ihrer völligen Zwecklosigkeit überzeugt. Schon am Vorabend des 27. (14.) Dezember konstatierte die „Ortsgruppe“ (das Zentralkomitee der „Minderheitsfraktion“ der sozialdemokratischen Partei) eine Schwächung und Abnahme der Kampfstimmung, und angesichts dessen, daß ohne den Übergang der Armee zum Volke ein Sieg des Aufstandes ausgeschlossen sei, beschloß die „Ortsgruppe“, den Streik zu beenden.*

Die Vertreter der „Minderheitsfraktion“ ließen jedoch diesen Beschluß in der Sitzung des Arbeiterdeputiertenrates am 28. (15.) Dezember nicht zum Ausdruck kommen, sie ließen sich von der kampfesfreudigen Stimmung des Rates hinreißen. Aber trotz dieser Stimmung des Rates konstatierte ein Referent in derselben Sitzung, daß die revolutionäre Stimmung der Arbeitermassen im Sinken begriffen, daß in mehreren Fabriken die Arbeit wieder aufgenommen sei. In den Berichten der Organisatoren der sozialdemokratischen Partei wurde ebenfalls die Abnahme der Begeisterung konstatiert und in manchen Stadtteilen (wie zum Beispiel im Samoskworekhyraron) eine massenhafte Flucht der Arbeiter zurück in ihre Heimatdörfer festgestellt. Bei dem besonderen Charakter des Kampfes, der schon am 24. (11.) Dezember zum Ausdruck kam, konnte sich kein anderer Ausgang ergeben. Die Massen, denen nichts übrig blieb, als passiv zu beobachten, wie die Gardisten ihren zwecklosen Kampf gegen die Truppen führten, konnten unmöglich von Begeisterung erfaßt werden; selbst der Enthusiasmus, der sie zu Beginn erfüllt hatte, mußte ihnen verloren gehen.

* Ibid. S. 143.

Die Bewegung näherte sich ihrem unvermeidlichen Ende. Die Bevölkerung selbst begann die Barrikaden hinwegzuräumen und am 28. (15.) Dezember beschloffen das Exekutivkomitee und das Moskauer Komitee, den Streik vom 1. Januar (19. Dezember) ab als beendet zu erklären. Dieser Beschluß wurde erst gefaßt, als eine ganze Reihe von Fabriken die Arbeit wieder aufgenommen hatten.

Eine sehr ausgedehnte Bewegung neben der Moskauer entstand in den Dezembertagen auch in den Moskau benachbarten Industriegebieten. Der Streik umfaßte eine ganze Reihe von Fabrikzentren, in vielen Ortschaften bildete sich ein Arbeiterdeputiertenrat, Kampfgarben entstanden, und diese setzten sich in Verbindung mit den Soldaten. Die Eisenbahnstationen in diesen Fabrikortschaften befanden sich in den Händen der Kampfgarben, die die Pflicht übernommen hatten, die Eisenbahnstrecken und Stationen vor eventuellem Raub und vor Schädigung zu beschützen. Der Eisenbahnverkehr, selbst der zum Zwecke von Militärtransporten, lag ganz in den Händen des Eisenbahnerverbandes.

Die Regierung beantwortete die Dezemberbewegung in Moskau und Umgebung, ebenso wie die der anderen Städte mit grauenhaften, unmenschlichen Exekutionen. Das Semenovsche Regiment, das aus Petersburg nach Moskau kommandiert wurde, übernahm den speziellen Auftrag, die Bevölkerung zu bestrafen. Es bombardierte den Stadtteil „Pressnja“, wo die Aufstandsbewegung am stärksten war und wo sie am längsten anhielt. Nachdem die Soldaten die „Pressnja“ überwältigt, viele Häuser und Fabriken durch Kanonenfeuer gänzlich demoliert und viele unbeteiligte und schuldlose Personen niedergeschossen hatten, begaben sie sich nach den benachbarten Eisenbahnstationen, um dort ebenfalls Strafexekutionen in ähnlicher Weise vorzunehmen.

Wir haben hier alle bedeutenden Tatsachen der Dezemberbewegung betrachtet, und wollen wir sie zusammenfassen, so müssen wir darauf hinweisen, daß wenn in einer Reihe

von Städten, wie zum Beispiel Moskau, Odessa, Rostow im Dongebiet und anderen Orten, die Bewegung im Dezember viel intensiver war als im Oktober, so war dafür die Bewegung im Dezember in einer ganzen Reihe von Städten viel schwächer als im Oktober, nämlich in Petersburg, Charkow, Jekaterinoslaw und in ganz Polen. Der Eisenbahnerstreik wurde dort schwächer und nicht so einmütig durchgeführt, obgleich er aussichtsvoll und einmütig begann. Die intelligenten Berufe beteiligten sich jetzt viel weniger an der Bewegung als vorher, und die Großbourgeoisie verhielt sich zu ihr direkt feindselig. Im allgemeinen war der Dezemberstreik, trotz des Barrikadenbaus, der Zusammenstöße mit den Soldaten und der Okkupation vieler Städte und Stationen, viel schwächer als der Oktoberstreik. Es gelang ihm nicht, in einen bewaffneten Aufstand überzugehen, obwohl das eigentlich sein Endziel und Zweck war. Dafür gab es aber an Greuel und Schrecken genug: Blut floß in Strömen, die mehrlose Bevölkerung wurde massenhaft niedergeschossen, ihr Hab und Gut geplündert, ihre Häuser angezündet und von Kanonenschüssen demoliert. Das alles mußte notwendigerweise im Gemüte der Bevölkerung die tiefsten Spuren zurücklassen und eine im höchsten Grade psychologisch ungünstige Grundlage schaffen für jeden künftigen Aufruf zur Erhebung.

Besonders aber war es dabei die von der Regierung unternommene bestialische Exekution gegen die Eisenbahnbeamten und Arbeiter, die blindlings durch die der Eisenbahnlinie entlang ziehenden Strafexpeditionen massenhaft erschossen wurden. Das gerade war es, was für die Zukunft jeden Eisenbahnerstreik ohne gleichzeitigen Aufstand, auf den er sich stützen könnte, unmöglich macht.

So kam es schließlich dazu, daß die Dezemberbewegung der Revolution die Möglichkeit beraubte, von ihrem bisher bewährten Kampfmittel, dem politischen Massenstreik, Gebrauch zu machen. Sie geriet in einen *circulus vitiosus*.

Für die besonderen russischen Verhältnisse ist daraus die Lehre zu ziehen, daß ein Aufstand am besten entstehen und gedeihen kann, wenn er gleichzeitig von einem Massenstreik begleitet und unterstützt wird, und andererseits bedarf ein Massenstreik, um gedeihen und sich fortentwickeln zu können, das gleichzeitige Bestehen und Gedeihen des Aufstandes.

Die Revolution wird schließlich auch diesen gordischen Knoten durchhauen, aber im Verlauf der künftigen Entwicklung der Revolution werden die Lehren der Dezemberniederlage ihren Eindruck auf das Volk nicht verfehlen.

VII.

Nach der Niederlage.

Nach der Niederlage des Dezemberaufstandes folgte das Jahr 1906, das schreckliche Jahr der Strafexpeditionen, der Kriegs- und Feldgerichte, der endlosen Hinrichtungen, der zügellosesten Willkür. In diese schwere, trübe Atmosphäre der Gewalt und Willkür drängte ein Lichtstrahl hinein: eine Volksvertretung stieg der Bureaukratie gegenüber auf und schien das Volk rings um sich zusammenzuschließen, um einen entschiedenen Ansturm auf die Macht der alten Gesellschaft zu unternehmen.

Aber diese Volksvertretung verschwand, ehe sie Zeit genug gehabt hatte, die Bevölkerung zusammenzuschweißen: Die Duma wurde auseinandergejagt, nachdem sie nur 72 Tage existiert hatte, und in Rußland setzte wiederum eine Grabesstille ein, die von Zeit zu Zeit nur durch die Salven der Massenhinrichtungen und durch vereinzelte Aktionen der Terroristen gestört wurde. Mitten in dieser Grabesstille vollzog sich eine ununterbrochene, wenn auch wenig bemerkbare Bewegung unter dem Proletariat, die Gewerkschaften wuchsen an, die durch die Revolution des Jahres 1905 errungenen Freiheiten ausnützend, die Massen des Proletariats schließen sich in diesen Organisationen zusammen, soweit es die Willkür der Polizei nur zuläßt, und die klassenbewußten Elemente des Proletariats finden hier einen Boden, wo sie ihre Kräfte und Energie ausbilden können. Wird einmal der heutige Stillstand der Revolution in einen Revolutionsaufschwung umschlagen, so wird die stetige Arbeit dieses Zusammenschlusses des Proletariats zu gewerkschaftlichen Organisationen von großer Bedeutung für den künftigen Verlauf und die Entwicklung der Revolution sein; aber vorläufig hat der Geschichtschreiber der russischen Revolution nichts darüber

zu sagen. Im Jahre 1906 spielte das Proletariat keine aktiv revolutionäre Rolle. Der zweifellose Niedergang der Revolution im Jahre 1906 erscheint als die naturnotwendige Folge der Position, die das klassenbewußte Proletariat in den Freiheitstagen einnahm und von der es sich bis heute noch nicht völlig losgesagt hat.

Die Avantgarde des Proletariats, die sozialdemokratische Partei, konnte schwerlich die volle Bedeutung der Dezemberniederlage einschätzen, weil sie bis jetzt gewohnt war, nicht von der realen Analyse der Wirklichkeit ausgehend ihre Schlüsse zu ziehen, sondern auf Grund revolutionärer Voraussetzungen und Illusionen. Sie hatte bis jetzt nicht vermocht, selbst nur diejenige Klasse, auf die ihr Einfluß am stärksten war — das Proletariat — zu beherrschen, geschweige denn die Revolution. Wenngleich der Revolutionsprozeß der proletarischen Massen sich stets unter dem geistigen Einfluß der Sozialdemokratie befand, so entwickelte und vollzog er sich dennoch spontan, unabhängig von dem Willen und den Zielen der Sozialdemokratie. Das Leben bescherte ihr immer neue Wunderdinge, deshalb wurde sie an Wunder gewöhnt. Die Parteitätigkeit beeinflusste das Proletariat, aber ganz unproportional dieser Tätigkeit wuchsen im Laufe der Zeit Ereignisse empor, die fortwährend großartiger sich entfalteten — die Maifeier in Charkow, der Massenstreik in Rostow, der allgemeine Julistreik in Südrußland. Und gerade im kritischen Moment, als die oberen Schichten der Gesellschaft sich zu bewegen begannen, blieb das Proletariat unbeweglich, die sozialdemokratische Partei in Staunen versetzend; aber bald darauf brach wie eine aufblühende Flamme der 22. Januar 1905 an — eine Erscheinung, die einerseits die Sozialdemokratie von dem fortgeschrittenen Petersburger Proletariat, das mit unzuverlässigen Elementen wohl stark durchsetzt war, nicht erwartete, die aber andererseits, ihrem Massencharakter und der Begeisterung nach die hoffnungsvollsten grandiosten Aussichten eröffnete.

Die Bewegung wuchs fortdauernd an; die Sozialdemokratie gewann größeren Einfluß durch aktives Einwirken; da entbrennt ganz unerwartet der Oktoberstreik, woran sich Elemente beteiligten, die sonst wenig gemeinsames mit der Sozialdemokratie hatten; er ergibt ein völlig unerwartetes Resultat: den Sieg des 30. Oktober. Es schien, als wenn die Sozialdemokratie nunmehr die geistige Führerin des Proletariats geworden wäre.

War es nun von der Sozialdemokratie zu erwarten, daß sie, die an allerlei Überraschungen gewöhnt war, die erzogen war durch die Wunder spontaner Revolutionsausbrüche, daß sie die Fähigkeit noch bewahren konnte, kaltblütig und nüchtern ihre Kräfte zu erwägen und das Proletariat wohlberechnet zum Ziele zu führen? Als Kind des spontanen Revolutionsprozesses, der sie an die Spitze stellte und zur leitenden Tätigkeit führte, handelte sie dementsprechend. Vom Machtbewußtsein ergriffen, war sie unfähig, die Grenzen ihrer Macht zu ermessen. Sie stellte es dem wirklichen Leben anheim, mit seiner schicksalsharten, schonungslosen Hand diese Grenzen zu bestimmen. Und das Leben begann diese Grenzen zu bestimmen, aber zugleich bescherte es neue Überraschungen, die die einmal festgelegten Machtgrenzen wieder verwischten.

Petersburg, jenes industrielle, proletarische Petersburg, das so begeistert seinen Arbeiterdeputiertenrat unterstützte, verriet ihn gerade zu der Zeit, als die Schergen des Zarismus seine Tätigkeit aufhoben. Diese Belehrung nützte nichts. Und gleichzeitig ereigneten sich die einmütig durchgeführten Streiks in Moskau und anderen Städten, der Barrikadenbau unter Beteiligung eines großen Teils der Bevölkerung Moskaus, der Kampf der Aufständischen mit dem Militär. Hinzu kamen die Nachrichten aus allen Ecken und Enden Rußlands, aus Rostow, aus dem Dongebiet, aus Sibirien. Das Leben hielt die Sozialdemokratie mit einer erstaunlichen Hartnäckigkeit im Reiche der Wunder und der Überraschungen fest. Des-

halb war sie auch nicht imstande, die Erfahrungen der Dezemberbewegung auszunützen, über die Dezemberrniederlage ganz im klaren zu sein. Meistenteils wollte sie die Niederlage als eine solche gar nicht anerkennen.

So zum Beispiel behauptet Genosse Roschkow in einem zu Beginn des Jahres 1906 geschriebenen Aufsatz, es sei nur „formell“ eine Niederlage, dafür aber eine solche, die „die Kräfte der Revolution verdoppelt“.*

Nach Verlauf eines Jahres der unverschämtesten Politik des alten Regimes, die ein Hohn auf alle Forderungen des Volkes war, müssen wir leider konstatieren, daß die Dezemberrniederlage die Kräfte der Revolution nicht verdoppelt, sondern ihnen den stärksten Schlag versetzt hat. Die Dezemberrniederlage schloß die Revolutionsperiode ab, die Aufgaben der Revolution blieben ungelöst. Niemand weiß zu sagen, wann der Prozeß der Volksbewegung von neuem, ob er in nächster Zukunft überhaupt beginnt. Und wenn wir einen Blick zurückwerfen, so können wir nicht übersehen, daß auch kein Grund vorliegt, von den breiten Massen des Proletariats permanente revolutionäre Widerstandsfähigkeit gegen die Lücken der Bureaucratie zu erwarten. Sind es doch dieselben Massen, die erst seit gestern sich in eine mehr oder minder bewußte revolutionäre Kraft zu verwandeln begannen. Die Januarbewegung des Jahres 1905 fand sie auf einer sehr niederen Stufe der politischen Reife. Sie konnten deshalb am Ende des Jahres 1905 nicht besonders hoch stehen. Kein Wunder, daß die Niederlage des Dezemberraufstandes und die brutalen Repressalien seitens der Regierung so niederdrückend auf diese Massen wirkten.

Die Gewöhnung an Wunder, die die Sozialdemokratie das Resultat der Dezemberrniederlage einzusehen verhinderte, verhinderte sie auch, die anderen Seiten der Niederlage richtig einzuschätzen.

* Der gegenwärtige Moment, 1906, S. 6.

Der Oktobersieg stellte, wie wir sahen, das Proletariat vor die Frage: was als die nächste Etappe der Revolution zu dienen habe — eine auf revolutionärem Wege einzuberufende Konstituante, oder eine vom alten Regime einzuberufende Reichsduma? Das klassenbewußte Proletariat antwortete: „Eine auf revolutionärem Wege einzuberufende Konstituante“, und begann eine Taktik zu entfalten, deren notwendiges, unvermeidliches Ergebnis die Dezemberniederlage war. Die Dezemberniederlage erwies die Unhaltbarkeit der vom klassenbewußten Proletariat eingenommenen Position. Im Dezember war ein gemeinsamer Ansturm der ganzen Bevölkerung auf das alte Regime nicht möglich; es gelang selbst nicht, das fortgeschrittenste, städtische Proletariat zu diesem Zwecke mobil zu machen. Die Sympathien, die die Bevölkerung Moskaus den auf den Barrikaden kämpfenden Aufständischen entgegenbrachte, sind vielmehr den unsinnigen Handlungen des Generals Dubassow zu verdanken, als einer bestimmten revolutionären Stimmung. Die Masse der Bevölkerung in den anderen Städten verhielt sich zu der proletarischen Bewegung indifferent, ein bedeutender Teil davon sogar feindselig; die Bauernschaft blieb in ihrer Masse der Bewegung fremd; die Armee dagegen bildete zum größten Teil den Grundpfeiler der alten Macht. Die Revolution erwies sich machtlos, die Gewalt den Händen der Regierung zu entreißen.

Der Dezemberaufstand bewies, daß nur ein kleiner Teil der Bevölkerung mit der alten Regierung nicht paktieren, auf keine Kompromisse eingehen wollte. Dem klassenbewußten Proletariat blieb nichts anderes übrig, als dieselbe Position gegenüber der gesamten Bevölkerung einzunehmen, wie sie die Sozialdemokratie vor dem 22. Januar dem gesamten Petersburger Proletariat gegenüber einnahm.

Die Petersburger Sozialdemokratie betrat im Januar 1905 denselben Boden, auf dem das Proletariat damals stand, und von da ausgehend, strebte sie, das Proletariat möglichst

vornwärts zu treiben, es zu einem Zusammenstoß mit der Regierung zu bringen. In derselben Weise hätte die Sozialdemokratie im ganzen Reiche vorgehen und das von ihr geleitete Proletariat, von den Zugeständnissen der Regierung ausgehend, auf den Boden der einberufenen Reichsduma sich stellen sollen, um die Massen der Bevölkerung auf dem Wege demokratischer Forderungen voranzutreiben und auf diese Weise den entscheidenden Konflikt zwischen ihr und der Regierung vorzubereiten. In diesem Moment gab es keinen anderen Boden für die Fortentwicklung der Revolution; aber nichtsdestoweniger war die Sozialdemokratie ganz anderer Meinung darüber.

Höchst bezeichnend für die Stellung der Sozialdemokratie zu der sie umgebenden Wirklichkeit war in diesem Moment ihre Annahme, die einzuberufende Reichsduma würde aus lauter Anhängern der „Schwarzen Hundert“ bestehen. Die Meinung, daß eine Mehrheit der „Schwarzen Hundert“ in der Duma unvermeidlich sei, war einer der Hauptgründe zu ihrer Boykottierung. Genosse Roschkow fragt an der oben zitierten Stelle, wo er eine Niederlage als nur dem Scheine nach konstatiert, ironisch: „Nicht wahr, eine vollständige Niederlage? In der Tat, wollen wir nicht deswegen vielleicht in die Duma der ‚Schwarzen Hundert‘ gehen? Sollen wir vielleicht darin in der Rolle eines friedlichen, legalen Don Quichotte Opposition spielen, die immer hoffnungslos bleibt und die nur Mitleid bei den Freunden und Verachtung bei den Feinden erregt?“ *

Worauf beruhte diese Vorstellung eines reaktionären Charakters der zukünftigen Duma? Man pflegte sie schlecht-hin durch das herrschende System der Willkür und Brutalität zu begründen, das in den Zeiten Witte-Durnomow sich einbürgerte, durch jenen Druck und gewaltsame Beeinflussung der Wähler und Wahlen, die man schon damals mit Ge-

* Ibid. S. 3.

wißheit voraussehen und von diesen beiden Heerkönigen Rußlands erwarten konnte. Diejenigen, die mit solcher Gewißheit von dem reaktionären Charakter der bevorstehenden Duma sprachen, schätzten die Bevölkerung politisch so niedrig ein, daß sie glaubten, die Regierung würde imstande sein, durch Gewalt und Druck alles von ihr zu erzwingen, was sie brauche. Aber trotz dieser Annahme scheute man sich dennoch nicht, gleichzeitig von eben derselben fügsamen und willensschwachen Bevölkerungsmasse zu erwarten, daß sie sich vielleicht morgen schon zu einem entschiedenen Ansturm auf das alte Regime heranziehen ließe. Zu den vielen Überraschungen des Lebens gehört auch, daß schließlich völlig undenkbbare und unvereinbbare Dinge sich in den Köpfen der leitenden Genossen vereinigten. Heute sei die Regierung imstande, nicht nur physisch die breiten Massen zu drücken, sondern sie auch derart zu beeinflussen, daß sie in geheimer Abstimmung auf ihre Forderungen verzichten und reaktionär wählen, ihren Scharfrichtern ein Vertrauensvotum ausdrückend; — morgen dagegen soll dieselbe Masse zum Ansturm gegen die Regierung sich erheben. Eine dritte Möglichkeit, daß nämlich diese Bevölkerungsmassen in den Wahlstrudel hineingezogen naturnotwendigerweise durch ihre Stimmzettel ihre schreiende Not, ihr schreckliches Leid zum Ausdruck bringen müßten, daß die einen bewußt, die anderen unbewußt dahin streben würden, die Duma in ein Werkzeug zur Verwirklichung ihrer Hoffnungen und ihres Verlangens umzuwandeln — diese dritte Möglichkeit, die offenbar wahrscheinlichste, fiel den Vertretern unserer Partei gar nicht ein, sie schien ihnen geradezu als die unwahrscheinlichste zu gelten.

Hingerissen von der Bestrebung, die Bevölkerungsmassen möglichst bald zu einem bewaffneten Aufstand heranzuziehen, schufen sie sich einen neuen, vermeintlichen Feind auf diesem Wege — die „konstitutionelle Illusion“. Die Massen der Bauernschaft hatten keine Ahnung von einer Konstitution,

hatten nur eine blasser, nebelhafte Vorstellung von der Duma, sie klammerten sich rein instinktiv an sie, indem sie in ihr einen Ausweg aus ihrer schrecklichen, verzweifelter Lage sahen, — und da kommen unsere tieffinnigen Genossen und sprechen in vollem Ernst von der Notwendigkeit, die konstitutionellen Illusionen zu zerstreuen, die angeblich bei den Bauern vorhanden seien, und rufen zu diesem Zwecke zur Boykottierung der Duma auf.

Diese Schlußfolgerung wäre auch in dem Falle unsinnig, wenn diese „konstitutionellen Illusionen“ bei dem Bauerntum wirklich vorhanden gewesen wären. Das beste Mittel, diese Illusionen zu zerstreuen, wäre in diesem Falle gerade die Tätigkeit der Duma gewesen, der Zusammenstoß mit dem alten Regime auf dem Boden der Duma. Das Bauerntum bedurfte zuerst einer Duma, um aus den spontanen Ausbrüchen seines Kampfes um Grund und Boden und aus seinem halb unbewußten Drang nach Freiheit zu einem organisierten, politischen Kampf um Land und Freiheit überzugehen, — um von der Notwendigkeit solchen Kampfes sich zu überzeugen. Die Duma war das beste Mittel, um das Bauerntum und die rückständigen Schichten des Proletariats zum bewußten, politischen Leben heranzuziehen, und folglich das beste Mittel zur weiteren Fortentwicklung der Revolution.

Zu dieser Schlußfolgerung führten die Ereignisse selbst; sie lehrte die Dezemberriederlage; aber die Sozialdemokratie konnte sich von jenen revolutionären Illusionen, die sie sich in den Freiheitstagen gebildet hatte, nicht losagen. Wenn sie damals glaubte, daß es leicht möglich sei, trotz der äußerst niedrigen Entwicklungsstufe der Produktivkräfte, trotz des vorwiegend agrarischen Charakters Rußlands, demzufolge die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung dem rückständigen, unentwickelten Bauerntum angehörte, — daß es trotzdem leicht möglich sei, in der nächsten Zukunft nicht nur zu einer demokratischen Republik, sondern zur sozialistischen Gesellschaftsordnung überzugehen: wie konnte sie dann so

ohne weiteres die verlockende Hoffnung aufgeben, durch einen sofortigen Ansturm die Herrschaft der Bureaucratie und der Monarchie gänzlich zu stürzen? Allerdings genügte selbst die Dezemberniederlage nicht, um die Position zu erschüttern, auf welche die Sozialdemokratie in den „Freiheitstagen“ sich stellte. Die Dezemberniederlage wurde, wie wir sahen, einfach als eine „formale“ gedeutet; die Dezemberbewegung, die eine Menge von Überraschungen bot, erregte Erwartungen neuer Surprisen und galt als eine Präludie zu neuen, grandiosen Ereignissen. „Die Duma liegt nicht auf dem weiten und breiten Wege der Revolution,“ erklärten damals die geschworenen Gegner der „konstitutionellen Illusionen“. Die Irrtümer haben ihre eigene Logik. Die falsche Illusion, die im Dezember ein unbarmherziges Fiasko erlitt, wurde dessenungeachtet von der Sozialdemokratie weiter aufrechterhalten und führte sie zu der Taktik des Boykotts. Die sogenannte „Minderheits“-Fraktion (Mensheviks) in der Partei, die vor dem 30. Oktober viel realistischer sich zur Wirklichkeit verhielt und den Boykott selbst in bezug auf die alte Buliginische Duma verwarf, verließ während der Freiheitstage ihren „Minderheits“-Standpunkt, und in ihrem revolutionären Schwunge übertraf sie sogar beträchtlich die „Mehrheits“-Fraktion (Bolschewiki).

Während die „Mehrheit“ von einer Diktatur des Proletariats und des Bauerntums schwärmte, stellte das Organ der Minderheit, „Natschalo“, indem es sich auf das „Element der Zufälligkeit im Klassenkampfe“ stützte, die Diktatur des Proletariats als Perspektive der gegenwärtigen Revolution auf. Die Dezemberniederlage wirkte auf viele bewußte Genossen der Minderheitsfraktion recht ernüchternd und ließ sie zu ihrem vorherigen Minderheitsstandpunkt zurückkehren. Aber die revolutionären Illusionen beherrschten die Partei so mächtig, daß die ersten Schritte der Minderheit auf diesem Wege unschlüssig zurückgehalten wurden. Die Minderheitsfraktion wagte es nicht, so weit zu gehen, den Boykott

rücksichtslos zu verwerfen, und sie stellte deshalb eine zweideutige Halbheitsformel auf: an den Wahlen teilzunehmen, aber nicht um für die Duma zu wählen, sondern um die Wahlen zur Bildung von revolutionären Selbstverwaltungsorganen auszunutzen. Infolge der Halbheit dieser Formel konnte sie natürlich nicht mit der konsequenten Propaganda des vollständigen Boykotts konkurrieren. Die Taktik der konsequenten Boykottierung der Dumawahlen wurde zur Taktik der großen Mehrheit der Partei. Aber sie wurde keineswegs zur Taktik der großen Mehrheit der Bevölkerung, noch der Mehrheit des Proletariats.

Alle Bevölkerungsschichten beteiligten sich aktiv an den Wahlen; unter dem Proletariat waren nur die organisierten Schichten Anhänger des Boykotts, und zwar dort, wo der Einfluß der Sozialdemokratie am stärksten war. So zum Beispiel wurde der Boykott erfolgreich durchgeführt in Petersburg und im Petersburger Gouvernement. In 49 Prozent der Petersburger Unternehmungen beteiligten sich die Arbeiter gar nicht an den Wahlen, in den übrigen 51 Prozent der Unternehmungen beteiligte sich kaum der vierte Teil der Arbeiter.* Noch erfolgreicher wurde der Boykott in den Vororten Petersburgs durchgeführt. Dort waren es zirka 70 Prozent der Unternehmungen, in denen die Arbeiter an den Wahlen sich nicht beteiligt hatten. Im ganzen Petersburger Gouvernement war dieser Prozentsatz gleich 54. Weniger Erfolg hatte der Boykott in Moskau und im Moskauer Gouvernement. In Moskau-Stadt waren es nur 23 Prozent, im Moskauer Gouvernement nur 22 Prozent der Unternehmungen, in denen sich die Arbeiter an den Wahlen nicht beteiligten. Wenn wir sämtliche Gouvernements betrachten, so ergibt sich, daß — mit Ausnahme Petersburgs — gerade die Gouvernements mit am stärksten

* M. Bogdanoff und J. Dan, Die Arbeiterdeputierten in der ersten Duma, S. 35.

entwickelter Industrie am schwächsten vom Boykott ergriffen waren. Während die Gouvernements mit schwach entwickelter Industrie, wie Charkow, Cherson, Kiew, 50 Prozent, 33 Prozent und 30 Prozent an Nichtbeteiligten an den Wahlen ergaben, sank dieser Prozentsatz in den Gouvernements mit reich entwickelter Industrie und Bergbau, wie Jekaterinoslaw, Wladimir und Moskau, auf die unbedeutende Höhe von 17 Prozent, 15 Prozent und 22 Prozent.*

Auf Grund einer Reihe von Tatsachen und Zahlen charakterisiert die oben zitierte Schrift die Haltung der Arbeitermassen zu den Dumawahlen folgendermaßen:

„Zweifellos hat der Boykott einen starken Einfluß auf den Ausgang der Wahlen ausgeübt. Er hat nicht nur die besten, aktivsten und klassenbewußtesten Teile des Proletariats von dem Wahlkampf ferngehalten, sondern er hat auch das Verhalten zu den Dumawahlen denjenigen Arbeitermassen, die gegen das Boykottieren waren, gewissermaßen beeinträchtigt. Dort, wo breite Schichten der Arbeiterklasse vom Boykott ergriffen waren, fielen seine minder bewußten Schichten gänzlich in die Hände der Agitatoren des „Schwarzen Hunderts“. Ihren Arbeitsherren, ihren Meistern und den anderen Machthabern der Fabrik zu Gefallen übten sie ihre Bürgerpflicht aus und bescherten mit dem Ehrentitel eines Volksvertreters die geschworenen Feinde der Arbeiterklasse. Dort, wo der Boykott nur die organisierten Arbeiter umfaßte und die andern Arbeiter unberührt ließ, wählten die letzteren — da sie von ihren natürlichen Führern verlassen waren — den tüchtigsten und klassenbewußtesten aus ihrer Mitte.“**

Wie verhielten sich nun zu den Dumawahlen die von den breiten Arbeitermassen gewählten Wahlmänner?

„Die Wahlmänner des Gouvernements Moskau stellten eine ganze Reihe unmittelbarer Bedürfnisse der Arbeiterklasse

* Ibid. S. 34 f. ** Ibid. S. 45.

auf, deren Befriedigung ihre Abgeordneten in der Duma fordern sollten. Die Wahlmänner der industriellen Unternehmungen Moskaus beschlossen, daß es unerwünscht sei, den Abgeordneten durch etwaige Instruktionen zu binden, und daß er nur die Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen habe. Die Wahlmänner der Zekaterinoslawer Arbeiter schlossen sich dem sozialdemokratischen Programm an, und das Mandat, das die Arbeiterwahlmänner dem Dumaabgeordneten Michailitschenko überreichten, zählte die politischen und gewerlichen Bedürfnisse der Arbeiterklasse auf. In ähnlicher Weise handelten die Arbeiterwahlmänner in Saratow, Tscherkassk, Wladimir, und dies wiederholte sich in gewissem Grade fast überall. Die durch den Boykott sich selbst überlassene Arbeitermasse, welche keine Anleitung und Unterstützung seitens der Führer empfing, löste die Frage der Dumawahlen nach ihrem Gutdünken. Sie stellte in erster Reihe die notwendigsten Bedürfnisse fest; sie meinte, die Duma sei imstande, diese zu befriedigen und deshalb beauftragte sie ihre Abgeordneten, diese Befriedigung in der Duma zu erstreben. Genau so, wie die Bauernschaft von der Duma Land und Freiheit erwartete, erwarteten die Massen der Arbeiter, daß die Duma ihnen Freiheit und Beseitigung all ihres Leides bringen würde.“*

Die Taktik des Boykotts hatte also eine doppelte Wirkung: in den klassenbewußten Kreisen des Proletariats rief sie eine feindselige Haltung zur Duma hervor; die übrigen Arbeiter, die mit konfusem Vorstellungen von der Bedeutung der Duma, mit naiven Hoffnungen auf diese erfüllt waren, überließ sie ihrem Schicksal. Durch diese Boykotttaktik schwächte die Sozialdemokratie von vornherein die Kräfte der Duma in ihrem Kampfe gegen die Regierung. Infolge dieser Taktik verpaßte die Sozialdemokratie die Gelegenheit, die Dumawahlen zum Zwecke der Vorbereitung der breiten

* Ibid. S. 45 bis 46.

Arbeitermassen zur energischen aktiven Unterstützung der Duma auszunutzen, und gleichzeitig entzog sie der Duma diese Unterstützung auch seitens der klassenbewußten Schichten des Proletariats.

Dem Willen der Sozialdemokratie entgegen und trotz deren Prophezeiungen wurde die Duma zu einer natürlichen Etappe der Bewegung. Die Masse des Proletariats, die Handlungsgehilfen, die unteren Angestellten, das städtische Kleinbürgertum, die Intelligenz und schließlich die Bauernschaft stürzten sich in die Dumawahlen und bewirkten eine oppositionelle, statt der erwarteten reaktionären Duma. Unter dem Eindruck dieses Wahlerfolges, der die Verwerflichkeit der Boykotttaktik einhellig bewies, begannen die Boykotttendenzen in der Partei aufzutauen; die „Minderheits“-Fraktion erklärte diese Taktik als von Anfang bis zu Ende falsch, und der sogenannte Einigungsparteitag, der am Vorabend des Zusammentretens der ersten Duma in Stockholm tagte, gab die Idee des Boykottierens der Duma auf und anerkannte die Unvermeidlichkeit eines Kampfes der Duma gegen die Regierung und die Notwendigkeit, diesen Kampf im Interesse der weiteren Fortentwicklung der Revolution auszunutzen; dieser Parteitag sprach sich ferner für die Beteiligung an den Dumawahlen in den Gebieten aus, wo diese noch bevorstanden;* er erklärte schließlich die Bildung einer sozialdemokratischen Dumafraktion für notwendig; eine Resolution in diesem Sinne wurde gegen eine ziemlich starke Minorität der „Mehrheit“-Delegierten durchgesetzt, die für die Rechtfertigung des Boykotts und gegen das Bestehen einer sozialdemokratischen Dumafraktion sich ausgesprochen und beantragt hatte, die Duma hauptsächlich dazu auszunutzen, um die Inkonsequenz der Kadetten zu entlarven und

* Nämlich in Sibirien und im Kaukasus, wo die Wahlen erst nach dem Zusammentreten der Duma stattfanden und wo fast ausschließlich sozialdemokratische Dumaabgeordnete gewählt wurden, was hauptsächlich dieser Beschlußfassung zu verdanken ist.

Der Übersetzer.

um den Kampf zwischen diesen und den „Elementen der bäuerlichen und revolutionären Demokratie“ zu verschärfen.

Die „Minderheits“-Richtung, die jetzt die Majorität der Partei gewann, wandte alle ihr zu Gebote stehenden Mittel an, um die Fehler der Bonkotttaktik wieder gut zu machen.

Dank der Bemühung der „Minderheits“-Fraktion gelang es schließlich, eine sozialdemokratische Dumafraktion zu bilden, eine Wechselwirkung zwischen dieser Fraktion und den breiten Massen des Proletariats herzustellen und die Aufmerksamkeit dieser Massen an die Duma und die darin sich entwickelnden Kämpfe zu fesseln. Abgesehen von jenen schwer verwischbaren Spuren, die die vorhergehende verfehlte Taktik der Sozialdemokratie in dem Bewußtsein eines bedeutenden Teiles des Proletariats hinterließ, erschwerte die starke „Mehrheits“-Richtung in der Partei die Verwirklichung der Resolutionen des Einigungsparteitages. Gerade im Moment des entscheidenden Kampfes zwischen Duma und Regierung und gerade als im ganzen Lande die Frage der Unterstützung der Duma durch die Bevölkerung auftauchte, kam es zwischen den beiden Richtungen in der Partei zu einem heftigen Zusammenstoß.

Als die Duma die Forderungen der Revolution — wenn auch in beschränkter Form — aufstellte, stieß sie auf entschiedenen Widerstand seitens der Bureaucratie. Darauf antwortete die Duma durch ihre Mehrheitsparteien (Radikalen, Arbeitsgruppen und Sozialdemokratie) mit der Forderung eines verantwortlichen Ministeriums. Diese Forderung war die natürliche, logische Konsequenz des Zusammenstoßes zwischen Bureaucratie und Volksvertretung, sie trieb die kardinale Machtfrage auf die Spitze und bedeutete eine Forderung des Überganges der Staatsgewalt aus den Händen der Bureaucratie in die Hände der Volksvertretung.

Die Notwendigkeit eines konsequenten parlamentarischen Regimes mit so überzeugender Anschaulichkeit den breiten Bevölkerungsmassen bis auf seine rückständigsten Schichten

Klarzulegen, wurde ganz besonders dadurch unterstrichen, daß die Duma mit der Forderung eines verantwortlichen Ministeriums auf die Weigerung der Bureaukratie, den Bauern Land und dem Volke Freiheit zu gewähren, antwortete.

Aber die „Mehrheits“-Fraktion der Sozialdemokratie, die gerade in den größten Zentren, in Petersburg und Moskau, die Oberhand hatte, wandte alle ihr zu Gebote stehenden Mittel an, um das Proletariat in demselben isolierten Zustand zu erhalten, in den es seit den Freiheitstagen versetzt war.

Mit erstaunlicher Blindheit, bei völligem Mangel an Verständnis für den sich hier abspielenden Kampf, interpretierte sie die Forderung eines verantwortlichen Ministeriums als die Forderung eines kadettischen Ministeriums, und wollte nichts anderes darin sehen, als die Kompromißtendenz der Kadettenpartei. Sie wandte alle ihre Kräfte auf, um zu verhindern, daß die Duma, die die Interessen verschiedener Klassen vertrat und verschiedene Parteien vereinigte, zu einem gemeinsamen Kampfboden werde. In ihrer Presse und in den Versammlungen gab sie viel mehr auf den Kampf gegen die Kadetten, als auf den gegen die Regierung acht; sie brandmarkte die Duma als eine „kadettische Kompromißinstitution“ und ungeachtet des heranrückenden Konfliktes zwischen der gesamten Duma und der Regierung rief sie nicht zur Unterstützung der Duma, sondern ihres linken Flügels auf, der aus der Sozialdemokratie und der Arbeitsgruppe bestand; die Idee der Diktatur des Proletariats und des Bauerntums beherrschte ihre Gedanken. Indem sie nach dieser Diktatur strebte, fürchtete sie die kadettische Duma und wollte diese mit dem Volke nicht eng verbunden wissen.

Die „Mehrheits“-Richtung fürchtete, daß die Kadetten die breiten Bevölkerungsschichten, darunter auch das Bauerntum, auf dem Wege der Kompromisse mit dem alten Regime mit sich fortreißen würden, und dann müßten die Hoffnungen auf eine Diktatur des Proletariats und des Bauerntums aufgegeben werden. Der Kampf um das Bauerntum

gegen die Kadetten war dabei immer ihr Beweggrund gewesen. Sie verzichtete auf den Boykott der Duma, nachdem es sich herausgestellt hatte, daß die Bauern und das Proletariat in der Duma zahlreich vertreten waren und nachdem sich dort eine starke Arbeitsgruppe („Trudowiki“) gebildet hatte, die die Interessen des Bauerntums verteidigte. Aber um so energischer verteidigte die „Mehrheit“ die Notwendigkeit, nur den linken Flügel der Duma, nur die Sozialdemokratie und die Arbeitsgruppe zu unterstützen, und um so wütender führte sie den Kampf gegen die Kadettenmehrheit der Duma und gegen deren Unterstützung.

In Wirklichkeit aber führte die Kadettenmehrheit keineswegs die Duma zu Kompromissen mit der Regierung. Sie stellte der Regierung unannehmbare Forderungen, indem sie ein verantwortliches Ministerium beanspruchte, und trat in unveröhnbaren Konflikt mit der Bureaukratie auf dem Boden ihres Agrarprogramms und ihrer Bestrebungen, die allgemeine Lage der Bauern auf Kosten des feudalen Grundbesitzes zu heben.

Dazu hatte das Bauerntum soeben begonnen, sich zum politischen Leben heranziehen zu lassen. Die ziemlich starke Arbeitsgruppe „Trudowiki“* in der Duma zeigte weder genügende Standhaftigkeit, noch genügende Konsequenz in ihrem Demokratismus, aber trotz alledem war die Arbeitsgruppe demjenigen Bauerntum weit voraus, dessen Interessen sie zu vertreten hatte. Sie war nicht unmittelbar aus dem Bauerntum herausgewachsen, das Bauerntum wählte keine „Trudowiki“, es wählte Parteilose, oftmals sogar Reaktionäre, aber dank der Agitation verwandelten sich diese Parteilosen und Reaktionäre in den höheren Stadien der Wahlen und in der Duma selbst in „Trudowiki“ und wurden von der revolutionären Stimmung durchdrungen. Aber diese Umwandlung der bäuerlichen Dumaabgeordneten war noch weit entfernt, eine Umwandlung des gesamten

* „Trudowiki“ (Arbeitsgruppe) nannten sich die Vertreter der Bauern in der Duma.

Bauerntums zu sein. Die Tätigkeit der Duma trug sehr viel zur systematischen Erziehung und Schulung der Bauern zum politischen Leben bei, aber während der kurzen Zeitdauer ihrer Existenz konnte sie nicht allzuviel ausrichten. Wenn es überhaupt eine Möglichkeit gab, die Bauern in den aktiven Kampf hineinzuziehen, so konnte sie nur in dem einmütigen Bestreben der Bevölkerung zu suchen sein, die Duma in ihrem Kampfe gegen die Regierung zu unterstützen. Denn der Brennpunkt dieses Kampfes war die Grund- und Bodenfrage geworden, infolge des gehässigen Verhaltens der Bureaucratie und des feudalen Grundbesitzes zu der Forderung der Zwangsenteignung des Grund und Bodens des Adels, wie es die Duma aufstellte.

Ich will nicht näher darauf eingehen, ob und inwiefern die Idee der Diktatur des Proletariats und des Bauerntums stichhaltig ist; aber wenn diese Diktatur je Aussichten auf Verwirklichung gehabt hätte, so konnten diese Aussichten nur durch Verschärfung des Antagonismus zwischen dem Bauerntum und dem alten Regime, durch das Heranziehen des Bauerntums zum aktiven Kampf gegen die Regierung begünstigt werden. Deshalb war selbst vom Standpunkte einer Diktatur des Proletariats und des Bauerntums aus die Taktik der „Mehrheit“ fehlerhaft. Psychologisch erklärt sich ihre Taktik; aber da sie nicht das reale Bauerntum ins Auge gefaßt hatte, sondern nur dessen phantastisches Trugbild, da sie die reale, nüchterne Analyse der Wirklichkeit durch den Glauben an die spontanen Kräfte der Revolution ersetzte, so konnte ihre Taktik der Revolution nur Schaden bringen, anstatt die Diktatur des Proletariats und des Bauerntums zu beschleunigen.

Den Schwerpunkt ihres Kampfes übertrug die „Mehrheit“ von der Regierung auf die Duma; mit allen Kräften strebte sie das Proletariat gegen die „kadettische“ Duma aufzuheben, und die Kluft zwischen dem klassenbewußten Proletariat und der zahlreichen städtischen Demokratie, die hinter den Ka-

betten stand, zu vertiefen. Zweifelsohne erleichterte die „Mehrheit“ durch ihre Taktik die ungefühnt gebliebene Auflösung der ersten Duma.

In dieser Beziehung ging die „Mehrheit“ Hand in Hand mit ihren Feinden, den Kadetten. Indem diese aus der Formel der Wahlrechtsforderung in ihrer Adresse an den Zaren die Worte „direktes, gleiches und geheimes“ ausmerzten, in ihrer Gesetzesvorlage betreffs Koalitionsrecht der Willkür der Polizei freie Hand ließen, in der Duma den Antrag, „rein demokratische Lokalkomitees zum Zwecke der Ausarbeitung und Lösung der Grund- und Bodenfrage zu bilden“, abgelehnt hatten, gossen sie Wasser auf die Mühle der „Mehrheits“-Anhänger, denen sie reichen Stoff zur Anklage und Beschuldigung der Kadettenduma verschafften.

Aber selbst bei schärfster Kritik des Verrats seitens der Kadetten durfte nicht vergessen werden, daß wir mit den Kadetten einen gemeinsamen Feind haben, und daß wir die Forderungen, die den Feind zu vernichten geeignet sind, mit ihnen teilen.

Die Duma wurde auseinandergejagt. Einige Soldatenrevolten in Sveaborg, Kronstadt, Reval und ein mißlungener Streif in Petersburg und Moskau war die Antwort auf diese Auflösung. Das Volk unterstützte die davongejagte Duma nicht und schuf der Bureaucratie freie Hand zu der zügellosesten Willkür, die noch bis auf heute auf uns lastet.

Was gab der Regierung die Kühnheit, so schnell die Duma aufzulösen, und was verschaffte ihr die Möglichkeit, dieses ungestraft zu tun?

Zur Zeit des entscheidenden Zusammenstoßes mit der Duma hatte die Regierung den Dezemberfieg über die Revolution hinter sich und vor sich den gehässigen Zwiespalt zwischen zwei gegnerischen Kräften der Duma mit den ihr anhängenden Bevölkerungsschichten einerseits und dem aktiven, klassenbewußten Proletariat andererseits. Zudem herrschte zur Zeit der Dumaauflösung unter dem klassenbewußten

Proletariat Zaghaftigkeit und Unschlüssigkeit infolge der vor-
aufgegangenen Fehler; es mangelte an Enthusiasmus, an revo-
lutionärer Stimmung: denn es handelte sich ja um diejenige
Duma, die es boykottiert hatte, welche es als eine verräterische
„kadettische“ Kompromißduma zu betrachten gewohnt war.

Als unmittelbar nach der Dumaauflösung die Vertreter
der Petersburger Fabrikarbeiter zur Beratung zusammen-
traten, herrschte unter ihnen die Meinung, daß es not-
wendig sei, zuerst sich die Unterstützung des Bauerntums
und der anderen Bevölkerungsschichten zu sichern. Das
Proletariat, diese Avantgarde der Revolution, bedurfte nach
der Dezemberrniederlage der Initiative anderer Bevölkerungs-
schichten. Leider waren aber jetzt diese anderen Bevölkerungs-
schichten unfähig, im entscheidenden Moment die Initiative
zu ergreifen; besonders war das Bauerntum dazu kaum
organisiert und zu wenig politisch bewußt; die mehr oder
minder ausgebreiteten Bauernrevolten folgten stets denen
des Proletariats, und indem nun das Proletariat sich nicht
entschließen konnte, die revolutionäre Initiative zu über-
nehmen, entzog es der Bewegung jeden Boden.

Einige Vertreter der Petersburger Fabrikarbeiter behaup-
teten dabei, ein Eisenbahnerstreik sei notwendig, da ohne
diesen ein allgemeiner Massenstreik undenkbar sei. Aber nach
den ungeheuren Dezemberrepressalien und angesichts der
Entschlossenheit der Regierung, vor keiner Greuelthat zurück-
zuschrecken, um jeden Eisenbahnerstreik zu verhindern, wiesen
die Eisenbahner — und vollkommen mit Recht — darauf
hin, daß nur bei einer gleichzeitigen starken Volksbewegung
ein erfolgreicher Eisenbahnerstreik möglich sei, und daß sie
nur in solchem Falle sich entschließen könnten, ihn zu prokla-
mieren, da sie auch nur in diesem Falle auf Beteiligung
der gesamten Eisenbahnermassen rechnen könnten. Die Fabrik-
arbeiter bedurften die Initiative der Eisenbahner, diese die
Initiative der Fabrikarbeiter, diese beiden wiederum die
Initiative der Bauernschaft, letztere aber, die bisher nie

eine revolutionäre Initiative übernommen hatte, war auch diesmal unfähig, es zu tun. Als aber hernach die an der Spitze des revolutionären Proletariats Petersburgs stehenden Organisationen, unter dem starken Eindruck der Militäraufstände in Sveaborg und in Kronstadt, sich endlich entschlossen, die proletarischen Massen zum allgemeinen Streik aufzurufen, erwies sich, daß für die aufgestellte Losung: „Unterstützung der Duma“ nur die rückständigsten Schichten der Petersburger Arbeiter zu haben waren, nur diejenigen, die bis jetzt sehr schwach sich an der Bewegung beteiligt hatten. Der klassenbewußte Teil der Petersburger Arbeiter in seiner Mehrheit zeigte keine Neigung, im Namen dieser Losung sich zu erheben. Die „Mehrheits“-Fraktion, die das Petersburger Proletariat zur Boykotttaktik erzogen hatte, zog es vor, die Losung „für Sveaborg und Kronstadt“ aufzustellen. Da aber alsbald Nachrichten eintrafen, daß der Kronstadter Aufstand unterdrückt sei, ebenso der Sveaborger, begann der Streik jeden Boden zu verlieren. In Moskau wie in Petersburg umfaßte der Streik einen unbedeutenden Teil des Proletariats, und ehe noch die Provinz Zeit hatte, ihre Kräfte zusammenzufassen, um Petersburg und Moskau zu unterstützen, hatte der Streik in den beiden Residenzstädten schon aufgehört. Die Eisenbahner hatten an diesem Streik gar keinen Anteil genommen.

Die Taktik, die das klassenbewußte Proletariat sich angeeignet hatte, zusammen mit ihrer Folge: der Dezemberniederlage, machte diese neue Niederlage unvermeidlich. Diese Taktik stärkte die Machtstellung der Regierung im Moment ihres Zusammenstoßes mit der Duma, gab ihr die Kühnheit, die Duma auseinanderzujagen, bevor diese Zeit hatte, die Volksmassen zu gewinnen und zu organisieren, und nach der Dumaauflösung machte sie das Auftreten des Proletariats und die allgemeine Volksbewegung zur Unterstützung der Duma unmöglich.

Das Jahr 1907

Ein Anhang von S. Lewitin



Das Jahr 1907.

Nach dem Erscheinen dieses Buches in Rußland ist ein volles Jahr verflossen. Im Laufe dieses Jahres wurde die zweite Duma und nach deren Auflösung die dritte Duma ins Leben gerufen. Die Schicksale der zweiten und dritten Duma und das um diese sich gruppierende politische Leben in kurzem zu schildern, ist die Aufgabe dieses Nachtrages.

Die erste Reichsduma wurde gerade in dem Moment aufgelöst, als sie die ernste Absicht zeigte, die Kardinalfrage des politischen Lebens Rußlands — die Bauernfrage — in einem der Regierung unerwünschten Sinne zu lösen. Zwangsenteignung des Grund und Bodens, und zwar unentgeltliche, so lautete in und außerhalb der Duma die Hauptforderung des Bauerntums und der mit ihm sympathisierenden Parteien, desselben Bauerntums, auf das die Regierung baute und von dem sie annahm, daß seine rückständigen, jeder Politik fernstehenden Massen ihr eine reaktionäre, regierungstreue Dumamehrheit sichern würde.

Bald nach der Dumaauflösung erließ die Regierung auf antikonstitutionellem Wege einige Ukase betreffs der Errichtung von „Landzuteilungskommissionen“ zum Zwecke der Parzellierung der Apanagenländereien, die als kleine Farmen durch die Vermittlung der Agrarbank verkauft werden sollten; ferner sollte den Bauern das Austreten aus den Bauerngemeinden erleichtert werden und dergleichen. Mit diesen „Reformen“ glaubte die Regierung die Bauern zu fördern und die Bevölkerung zu beruhigen. Aber sie konnte weder das eine noch das andere damit erreichen, am wenigsten konnte sie dadurch den Prozeß der Proletarisierung des Bauerntums aufheben und dem Bodenmangel abhelfen. Daß dieser Not abgeholfen werden müsse, gaben selbst die Regierung und die äußersten rechten Parteien zu; es wäre

auch unmöglich gewesen, dies zu leugnen, denn die Not war schreiend, wie es folgende Zahlen veranschaulichen.

Das 120 Millionen Köpfe zählende Bauerntum, das heißt 80 Prozent der Gesamtbevölkerung Rußlands, besitzt nur 146 Millionen Desjätinen Ackerland, die 130 000 Gutsbesitzer dagegen besitzen 94 Millionen Desjätinen. An Pachtgeld allein zahlen die Bauern den Gutsbesitzern 200 Millionen Rubel jährlich.

Das Bauerntum konnte also nach der Auflösung der ersten Duma sich nicht beruhigen. Die Bauernrevolten nahmen nach der Dumaauflösung stark zu. Wie entfernt Rußland von einer Beruhigung war, zeigten auch die verstärkten Repressalien seitens der Regierung, die zunehmende Zahl der Hinrichtungen, Verbannungen und Verurteilungen zur Zwangsarbeit und dergleichen, und schließlich bekräftigte es auch der oppositionelle Charakter der zweiten Duma.

Die Regierung setzte ihren Apparat in Bewegung, um die Wahlagitation zu beeinträchtigen und die Wahlen zu beeinflussen. Sie scheute vor keinem Mittel zurück bis zur Fälschung der Wahllisten, willkürlichem Ausstreichen aus den Listen und anderes mehr.

Durch Verhaftungen und Deportation beseitigte sie aus der Wahlagitation solche Personen, die Einfluß auf die Massen haben konnten, und nicht nur die aus den äußersten linken Parteien, sondern auch aus der bürgerlichen demokratischen Opposition. Indem sie die Abgeordneten der ersten Duma, die das Wiborger Manifest unterzeichnet hatten, wegen Hochverrat vor Gericht stellte, verhinderte sie die Bevölkerung daran, diese Männer wiederzumwählen. Die Masse der städtischen Wähler terrorisierte sie durch die Aktionen der Schwarzen Hundert, Pogrome und dergleichen. Sie beschränkte die Wahlrechte verschiedener Bevölkerungsschichten durch administrative Rundschreiben an die Lokalbehörden. Die ländlichen Wähler terrorisierte sie wiederum durch Strafexpeditionen, die ganze Dörfer einscherten. Trotz

aller dieser Machinationen wuchs das Interesse an den Wahlen und die politisch bewußte Wahlbeteiligung bei der städtischen wie bei der Landbevölkerung mächtig an. Die Regierung wandte alle ihr zu Gebote stehenden Mittel an, um eine gefügige Duma zu erzwingen — die Bevölkerung wählte trotzdem eine oppositionelle. In der zweiten Duma war das Stärkeverhältnis der Parteien wie folgt:

1. Rechte	12
2. Oktobristen und Gemäßigte	43
3. Parteilose	50
4. Kadetten	96
5. Polen	46
6. Muselmänner (siehe Seite 152)	30
7. Kosakenvertreter	17
8. „Trudowiki“	103
9. Volkssozialisten	16
10. Sozialrevolutionäre	37
11. Sozialdemokraten	69

Die Bevölkerung konzentrierte alle ihre Kräfte, ihre ganze Kampfsenergie auf die Duma, um neue politische Freiheiten zu erringen. Deshalb gaben die Wähler fast aller Parteien ihren Abgeordneten die Weisung: „Die Duma zu erhalten“. Und in der Tat wurde dies die Losung aller Parteien, mit Ausnahme der äußersten Rechten, die in vollständigem Einvernehmen mit der Regierung ihre provozierende Taktik in entgegengesetzter Richtung gestaltete.

In der zweiten Duma waren die verschiedenen während der Revolution sich betätigenden politischen Parteien und Strömungen viel vollständiger als in der ersten Duma vertreten. Es erweist sich deshalb zum Verständnis der Dumatätigkeit als notwendig, die bedeutendsten dieser Parteien etwas näher zu betrachten.

Die zentrale und führende Rolle innerhalb der bürgerlichen Opposition gehörte der Partei der konstitutionellen

Demokraten (Kadetten). In ihrer großen Mehrheit bestand sie aus Vertretern der freien Berufe und der liberalen Großgrundbesitzer; sie gehörte in der vorrevolutionären Epoche den „Semstwo“ an, sich zu Beginn des Revolutionsjahres 1905 um ihr Organ, die „Oswoboschdenije“* gruppierend und zu einer politischen Partei ausgestaltend. Während des Revolutionsprozesses wurde diese Partei immer mehr nach links geschoben. Da sie die Errungenschaften der Revolution in ihrem eigenen Interesse ausnützen wollte und mußte, so mußte sie sich nicht nur auf das städtische Bürgertum, sondern auch auf das Bauerntum stützen. Infolgedessen sah sie sich genötigt, auch die Interessen und Forderungen des letzteren zu berücksichtigen. Zurzeit der Oktoberbewegung (1905) besaß sie ein ziemlich ausgearbeitetes Programm, worin sie ihre Forderung demokratischer Agrar- und Sozialreform kundgab. Die bedeutendste unter diesen Forderungen war die der Zwangsenteignung des Grund und Bodens zugunsten des Bauerntums. Bezeichnend für den Klassencharakter dieser Partei ist dabei, daß sie nur entgeltliche Zwangsenteignung nach billiger Taxation forderte — eine Einschränkung, die eine Konzession an die Großgrundbesitzer bedeutete. Die Sozialreformen des kadettischen Parteiprogramms war also den „realen Umständen“ angepaßt.

Die Zwitternatur dieser Partei erklärt sich aus ihrer Zwischenstellung im politischen Leben Rußlands: einerseits drückten ihre Klasseninteressen auf ihren Konstitutionalismus und machten sie überhaupt zur Kompromißpartei, die auf ihre wesentlichsten demokratischen Forderungen verzichten mußte, wie zum Beispiel auf die von den Kadetten in der ersten Duma aufgestellte Forderung eines verantwortlichen

* Die Oswoboschdenije erschien seit 1902 bei J. H. W. Dietz in Stuttgart und wurde von Peter v. Strube, einem ehemaligen Marxisten und späteren Kadetten, redigiert.

Ministeriums, die schon in der zweiten Duma zurückgezogen wurde. Andererseits mußte sie sich, um ihre Parteipolitik durchzusetzen, auf die Massen stützen und deren radikale Forderungen vertreten. Ihrem Wesen nach fürchtete sie die Massen, wie es aus ihrer Haltung hervorgeht, daß sie, nachdem die Regierung in ihrer Agrardeklaration die Forderung „Land und Freiheit“ strikte zurückwies, den Bauern empfahl, „friedlich abzuwarten“, und als die Sozialdemokratie und Trudowiki beantragten, die Duma möge sich an das Volk wenden, um es über den wahren Sinn der Regierungsdeklaration, wie überhaupt über ihre Agrarpolitik und über die gesamte politische Lage aufzuklären, lehnten die Kadetten diesen Antrag wiederholt ab. Diese Furcht vor den Massen zeigte die Kadettenpartei auch dadurch, daß sie im kritischen Augenblick, als die erste Duma auseinandergejagt wurde, im Wiborger Manifest, das sich an das Volk wandte, den passiven Widerstand als das äußerste Kampfmittel gegen die Regierung anzunehmen empfahl.

Die rechts von den Kadetten stehende Partei, die erst in der dritten Duma eine ausschlaggebende Rolle erhielt, war die Partei der „Oktobristen“, die angeblich auf dem Boden der im Manifest vom 30. Oktober verkündeten Konstitution stehen wollte. Die Oktobristen galten als Vertreter des Großhandels und zum Teil des Großgrundbesitzes und der Großindustrie. Die Reformen des 30. Oktober standen wohl in ihrem Programm, aber nur auf dem Papier. Da sie in gewisser Beziehung die Interessen des Kapitals vertraten, so mußten sie sich einigermaßen eine oppositionelle Haltung aneignen.

So zum Beispiel forderten sie gesetzgeberische Vollmacht für die Duma und staatliche Landzuteilung für die Bauern, natürlich unter hohen Ablösezahlungen und nach Vereinbarung mit den Grundbesitzern durch Vermittlung der Agrarbank.

Bemerkenswert ist, daß diese Partei jetzt die Revolution bekämpft und daß die von der Regierung angewandten „Beruhigungs“mittel bis auf Feldgerichte und Massenhinrichtungen Billigung und moralische Unterstützung bei ihr finden.

Links von den Kadetten stehen die Polen und Muselmänner. Infolge der brutalen russifizierenden Taktik der Regierung den fremden Völkern Rußlands gegenüber gehören selbst die bürgerlichen Schichten dieser Völker der radikalen Opposition an. Die Muselmänner, Vertreter der asiatischen Völkern Rußlands, zählten zu den radikalsten unter den nationalen Parteien der zweiten Duma und stimmten meistens mit den Trudowiki zusammen.

Weiter nach links folgten die Trudowiki, über deren Natur und Entstehung im 7. Kapitel gesprochen worden ist. (Siehe Seite 140.) So entschieden konsequent und geschlossen sie über alles, was die Agrarfrage anlangt, gestimmt haben, ebenso unschlüssig und wankelmütig waren sie in allen anderen rein politischen Fragen und stimmten bald mit den Sozialdemokraten, bald mit den Kadetten. In der ersten Duma bildeten sie noch eine übereinstimmende Fraktion, in der zweiten begannen sie sich gewissermaßen zu differenzieren, indem die politisch reiferen Elemente sich teils den Kadetten, teils den Volkssozialisten anschlossen, infolgedessen die übrigen noch unschlüssiger und inkonsequenter und damit widerstandsunfähiger in ihrer Taktik wurden; sie waren sogar bereit, auf die Grundforderung des Bauerntums, „der unentgeltlichen Zwangsentziehung des Grund und Bodens“, zu verzichten.

Die äußersten linken Parteien waren die Volkssozialisten und die Sozialdemokraten, sowie die Sozialrevolutionäre. Ihre proletarisch-sozialistischen Forderungen brauchen hier nicht eingehender erörtert zu werden. Es ist nur die Stellung dieser Parteien zur Agrarfrage zu erwähnen. Während die Sozialdemokraten in ihrem Agrarprogramm die Ent-

eignung des Großgrundbesitzes und die Übergabe der Verwaltung an die demokratischen Ortskörperschaften fordert, fordern die Sozialrevolutionäre und zum Teil auch die Volkssozialisten (Narodniki) Sozialisierung des Grund und Bodens.

Die zweite Duma, die am 20. Februar 1907 zusammentrat, war bei ihren ersten Schritten von einer dumpfen Atmosphäre umgeben. Im Reiche wütete die Reaktion; keine oppositionelle Partei von den Kadetten ab war legalisiert, die Gewerkschaften, die soeben aufzukeimen begannen, wurden unterdrückt, die Presse wurde durch Gerichtsverfahren und hohe Geldstrafen verfolgt, die Gefängnisse waren übersüllt, schreckliche Folterszenen spielten sich dort ab, zu Tausenden wurden politisch Verurteilte nach Sibirien verbannt, unzählige Hinrichtungen fanden statt. Die rosigen Hoffnungen der ersten Duma, die Bevölkerung, besonders aber die Bauern würden sie im Falle ihrer Auflösung durch entschiedenes Auftreten unterstützen, scheiterten. Um so weniger konnte man eine solche Unterstützung der zweiten Duma erwarten. Vom ersten Tage ihres Zusammentretens an hing auch über ihr die Gefahr einer Auflösung, und dadurch erklärt sich jene gespannte Atmosphäre peinlicher Animosität und gesteigerter Redseligkeit, welche die zweite Duma kennzeichnete. Indessen trat doch ein Unterschied in dem allgemeinen Bestreben, um jeden Preis „die Duma zu erhalten“, hervor: die Rechte der zweiten Duma, darunter die Oktobristen und ebenso die ins Zentrum zurückgeschrittenen Kadetten strebten, die Duma zu erhalten zum Zwecke gesetzgeberischer Tätigkeit unter den bestehenden Verhältnissen. Sie verfolgten angeblich die Taktik einer Belagerung der Regierung, wie die Kadetten es bezeichneten, die in Wirklichkeit aber nichts anderes als ein Rückzug war. Die Linke dagegen strebte, durch geeignete Interpellationen und durch Kritik der Regierungshandlungen diese zu diskreditieren und die Aufmerksamkeit der großen Massen aufs parlamentarische Leben zu lenken zwecks Zusammenschluß und Organisation.

Die Regierung wollte trotz der Dienstfertigkeit des Zentrums auf keine Kompromisse eingehen. Dieses ausschlaggebende Zentrum, nachdem es einmal auf die schiefe Ebene der Nachgiebigkeit und des Rückzugs geraten war, mußte immer weiter zurückweichen. Es vermied eine Antwort auf die herausfordernde Deklaration des Premierministers Stolypin, um einem Konflikt mit der Regierung auszuweichen. Es ließ sich gefallen, daß die Regierung der Duma die Zulassung der privaten Sachkundigen in die Kommissionsberatungen verbot; es bewilligte der Regierung die geforderten Summen für Verpflegung der hungernden Bauern, bewilligte den Militäretat und die von der Regierung eingereichte Gesetzesvorlage betreffs Vergrößerung des Kontingents der Rekruten usw.

Die Sozialdemokratie brandmarkte in ihren Interpellationen die Regierung und zwang damit das Zentrum, dasselbe zu tun. Die bedeutendsten Gesetzesvorlagen seitens der sozialdemokratischen Dumafraktion, die dazu führten, die Klassenphysiognomie der Kadettenpartei zu zeigen, waren zunächst die Gesetzesvorlage vom 7. März 1907 betreffs Hilfsorganisation für die hungernden Bauern und die Organisation der Arbeitslosen. Die Kadetten stimmten für die Überweisung der Arbeitslosen in staatliche Verpflegungsämter und für die Übergabe der Hilfe für die hungernden Bauern in die Hände der Regierung selbst, derselben Regierung, die auf ihrem Gewissen so viele Schandtaten der „großen Diebe“ à la Gurko und anderen hatte. Seitens der Sozialdemokratie wurden eine Interpellation eingebracht über die Strafexpeditionen, die schrecklichen Folterungen der Gefangenen in den Gefängnissen und auf dem Transport nach Sibirien und über das Verbot, daß die Geistlichen sich nicht den linken Parteien der Duma anschließen durften. Da ganz Rußland mit gespannter Aufmerksamkeit die Duma-verhandlungen verfolgte und große Hoffnungen auf sie setzte, da der moralische Einfluß und die Autorität der

Duma bedeutend waren, so kann man sich leicht vorstellen, von welcher hervorragenden Bedeutung dieses Auftreten der sozialdemokratischen Dumafraktion war. Die „Nowoje Wremja“, das Organ der Reaktion und der Bureaucratie, schrieb anlässlich der Reden der Sozialdemokraten in der Duma: „Diese Reden sind eine politische Aktion, sie sind dem Staate gefährlich. . . .“

Schon von Anfang an waren es die sozialdemokratischen Redner, die die Deklarationen des Premierministers Stolypin beantworteten und diesen veranlaßten, in der Duma mit jener berüchtigten Rede aufzutreten, worin er der Opposition zurief: „Die Linke ruft der Regierung zu: Hände hoch! aber wir lassen uns nicht einschüchtern.“ Als in der bekannten Sitzung der Duma, worin der Militäretat unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit beraten wurde, der sozialdemokratische Redner Surabow die Armee, besonders aber das herrschende System, die Armee gegen das Volk zu gebrauchen, der schärfsten Kritik unterzog, schrieb die reaktionäre Presse, die Vertreterin der Bureaucratie, Betrug und Hochverrat! und die Regierung drohte mit der Dumaauflösung. Obwohl der Regierung das Vorhandensein einer starken, 69 Abgeordnete zählenden sozialdemokratischen Fraktion und deren Tätigkeit in der Duma ein Dorn im Auge war, so war dies doch nicht der hauptsächlichste Grund der Drohung, um so weniger konnte es die Rede eines einzigen sozialdemokratischen Abgeordneten sein. Die Duma entwickelte eine rege und ernste gesetzgeberische Tätigkeit: manche Gesetze, wie zum Beispiel das Gesetz über Aufhebung der Feldgerichte war bereits durchgesetzt und trat nach kurzer Zeit in Kraft;* in den zahlreichen Kommissionen wurden verschiedene Gesetzesvorlagen trotz der ungünstigen Umstände vorbereitet. Der Regierung war diese gesetzgeberische Tätigkeit

* Die Regierung führte statt dessen die Militärkreisgerichte ein, die ebenso grausam funktionierten.

der Duma, die sie mit Hilfe des Reichsrates annullieren konnte, weniger gefährlich, wohl aber die Verhandlungen in den Kommissionen und im Plenum über die Bauernfrage und die Gesetzesvorlagen zur Agrarreform, die die Bauernmassen aufwiegeln konnten.

Am 10. Mai trat Stolypin in der Duma mit einer neuen Deklaration auf, worin er zur Agrarreform Stellung nahm und das Prinzip der Zwangsenteignung zugab, natürlich unter hohen Ablösegeldern durch Vermittlung der Agrarbank. Die Regierung war nur zu gut unterrichtet, sie wußte, daß in den Kommissionen der Duma eine Gesetzesvorlage vorbereitet wurde, die auf ganz andere Weise diese brennende Frage der Landverteilung löste. Und da wurde der bekannte Feldzug gegen die sozialdemokratische Dumafraktion eingeleitet. Ein Hochverratsprozeß wurde schleunigst gegen sie inszeniert, sie wurde wegen Agitation unter der Armee und wegen eines angeblichen Zustandbringens einer Militärorganisation angeklagt. Dazu kam die offenbar von den Gendarmerieagenten inszenierte Verschwörungsaffäre, angeblich gegen den Zaren und seinen Thronfolger. Auch daran sollten die sozialdemokratischen Abgeordneten sich beteiligt haben. Vom Oberstaatsanwalt wurde der Duma die Forderung gestellt, die gesamte sozialdemokratische Fraktion auszuschließen und 16 Abgeordnete dem Gericht auszuliefern. Die Duma überwies diese Forderung einer Kommission, die binnen 24 Stunden ihren Beschluß darüber ausarbeiten und ihn der Duma vorlegen sollte. Aber noch ehe diese Kommission einen Beschluß zu fassen Zeit hatte, wurde die zweite Duma am 2. Juni aufgelöst und am 3. Juni wurde ein Manifest veröffentlicht, das ein neues Wahlgesetz verkündete.

Bezeichnend für die despotische Willkür der zarischen Regierung ist die Motivierung der Dumaauflösung in einem dies verkündenden Manifest. Die Duma — also dieselbe, deren Tätigkeit die Auflösung veranlaßte — sei arbeitsun-

fähig, da sie den Reichsetat nicht bewilligt habe. Sie habe ferner ihr Interpellationsrecht mißbraucht, und schließlich habe sie verweigert, die „politischen Verbrecher“ aus ihrer Mitte zu verbannen und dem Gericht auszuliefern. Diese schwere Sünde der Duma stamme daher, daß die Volksvertreter in einer den Interessen des Volkes und des Staates nicht entsprechenden Weise gewählt worden seien. Daraus wurde der Schluß gefolgert: das Wahlgesetz müsse abgeändert werden, und zwar nicht durch die Duma, die keine vollkommene Volksvertretung sei, sondern durch den Willen und die Eigenmacht des Monarchen. . . .

So wurde am 3. Juni der Staatsstreich vollzogen, der die „Konstitution“ vom 30. Oktober 1905 annullierte. Gleichzeitig wurde das neue Wahlgesetz veröffentlicht, das offenbar sehr lange vorher ausgebrütet war, und das sorgfältig alle der Monarchie unliebsamen Elemente vom Wahlrecht auszuschließen bezweckte. Hier eine kurze Skizzierung des Gesetzes:

Es bestand aus lauter Wahlrechtsbeschränkungen. Die mittelasiatischen Gebiete, die meisten Gebiete Sibiriens wurden gänzlich ihres Wahlrechtes beraubt. Die Zahl der Volksvertreter der Grenzgebiete — Kaukasus, Polen und der Ostseeprovinzen — wurde fast um die Hälfte vermindert, dagegen erhielt die russische Bevölkerung dieser Grenzgebiete, abgesehen von ihrer Minderheit, das Recht, besondere Vertreter selbständig zu wählen. Auf dem flachen Lande wurden zunächst die verarmten Zwergbauern, die Landarbeiter und die ländliche Intelligenz gänzlich vom Wahlrecht ausgeschlossen, indem nur den Grund besitzenden und selbständig wirtschaftenden Bauern das Wahlrecht erteilt wurde; die Bauern durften nicht mehr nach Kurien, sondern mußten zusammen mit allen Bezirkswählern wählen; auch die bäuerlichen Wahlmänner durften nicht mehr selbständig ihre Bauernvertreter wählen, sondern auf den gemeinsamen Kreiswahlen, wo sie zumeist nur die Minderheit gegen die

Vertreter des Großgrundbesitzes bilden konnten. Dazu kommt noch der Umstand, daß die Gouverneure nachträglich durch Zirkulare bevollmächtigt wurden, die Wahlbezirke und Kreise nach Gutdünken und Einsicht einzuteilen, wodurch sie die Möglichkeit erhielten, Wahlbezirke, in denen das radikale Bauerntum die Mehrheit bilden konnte, willkürlich zu zersplittern und an einen anderen oder an verschiedene Wahlkreise anzuschließen, in denen die Mehrheit immer den regierungstreuen Parteien gesichert blieb. Selbstverständlich machten die Gouverneure von dieser Vollmacht in weitestem Sinne Gebrauch. Das Resultat fiel glänzend für die Regierung aus: in den Bauernkurien, die bei den Wahlen zur zweiten Duma den Bauern 43,5 Prozent der Wahlmänner lieferten, den Großgrundbesitzern 23,6 Prozent, bildeten jetzt, nach dem Gesetz vom 3. Juni, die Bauernwahlmänner nur 22,2 Prozent, die der Großgrundbesitzer dagegen 51,2 Prozent.

Dann kam die Wahlrechtsbeschränkung des Proletariats. 19 große industrielle Städte bekamen überhaupt keine Vertretung mehr. In den Städten wurde das Arbeiterkurien-system aufgehoben, wodurch die Arbeiterwahlmänner zusammen mit den anderen städtischen Wählern wählen mußten und von diesen meistens besiegt wurden.

Da die Wahlrechte der Arbeiter beträchtlich eingeschränkt und die Rechte der besitzenden Schichten der städtischen Bevölkerung erweitert waren, so gewannen diese letzteren fast immer die Oberhand. Die Großgrundbesitzer erhielten ein doppeltes Wahlrecht in der Stadt und im Dorfe.

Die Periode zwischen der zweiten und dritten Duma war eine Zeit der schwärzesten Reaktion und der grausamsten und zügellosesten Willkür. Die altbewährten Strafmittel wurden in erweitertem Maße angewendet. Der Kriegszustand und der Zustand des verstärkten Schutzes wurden über immer mehr Gouvernements verhängt. Statt der von der zweiten Duma aufgehobenen Feld- und Kriegsgerichte wurde das Militärkreisgericht eingeführt, das der Regie-

rung ebenso gute Dienste leistete wie seine Vorgänger. Diese Zwischenzeit der Reaktion zeichnete sich dadurch aus, daß die Verfolgung auf die gesamte Opposition ausgedehnt wurde. Fast alle politischen Errungenschaften der Revolution wurden vernichtet und annulliert. Die tägliche Presse, die durch Gerichtsverfolgung und schwer zu erschwingende Geldstrafen mundtot gemacht wurde, fristete kaum ein kümmerliches Dasein. Besonders streng waren die Maßregelungen der sozialdemokratischen Presse und der verschiedenen Gewerkschaftsorgane, die infolgedessen wiederum illegal werden mußten.

In den Dörfern wurde jede oppositionelle Erscheinung unterdrückt, die Bevölkerung terrorisiert; so zum Beispiel wurden mehrere Bauern zu jahrelanger Verbannung nach Sibirien verurteilt, weil sie den Aufenthaltsort der von der Polizei verfolgten Dumaabgeordneten nicht verraten wollten usw. Mit allen Mitteln suchten die zarischen Schergen die Bevölkerung zu provozieren und zu korruptester Spionage, Lockspitzerei und Denunziation zu zwingen, und wo solchen Forderungen nicht Folge geleistet wurde, da wurden für solches „Zuwiderhandeln“ ganze Dörfer eingäschert oder mit unerträglicher Tributzahlung belastet.

Auf solche Weise trat die Regierung in unmittelbare Berührung mit dem Volke und demonstrierte ihren wahren Charakter und bewies am grellsten den eigentlichen Wert ihrer „konstitutionellen“ Verheißungen.

Bis zu dieser Zeitperiode genossen die Universitäten eine verhältnismäßig autonome Freiheit, die sie in den Freiheitstagen errungen hatten, ohne von der Regierung beträchtlich gestört zu werden. Im Juni erließ die Regierung neue Statuten, die jede Autonomie der Universitäten aufhob. Im August begannen die Verfolgungen; alle liberalen Professoren wurden gemäßregelt, mehrere relegiert. Gleichzeitig wurde das Streben nach Bildung unterdrückt und verfolgt: Bildungsinstitute, Gesellschaften und Vereine wurden aufgelöst, sistiert, mehrere Schulen geschlossen. In den Volks-

schulen stieg der Mangel an Lehrpersonal; im Sommer 1907 wurden zwanzigtausend Volksschullehrer von dem Verbot des Unterrichtens wegen sogenannter „politischer Unzuverlässigkeit“ betroffen.

In dieser qualmigen Atmosphäre genossen nur die Vereine der „echt russischen Leute“ volle Freiheit. Die protegierende Haltung der Regierung gegenüber dieser Partei der Pogrome, der Mord- und Brandstifter wurde nicht mehr verheimlicht: der Zar befundet, „der Verband echt russischer Leute sei eine Stütze des Zaren und des Vaterlandes“. Die während der zweiten Duma vereinzelt erfolgten Begnadigungen der ohnedies milde verurteilten Beteiligten an den Pogromen nahmen jetzt einen Massencharakter an. Den ganzen Sommer hindurch dauerten die Pogrome unter der Mitwirkung der Behörden fort, wie zum Beispiel in Odessa und in anderen Städten.

Die grausamen Folterungen in den Gefängnissen wurden modifiziert; es wurden Verordnungen an die Gefängnisinspektionen erlassen, worin diese aufgefordert wurden, die Gefängnisinstruktionen strengstens zu erfüllen. Was man darunter verstanden hatte, bezeugten nach kurzer Zeit die zahlreichen Fälle von Erschießungen politischer Gefangener durch die Gefängniswachen.

Fast alle oppositionellen politischen Parteien wurden unterdrückt. Nur die ausgesprochen monarchistischen Parteien wurden legalisiert, vor allen natürlich die „Partei des aktiven Kampfes gegen die Revolution“, die außer diesem Ziele sich noch die Wahlbeeinflussung, und zwar durch Massakers und anderer Art der Terrorisierung der Wählerschaft, zur Aufgabe machte.

Wie hoch die Konterrevolution ihr Haupt erhob, läßt sich aus der Verdoppelung, ja Verdreifachung der Verfolgungen, Maßregelungen und Hinrichtungen nach der Auflösung der zweiten Duma ersehen. Hier einige Zahlen der Opfer der Konterrevolution in den letzten anderthalb Jahren.

Es wurden verurteilt:

Zur Todesstrafe durch die Kriegsgerichte . .	2117 Personen
Zur Zwangsarbeit	3873 =
Darunter lebenslänglich	605 =
Zu lebenslänglicher Verbannung nach Sibirien	6020 =
Zu Gefängnisstrafe	5751 =
Zu Zuchthausstrafe	2586 =
Zum Disziplinarbataillon	1538 =
Zu Festung	1307 =

Außerdem wurden 1114 Redakteure verschiedener periodischer Zeitschriften zu Festung und Gefängnisstrafen verurteilt, abgesehen von den zahllosen und hohen Geldstrafen. 978 Zeitschriften wurden in dieser Periode sistiert, konfisziert und dergleichen.

Kein Wunder, daß in solcher Periode der ununterbrochenen Gewalttaten der Terrorismus auf dem Gebiete politischer oder persönlicher Rache ebenfalls zunahm, daß nebenbei auch verschiedenartige terroristisch-anarchistische Abenteuer, wie die sogenannten „Expropriationen“, die von sämtlichen sozialistischen Parteien entschieden gemißbilligt und bekämpft wurden, sich in vermehrtem Maße zeigten.

Gerade zu dieser Zeit fand in Moskau der „letzte“ Semstwo-Kongreß statt, aber es waren Semstwoelegierte bloß dem Wortlaute nach, die sich daran beteiligten. Die rückständigsten Elemente der Semstvos krochen jetzt aus ihren Winkeln heraus; sie fühlten sich nun als Sieger, als Herren der Situation, sie glaubten die Geschicke der dritten Duma im voraus bestimmen zu können. In dieser Hinsicht ist der Kongreß bezeichnend. Keine Spur von den vorherigen liberalen Semstwo-Traditionen. Selbst die gemäßigten Semstwoabgeordneten (Stachowitsch, Schipow und andere), die in der zweiten Duma den rechts von den Kadetten stehenden Parteien angehörten, wurden auf diesem Kongreß als Revolutionäre betrachtet und mußten ihn verlassen. Das Programm des Kongresses, das unter an-

derem die Einführung des Dreiklassenwahlrechts nach dem Muster des preußischen Landtagswahlrechts und die Verstärkung der Polizei in der Stadt und auf dem Lande forderte, demonstrierte in grellster Weise eine Art Obskurantismus, eine ungezügelte Roheit und intellektuelle Konfusion, wie man es nur von einer verrohten feudalen Klasse eines politisch wie ökonomisch rückständigen Landes erwarten kann.

Die Wahlen zur dritten Duma waren auf den 1. September festgesetzt. Die Wahlagitation war bei den oben geschilderten Zuständen für die oppositionellen Parteien erschwert, für die sozialistischen fast unmöglich gemacht. Freie Hand hatten nur die rechten Parteien, einschließlich der Oktobristen. Diese traten in ein Wahlbündnis mit den äußersten rechten Parteien ein. Das geplante Wahlbündnis zwischen den Kadetten und den Oktobristen mußte daher scheitern. Bezeichnend für die Taktik der Kadetten vor und während dieser Wahlperiode ist ihre Haltung zur Sozialdemokratie. Die Führer der Kadetten (Professor Miljukoff und andere) beeilten sich, „nach links abzugrenzen“, und bekämpften die Sozialdemokratie aufs schärfste. Sie behaupteten, die „Arbeitsunfähigkeit“ der zweiten Duma sei von den Sozialdemokraten verursacht; darin waren die Kadetten vollkommen mit der Regierung einig. Sie erklärten, die Tätigkeit der Kadettenpartei werde sich auf Verkündung der konstitutionellen Prinzipien und ihrer Propagierung von der Dumatribüne beschränken.

Am 1. Oktober waren die Dumawahlen im ganzen Reiche beendet und das Wahlresultat bekannt: Statt der 529 Abgeordneten in der ersten und zweiten Duma waren es jetzt laut dem neuen Wahlgesetz vom 3. Juni 1907 437 Abgeordnete, die sich nach Parteien wie folgt verteilen:

Monarchisten	38
Verband der echt russischen Leute . . .	33
Gemäßigte Rechte	112

Oktobristen	107
Parteilose	28
Polnische „Kolo“	16
Kadetten	56
Progressisten	15
Trudowiki und Volkssozialisten*	16
Sozialdemokraten	16

Inwieweit das Resultat eine Wirkung der angewandten Wahlbeeinflussung, Wahlmachinationen und eine Folge des neuen Wahlgesetzes war, läßt sich nur dann ersehen, wenn wir uns den Verlauf der Wahlen genauer vergegenwärtigen.

Unter den bäuerlichen Wählern macht sich ein gesteigertes Interesse am politischen Leben überhaupt und an der Wahl-tätigkeit im besonderen bemerkbar. Ihr klassenbewußtes Verhalten bei den Wahlen läßt sich aus folgenden Tatsachen ersehen: auch bei den Wahlen zur dritten Duma wählten die Bauern mit einer erstaunlichen Hartnäckigkeit die ehemaligen oppositionellen Wahlmänner, die sie zur ersten und zweiten Duma gewählt hatten; im Durchschnitt wurden drei Viertel der bäuerlichen Wahlmänner wiedergewählt; die Abstimmung geschah einmütig: die Wahlmänner wurden meistens mit vier Fünfteln der abgegebenen Stimmen gewählt, manchmal sogar einstimmig; ebenso wurden einmütig die von den Dorfbehörden aufgestellten oder sonstigen regierungstreuen Kandidaten boykottiert. In 25 Wolosten (Dorfbezirke) wurden überhaupt die Dumawahlen boykottiert. Daß die Bauernwähler oppositionell gewählt haben, ist selbst aus dem Regierungsbericht zu ersehen, nach welchem von 15 000 bäuerlichen Wahlmännern dem „Verbande echt russischer Leute“ nur 35 angehörten, der sozialdemokratischen Partei 113, den Sozialrevolutionären 24, die übrigen den Trudowiki und den Parteilosen. Und dies geschah, trotzdem das neue Wahlgesetz vom 3. Juni in manchen Gouvernements 71 Prozent der bäuerlichen Wähler das Wahlrecht genommen hatte.

* Die Sozialrevolutionäre boykottierten die dritte Duma.

Die Zahl der städtischen Wähler wurde dem neuen Wahlgesetz zufolge um 34,4 Prozent vermindert; trotzdem ergaben sich bei den von den städtischen Arbeitern gewählten Wahlmännern 58 Prozent Sozialdemokraten, 4 Prozent Sozialrevolutionäre, 31 Prozent Linke, 1 Prozent Kadetten, 1 Prozent Progressisten, 2 Prozent Rechte, 3 Prozent Parteilose. Im allgemeinen fielen im europäischen Rußland 37 Prozent der Wahlmänner den linken Parteien zu.

Um begreiflich zu machen, wie bei solcher Stimmung der proletarischen und bäuerlichen Wähler eine reaktionäre Dumamehrheit sich ergeben konnte, müssen wir in Betracht ziehen, daß die privilegierten besitzenden Klassen, die städtischen wie die auf dem flachen Lande, eine größere Anzahl Wahlmänner wählen durften als die übrigen Wählerklassen. So hatten die Wähler der ersten Wählerklasse das Recht, einen Wahlmann auf je 80 Wähler zu wählen, dagegen die der zweiten Wählerklasse nur einen Wahlmann auf je 560 Wähler. Die Abgeordneten der dritten Duma konnten daher keineswegs der Stimmung der Bevölkerung entsprechen.

So wurden zum Beispiel im Kiower Gouvernement von den städtischen Wählern 7 rechte und 20 progressistische, von den Bauernwählern 6 rechte und 20 progressistische, von den Arbeiterwählern 5 linke, von den Großgrundbesitzern 80 rechte Wahlmänner gewählt; letztere gaben den Ausschlag und schickten sämtliche 13 Abgeordneten (rechte) in die Duma. In mehreren Gouvernements fiel es ähnlich aus.

Im Zusammenhang mit diesen Tatsachen wird es vielleicht interessant sein, eine Parallele zwischen dem Klassenbestand der zweiten und dritten Duma zu ziehen, was sich aus folgender Tabelle* ersuchen läßt. Man erkennt leicht daraus, daß die radikalen und demokratischen Parteien in der zweiten

* Wladimir Gorn (Grohmann): Die dritte Duma. „Sowremennij Mir,“ Januar 1908.

wie in der dritten Duma hauptsächlich aus der Arbeiterklasse, der Intelligenz und zum Teil aus den Bauern sich rekrutieren, und daß die privilegierten besitzenden Klassen die reaktionären Abgeordneten in die beiden Dumas schickten.

In der zweiten Duma befanden sich:

Parteien	Anzahl der Abgeordneten	Klassen beziehungsweise Stände				
		Großgrundbesitz, Bourgeoisie, Bureaukratie	Geistliche	Intelligenz, Privatangehörige	Bauern	Arbeiter
Sozialdemokraten . .	69	2 3 %	—	22 31,8 %	20 29 %	25 36,2 %
Trudowiki, Sozialrevol. und Volkssozialisten .	121	11 9,1 %	5 4,1 %	25 20 %	71 58,6 %	9 7,6 %
Kadetten u. Progressisten	135	45 33,3 %	7 5,1 %	46 34 %	36 26,9 %	1 0,8 %
Gemäßigte u. Parteilose	29	3 10,3 %	1 3,4 %	1 3,4 %	24 82,9 %	—
Oktoberisten und Rechte	103	49 47,6 %	5 5 %	8 7,7 %	41 39,7 %	—
	457 ¹	110 24,1 %	18 3,9 %	102 22,3 %	192 42 %	35 7,7 %

In der dritten Duma:

Sozialdemokraten . .	16	2 12,5 %	—	4 25 %	1 6,3 %	9 56,2 %
Trudowiki, Sozialrevol. und Volkssozialisten .	16	4 25 %	—	5 31,3 %	7 43,7 %	—
Kadetten u. Progressisten	68	31 45,7 %	4 5,8 %	21 31 %	11 16,9 %	1 1,4 %
Gemäßigte u. Parteilose	28	12 43,3 %	4 14,3 %	2 25 %	10 7,1 %	—
Oktoberisten und Rechte	287	182 63 %	38 13,3 %	9 3,3 %	58 20,3 %	—
	415 ²	231 55,5 %	46 11,1 %	41 10 %	87 21 %	10 2,4 %

¹ Ohne die sibirischen und polnischen Abgeordneten. ² Ohne die Polen.

Die dritte Duma trat am 2. November 1907 zusammen. Das Zentrum bildeten die Oktobristen, die jetzt zusammen mit den anderen rechten Parteien eine überwiegende Mehrheit in der Duma gewannen und eine ausschlaggebende Rolle in der Duma zu spielen vermochten, indem sie die linken Parteien in den Hintergrund drängten. Die Oktobristen prägten der dritten Duma den eigentlichen Charakter der Halbheit und politischen Konfusion auf.

Recht charakteristisch für die Mehrheitsparteien und ihre Arbeitsfähigkeit ist, daß, trotzdem sie die absolute Mehrheit bildeten, sie nie zusammenstimmten, und als zur Beantwortung der Regierungserklärung in der dritten Duma von den verschiedenen Parteien mehrere Anträge eines Übergehens zur Tagesordnung gestellt wurden, wurden alle abgelehnt; die Duma war unfähig, irgendwelchen Beschluß darüber zu fassen. Die zahlreichen Kommissionen, die sorgfältig die Abgeordneten der Linken überflüssig zu machen suchten, haben bis jetzt auch nichts Nennenswertes geleistet.

Um diese Zeit fanden die beiden Prozesse gegen die Abgeordneten der ersten Duma wegen Unterzeichnung und Verbreitung des Wiborger Manifestes und gegen die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma wegen angeblichen Hochverrats (Verschwörung und Agitation in der Armee) statt. Die Regierung fand offenbar die Zeit (Dezember 1907) dazu für geeignet, da sie sich fest im Sattel zu fühlen glaubte und sich nicht vor der aufregenden agitatorischen Wirkung dieser Prozesse fürchtete. Der Prozeß gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten wurde bei verschlossenen Türen verhandelt.

Das klassenbewußte Proletariat Rußlands befandete seine Solidarität mit der sozialdemokratischen Dumafraktion durch einen eintägigen, in Petersburg, Moskau und mehreren anderen Städten einmütig durchgeführten Proteststreik am ersten Tage der Prozeßverhandlung.

Die angeklagten sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma wurden zur Zwangsarbeit beziehungsweise

Festung von 4 bis 5 Jahren verurteilt. Die Abgeordneten der ersten Duma zu Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu einem Jahre.

Das allgemeine Bild des politischen wie ökonomischen Lebens in Rußland während der dritten Duma gibt keinen Grund zu glauben, das Ende der Revolution und die von der Regierung versprochene Beruhigung* sei eingetreten, eine „friedliche Erneuerung“ der Gesellschaft — wie es die Partei dieses Namens glauben machen wollte — sei jetzt möglich. Weder die objektiven Verhältnisse noch die allgemeine Stimmung im Lande geben Grund zu dieser Annahme.

Die finanzielle Lage des Staates ist so traurig wie nie zuvor, was selbst der Finanzminister in einer Rede in der dritten Duma zugestehen mußte, und was man aus dem fortdauernden Sinken der Kurse der russischen Wertpapiere erkennen kann.

Eine wirtschaftliche Krise trat nach der kurzdauernden Aufschwungsperiode im Jahre 1906 ein, die eher eine Folge des Rückflusses des Goldes aus dem fernen Osten nach Beendigung des Krieges als eine Wirkung ökonomischen Wohlstandes war. Die Krise von 1907 in Handel und Industrie ist mehr den inneren politischen als den ökonomischen Zuständen zuzuschreiben.

In dieser dumpfen Luft mußte alles öffentliche Leben stocken.

Statt der Zensur wurde das System der Konfiskation unliebsamer Bücher eingeführt. Der Büchermarkt, der in den Jahren 1905 und 1906 Riesenauflagen** von fast ausschließ-

* „Zuerst müssen wir das Land beruhigen, und erst nachher werden wir ihm konstitutionelle Reformen verleihen,“ so lautete es wiederholt in den Reden des Premierministers und in der offiziellen Presse.

** So zum Beispiel erschien in Rußland in den Jahren 1905/06 die Übersetzung des Erfurter Programms von Kautsky in mehr als 1 000 000 Exemplaren; ferner erschienen: Der Generalstreik von H. Roland-Holst, Mehrings Parteigeschichte, Kautskys Schriften und andere.

lich sozialistischen und politischen Schriften absetzte, lieferte 1907 Schundliteratur pornographischen Inhalts, sowie Bücher und Zeitschriften mystischen Charakters; es wurde sogar eine Zeitschrift gegründet, die, dem Okkultismus gewidmet, den Lesern den unmittelbaren Verkehr mit der Geisterwelt durch die Vermittlung berühmter Okkultisten der Welt zu eröffnen versprach. . . .

Unter den proletarischen Schichten machte sich um diese Zeit an Stelle des fehlenden politischen Lebens der Drang nach Wissen und Selbstbildung bemerkbar. Mehrere Bildungsvereine entstehen, die jedoch schonungslos unterdrückt werden.

Die proletarischen Massen suchten ferner ihre Zuflucht in der gewerkschaftlichen Bewegung. Im Sommer 1907 gehörten über 400 000 Arbeiter den gewerkschaftlichen Organisationen an. Trotz des parteilosen, neutralen Charakters dieser Gewerkschaften wurden sie nicht weniger als die politischen Organisationen verfolgt. Die Regierung gab offenbar die vom Grafen Witte geführte Taktik auf, wonach die gewerkschaftliche Bewegung als ein Blikableiter zu behandeln und also zu begünstigen sei. Sie begann jetzt strengstens alle gewerkschaftlichen Organisationen zu verfolgen, die bisher geduldeten gewerkschaftliche Presse wurde verboten, die Führer wurden verhaftet, die Lokale geschlossen, in manchen Fällen wurden die Gewerkschaftskassen und das Inventar konfisziert.

Die auf diesem Gebiete unterdrückte Arbeiterbewegung suchte nun anderswo einen Ausweg: sie wandte sich teilweise der syndikalistischen und anarchistischen Bewegung zu. Hier zeigte sich die angehäuften, aber unterdrückten Energie und Empörung, die nicht verloren gehen und nicht vernichtet werden konnte.

Also keine Spur von „Beruhigung“ im Lande, besonders aber unter den proletarischen Massen; das Proletariat hat jetzt einen doppelten Verteidigungskampf zu führen: einer-

seits gegen die Verfolgungen der Regierung, andererseits gegen die der Kapitalisten. Die seit 1906 entstandenen Unternehmerorganisationen nahmen im Laufe des Jahres 1907 bedeutend zu. Sie stellten sich die Aufgabe, alle ökonomischen Errungenschaften des Proletariats während der Revolutionsperiode zurückzunehmen, und suchten dies mit vereinten Kräften, besonders durch Massenausperrungen, die kolossale Dimensionen in Polen (Łódź und Umgebung 1907) und in den Bergwerksgebieten annahmen, zu verwirklichen.

Charakteristisch für diese Reaktionsperiode ist auch die rückläufige Entwicklung der Parteien der Rechten auf dem Gebiete der Sozialreform. Vor der ersten Duma verhiessen diese Parteien ihren Wählern: Schutz dem werktätigen Volke vor der kapitalistischen Ausbeutung (die Arbeiter sollten sogar das Streikrecht haben), Organisation des Gewerbetredits, staatliche Errichtung von Gewerbe- und Konsumgenossenschaften. Jetzt ist ihre Sozialreform auf die Errichtung staatlicher Arbeitsnachweisbureaus beschränkt, auf Streibrecht und gesetzliche Festlegung des $11\frac{1}{2}$ -Stundentages.

Die seit 1904 andauernde Bauernbewegung, die trotz aller Repressalien nicht erstickt werden konnte, zeichnete sich während der zweiten Duma und nach deren Auflösung durch Zunahme blutiger Zusammenstöße der Bauern mit der Dorfpolizei und dem Militär aus.

Das Wahlgesetz vom 3. Juni, die Wahlen zur dritten Duma und schließlich der Wahlsieg der Reaktion trugen sehr viel zur politischen Aufklärung des Bauerntums bei, da sie ihnen die Interessengemeinschaft der Regierung mit dem von jeher verhassten Feinde und Ausbeuter, dem feudalen Großgrundbesitz, anschaulich bewies. Jedoch ist das Jahr 1907 im allgemeinen als ein Jahr der Abnahme der Bauernbewegung zu bezeichnen.

Das Jahr 1907, das Jahr der schwarzen Reaktion, brachte also nichts, woraus man auf das Ende der Revolution und auf eine „friedliche Erneuerung“ schließen konnte.

Es ist nicht vor auszusehen, wann die Kräfte zur Genüge heranreifen für einen gemeinsamen Aufmarsch aller demokratischen und revolutionären Elemente der Bevölkerungsschichten gegen das verhaßte herrschende Regime, um eine wirkliche und wahrhafte „Erneuerung Rußlands“ zu erringen, aber heranreifen werden sie, um den Kampf wieder aufzunehmen; auf „friedlichem“ Wege wird das aber schwerlich geschehen, dafür sorgt das Zarentum selbst.



N. G. Tschernischewskij

Eine literar-historische Studie von G. Plechanow.

Mit einem Porträt Tschernischewskijs.

IV und 388 Seiten 8°. Preis gebunden Mk. 3.—

„... Mit Recht sagt daher der Verfasser des vorliegenden bemerkenswerten Buches, daß alles Hervorragende, was in Rußland seit jener Zeit geleistet worden ist, nur als eine Vollstreckung des literarischen Vermächtnisses der vierziger Jahre anzusehen ist. ... Es zeugt für Herrn Plechanows Beherrschung des Stoffes und strenge Objektivität, daß er sich durch seine ausgesprochene, vollständig berechtigte Sympathie für Tschernischewskij nicht verleiten läßt, die leicht zu erklärenden und oft genug auch zu entschuldigenden Irrtümer desselben zu beschönigen. Herr Plechanow besitzt neben einer gründlichen Kenntnis der Zustände Rußlands und einem weiten Blick auch eine gefällige Darstellungsweise, welche Eigenschaften ihn in den Stand gesetzt haben, von dem berühmten Sohne des Saratower Dompriesters und Opfer einer reaktionären Politik ein Bild zu entwerfen, das die Sympathie für Tschernischewskij nur noch verstärken kann und wesentlich zum besseren Verständnis desselben beitragen wird.“

„Frankfurter Zeitung“, Nr. 159, 10. Juni 1894.

○ ○ ○

Die Lage der arbeitenden Klasse * in Rußland *

Eine historische Darstellung an der hand amtlicher und privater
Untersuchungen und der Berichte der fabrikinspektoren
von 1861 bis in die heutige Zeit.

Von K. A. Paschitnow.

Autorisierte Übersetzung von M. Nachimson

Preis broschiert Mk. 2.50, gebunden Mk. 3.—

In der ersten Periode der industriellen Entwicklung Rußlands, die von 1861 bis Mitte der achtziger Jahre währte, wüthet sich der Kapitalismus zügellos aus. In der zweiten, mit dem Jahre 1904 abschließenden Periode des Industrialismus greift die Regierung bereits in das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit ein. Die russische Fabrikgesetzgebung ist von einem Polizeibüttelgeiste beseelt. Die dritte Periode der russischen kapitalistischen Entwicklung beginnt mit dem Jahre 1905, sie ist durch eine politische und gewerkschaftliche Massenbewegung des Proletariats charakterisiert. Die Leidensgeschichte des russischen Bergarbeiters von den Tagen der Unfreiheit an, wo den Verwaltungen zahlreiche Leibes-eigene zur Verfügung gestellt wurden, erzählt Paschitnow ergreifend. Unter grausenferregenden Wohnungsverhältnissen hausen zumeist die großen Massen der russischen Arbeiterschaft, in einem dumpfen Loch kampieren häufig mehrere Arbeiterfamilien zusammen. „Die Pferde haben es besser, als wir“, so äußerten sich selbst die Arbeiter. (Sozialistische Monatshefte.)

Die Agrarfrage in Rußland

Die bäuerliche Wirtschaftsform
und die ländlichen Arbeiter

Eine Untersuchung von
Peter Maßlow

Autorisierte Uebersetzung von M. Nachimson

Preis broschürt M. 2.50, gebunden M. 3.—

o o o

Der Verfasser hat sich bemüht, eine praktische Lösung der Agrarfrage vom Standpunkt der Sozialdemokratie zu geben. Diese Lösung wurde von der sozialdemokratischen Partei auf ihrem Kongreß von 1906 als die zweckentsprechendste anerkannt; inwieweit sie in der gegenwärtigen Zeit verwirklicht werden kann, läßt sich natürlich nicht sagen, denn das hängt davon ab, ob das Proletariat und die ärmsten Bauerngruppen, in deren Interesse diese Lösung liegt, sie durchzusetzen imstande sein werden.

Daß die zweite Duma wesentlich der Agrarfrage wegen aufgelöst wurde, ist ein offenes Geheimnis. Die russische Regierung ist jetzt daran, alle unbequemen Mahner zu beseitigen, was auch der Verfasser bereits zu kosten bekommen hat, denn seit Anfang Mai befindet er sich im Gefängnis. Es war ihm eine große Freude, zu wissen, daß sein Buch nunmehr auch in Deutschland veröffentlicht wird, und noch aus dem Gefängnis heraus sandte er einige Ergänzungen für das Schlußkapitel und die Vorrede für die deutsche Ausgabe.

Als eine leichte Lektüre ist das Buch nicht anzusehen; wer sich aber die Mühe macht, es durchzulesen, wird über die Lage der russischen Bauern und der ländlichen Arbeiter sehr gut orientiert sein.

Wir empfehlen:

Sechzehn Jahre in Sibirien

Erinnerungen eines russischen Revolutionärs
von L. G. Deutsch.

Mit 7 Porträts und 6 Illustrationen. 350 Seiten. Gebunden M. 3.50.
Achstes Tausend.

o o o

„Neben Dostojewskis erschütternden ‚Memoiren aus einem Totenhaus‘ und Kennans ‚Sibirien‘ kann das im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart erschienene Buch unseres Parteigenossen Leo Deutsch ‚Sechzehn Jahre in Sibirien‘ wohl eines der besten Werke genannt werden, die über die Zustände in jenem ungeheuren Kerker Auskunft geben. Ja, in seiner ergreifenden Einfachheit übertrifft das Buch von Leo Deutsch bei weitem die Darstellungen des Amerikaners. Der Verfasser hat ungewollt, nur von seinem tragischen Stoff gebrängt, seiner Schilderung einen straffen künstlerischen Gehalt gegeben, eine Steigerung, die uns beim Anblick der vielen düsteren Bilder kaum zum Aufatmen kommen läßt. . . .

„ . . . Das Buch wird von neuem die Parteigenossen mit Bewunderung für die russischen Helden erfüllen, von neuem zu Protesten gegen den russischen Knuten-Absolutismus anspornen.“

„Vorwärts“, Berlin.

„Leo Deutsch schildert in seinem Buche, das in vier Sprachen erschien, seine Erlebnisse von seiner Verhaftung in Freiburg im März 1884 an bis zu seiner Flucht aus Sibirien im Jahre 1901 in eingehender und anziehender Weise. Die interessantesten Teile des Werkes sind natürlich diejenigen, welche sich auf den Transport der Verurteilten und das Leben derselben in den sibirischen Strafanstalten beziehen. Deutsch war in das Gefängnis von Kara gebracht worden. Wahrhaft ergreifend sind seine Mitteilungen über die Schicksale einer ganzen Reihe hochgebildeter Frauen, die es vorzogen, sich freiwillig den Tod zu geben, als sich den brutalen Mißhandlungen zu unterwerfen. Dabei bleibt der Verfasser stets maßvoll in seinen Ausdrücken, selbst wenn er die erschütterndsten Tragödien schildert, und das bei ihm vorherrschende Gefühl ist doch nur das Bedauern, daß solche Dinge in seinem Vaterland, das er so sehr liebt, vorkommen können. Deutsch befand sich im Sommer 1900 in Blagowschtschensk, als Tausende von Chinesen im Amur ertränkt wurden, und der Verfasser schildert nun in ausführlicher Weise die Vorgänge, denen er zum Teil als Augenzeuge beigewohnt hat. Das sehr lesenswerte Buch schmücken verschiedene Bilder, so das Porträt des Verfassers selbst und die Porträts von sechs anderen Verbannten, drei Frauen und drei Männern, sowie Bilder von den Etappenstationen und der Strafkolonie Kara.“

„Frankfurter Zeitung“.

„Deutsch schildert ganz meisterhaft das deutsche und russische Gefängnisleben, die Zwangsarbeit in Sibirien, den Verkehr der Behörden mit den Gefangenen, und vor allem die russischen Revolutionäre selbst. Es ist selten, daß ein wissenschaftlich vielseitig gebildeter Mann sich so, wie der Verfasser, ein konkretes, natives Verhältnis zu allen Dingen bewahrt hat, Menschen verschiedenster Art gleich liebevoll und mit gleich feinem psychologischen Verständnis beobachtet. Vor der Seelengröße der revolutionären Offiziere, Studenten, Arbeiter, Beamten muß man die allergrößte Hochachtung haben. Sie leben nur dem Kampfe für ihre Sache. Hunderte, Tausende von Angehörigen der Bildungsschicht, deren Existenz der Zarismus zertritt, verhungern in den Gefängnissen, erfrieren in der Steppe, brechen unter ihren Ketten zusammen. Doppelt sovieler folgen nach. Unabsehbar, wie der Weg zum Ziel, das vor ihnen liegt, ist die Kolonne der Kämpfer. Werden alle Opfer etwas helfen?“

„Die Hilfe“, Nr. 41.

Wir empfehlen:

Viermal entflohen

Von Leo Deutsch

Verfasser von „Sechzehn Jahre in Sibirien“.

Preis gebunden Mk. 2.—

o o o

Leo Deutsch hat in dem ersten Teil seines neuen Buches „Viermal entflohen“ eine sehr interessante Ergänzung zu „Sechzehn Jahre in Sibirien“ gegeben. In dem umfangreichen zweiten Teil schildert er seine Erlebnisse in direktem Anschluß an sein früheres Werk: seine Flucht aus Sibirien, seinen Aufenthalt im Ausland und in der Hauptsache seine Rückkehr nach Rußland im Jahre 1905.

Wir erleben an der Hand seiner Darstellung mit ihm die Revolution selbst und gewinnen dabei einen tiefen Einblick in die treibenden Kräfte der Revolutionäre sowohl wie der Reaktion. Im hohen Grade spannend sind die Schilderungen seiner Verhaftung und seiner Einkerkierung in verschiedenen Gefängnissen St. Petersburgs, der Leiden während seines Aufenthalts in der Peter-Pauls-Festung, der administrativen Verbannung und des Transports nach dem schrecklichen Zurchansk in Sibirien und seiner abermaligen glücklichen Flucht. Und stets ist der lebenswürdige Erzähler, der bereits an der Schwelle des Greisenalters steht, voll guten Muts und starken Vertrauens auf den kommenden Sieg seiner Sache.

o o o

Vaterlandslose Gesellen

Kurze Biographien der verstorbenen hervorragenden Sozialisten
des 19. Jahrhunderts.

Soweit Porträts zu erlangen waren, sind solche den Biographien beigelegt.

106 Seiten. Preis 50 Pfennig.

Wir empfehlen:

Die Klassegegensätze im Zeitalter der Französischen Revolution

Von Karl Rautsky.

Preis broschiert 75 Pfennig, gebunden 1 Mark.

○ ○ ○

Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution

Von Ed. Bernstein.

Zweite, durchgesehene, vermehrte und illustrierte Ausgabe.

XVI und 367 Seiten.

Preis broschiert 3,50 Mark, gebunden 4 Mark.

○ ○ ○

Geschichte des Sozialismus in Frankreich

Von Paul Louis.

Aus dem Französischen übertragen und mit Anmerkungen
versehen von Hermann Wendel.

Preis broschiert 2,50 Mark, gebunden 3 Mark.

Dr. W. Zimmermanns Großer Deutscher Bauernkrieg. Herausgegeben von **Wilhelm Bloß.** Billige Volksausgabe. Mit vielen Porträts und historischen Bildern. Preis gebunden 4 Mk.

Die französische Revolution. Volkstümliche Darstellung der Ereignisse und Zustände in Frankreich von 1789 bis 1804. Von **Wilhelm Bloß.** Mit vielen Porträts und historischen Bildern. Preis gebunden 4 Mk.

Die Deutsche Revolution. Geschichte der deutschen Bewegung in den Jahren 1848/49. Von **Wilhelm Bloß.** Mit vielen Porträts und historischen Bildern. Preis gebunden 4 Mk.

Geschichte der französischen Revolution von 1848 und der Zweiten Republik. Volkstümlich dargestellt von **Louis Heritier.** Herausgegeben und erweitert von **W. Eichhoff** und **Ed. Bernstein.** Mit vielen Porträts und historischen Bildern. Preis gebunden 4 Mk.

Geschichte der Kommune von 1871. Von **Lissagaray.** Dritte, illustrierte Ausgabe. XII und 466 Seiten 8°. Preis broschiert 2,50 Mk., gebunden 3 Mk.

„Lissagarays Buch ist das klassische Werk über die Pariser Kommune, aus dem man das beste Bild von dieser gewaltigen Bewegung des Proletariats gewinnen kann.“ („Berliner Volks-Tribüne“, Nr. 19 vom 9. Mai 1891.)

„Merkwürdigerweise ist die Erinnerung an die März- und Maitage von Paris des Jahres 1871 stark in den Hintergrund gedrängt. Die herrschende Partei in Frankreich spricht nicht gerne davon; ihr haftet noch immer das Blut der Besiegten vom Kirchhof von Satory an, an das man nicht gerne erinnert sein will. Die Besiegten aber waren teils tot, teils versprengt, teils deportiert, und lange Zeit war ihnen der Weg an die Öffentlichkeit verschlossen, bis 1876 der radikale Abgeordnete Lissagaray eine umfassendere Geschichte der Kommune veröffentlichte. Lissagarays Darstellung des Kommune-Aufstandes, die heute in zweiter Auflage vorliegt, enthält viel neues, stellt manche gemeinhin im Schwunge begriffene unrichtige Annahme richtig und besitzt daher einen historischen Wert.“ („Neue Würzburger Zeitung“, Nr. 239 vom 15. Mai 1891.)

W. Liebknechts Volks-Fremdwörterbuch. Preis in hübschem Leinwandband 3,20 Mk.





